

Auch in Lateinamerika greifen Anspannung und Zukunftspessimismus um sich: Das hat wenig mit dem – lange erwarteten – Dahinscheiden von Revolutionsikone Fidel Castro, aber viel mit dem Präsidentenwechsel in den USA zu tun. Es gibt aber auch hausgemachte Ursachen: Der aktuell fortschreitenden Aufdeckung von teils länderübergreifenden Korruptionsnetzwerken begegnet die informierte Öffentlichkeit des Subkontinents mit einem eher verhaltenen Aufschrei. Die vielfache Resignation mag mit der schieren Größe, dem zu erahnen systemischen Charakter und dem Eingebettetsein in die unregulierte Globalisierung (Steuerparadiese) zu erklären sein. Dazu kommt noch der Eindruck einer oft innenpolitischen Instrumentalisierung im Zusammenhang mit der laufenden Rechts-

wende auf dem Subkontinent sowie der Verdacht, dass Uncle Sam mitmischt, um durch gezielte Aufdeckungen US-Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und Auslandskapital anzuziehen

EDITORIAL

– dafür stehen eine Reihe US-interner Steuerparadiese bereit.

Alle drei angeschnittenen Themen, der Abgang des Máximo Lídor, mögliche Folgen der Umtriebe von „The Donald“ auf die Beziehungen zu Lateinamerika und Korruption im Verhältnis Politik–Wirtschaft werden in dieser Ausgabe ausführlich behandelt – letztgenanntes gleich in Form des aktuellen Schwerpunkts.

Darüber hinaus führt Caroline Kim anhand der Verfolgung einer führenden Aktivistin das Rechtsstaatsverständnis der argentinischen Regierung vor. Tobias Lambert schildert die jüngsten Runden im venezolanischen Machtkampf und Raina Zimmering beleuchtet die angekündigte indigene Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Mexiko.

Der überarbeitete Friedensvertrag für Kolumbien wird von Peter Musch vorgestellt. Bolivien ist gleich doppelt vertreten: Robert Lessmann berichtet von der trotz Verfassungsverbot und abschlägigem Volksentscheid betriebenen Kandidatur Evo Morales' für eine vierte Amtszeit und Eny Angenvoort über die Selbstorganisation von arbeitenden Kindern und Jugendlichen. Spannende und informative Lektüre wünscht *Jürgen Kreuzroither*.

INHALT

THEMA: KORRUPTION, SCHMIERMITTEL UND SPRENGSATZ

Korruption: Erbsünde des neoliberalen Systems 4
Von Leo Gabriel

Korruption und organisiertes Verbrechen, zwei Seiten einer Medaille. 5
Von Cuauhtémoc Esquivel

Zahnlose Korruptionsbekämpfung in Honduras 7
Von Ina Hilse

Das guatemalteckische Dilemma 9
Von Christina Buczko

Korruption in Brasilien: Deals statt Rules. 11
Von Rüdiger Zoller

Argentinien: Die Korruption in der Regierung Macri . . 13
Von Jimena Segura

AKTUELLES & ANALYSE

USA–Lateinamerika: Hilfe! Qué pasa? 15
Von Wolf Grabendorff

Trump: „Die USA brauchen Mexiko nicht“ 16

Mexiko: Paradigmenwechsel bei der EZLN? 17
Von Raina Zimmering

Venezuela: Kein Ende der Krise in Sicht 19
Von Tobias Lambert

Kolumbien: Der neue Friedensvertrag mit den FARC . . 21
Von Peter Musch

„Schande für die argentinische Justiz“ 22
Von Caro Kim

Ecuador: Rückkehr der Karavellen 25
Von Alberto Acosta

Bolivien: Morales will wieder kandidieren. 26
Von Robert Lessmann

In Würde arbeiten und leben 27
Von Eny Angenvoort

Kuba: Vermächtnis eines Revolutionärs 30
Nachruf auf Fidel Castro von Ralf Leonhard

Kurznachrichten 34

Buchbesprechungen: Mit den Augen in der Hand. Argentinische Jüdinnen und Juden erzählen; EZLN: Das kritische Denken angesichts der kapitalistischen Hydra; Neben uns die Siniflut 36

Splitter 39

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz 39

Titelfoto: Ralf Leonhard



KORRUPTION: ERBSÜNDE DES NEOLIBERALEN SYSTEMS

Korruption (von lateinisch *corruptio*, Verderbnis, Verdorbenheit, Bestechlichkeit) ist der Missbrauch einer Vertrauensstellung in einer Funktion in Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft oder Nicht-Regierungsorganisationen, um für sich oder Dritte einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtmäßiger Anspruch besteht.

Von Leo Gabriel

So lautet nach *Wikipedia* die Definition des Schwerpunktthemas in diesem Heft von *Lateinamerika anders*. Doch was bedeutet das in einer Zeit, in der der Staat – dem Bekenntnis der Neoliberalen zufolge – zusehends vom so genannten Markt ersetzt oder – wie bei Donald Trump nachzutwittern ist – nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet werden soll?

Gerade in Lateinamerika hat sich in jüngster Zeit an Hand der Privilegien, die transnationalen Konzernen, aber auch nationalen bis nationalistischen Oligarchien eingeräumt werden, gezeigt, wie fließend die Grenzen von „Staat“ und „Privat“ bereits geworden sind. In Brasilien etwa, wo Michel Temer & Co einmal in der Rolle gesetzentreuer (Staats-)Anwälte auftreten und dann wieder als Strafverteidiger ihrer eigenen Interessen.

Ja mehr noch: Das Monopol privatwirtschaftlicher Interessen, von dem sich der lateinische Ausdruck *privare*, was so viel wie rauben heißt, buchstäblich ableitet, hat dazu geführt, dass es bald keinen öffentlichen Raum mehr gibt, der diesen Namen auch verdienen würde. Indem jeder Politiker und jede Politikerin – egal von welcher Partei – zum Handlanger von Geschäftsbeziehungen wird, macht er oder sie sich sozusagen per definitionem der Korruption schuldig.

Die Fiktion der Linken und die Gewalt der Rechten

All das kann heute in ganz Lateinamerika – wie die in diesem Heft angeführten Beispiele aufzeigen – leicht nachvollzogen werden. Dabei bilden die so genannten Linksrégierungen wie die von Evo Morales in Bolivien, Daniel Ortega in Nicaragua oder Maduro in Venezuela durchaus keine Ausnahme. Im Unterschied zum argentinischen Rechtspopulisten Mauricio Macri halten diese Linksparteien aber noch immer an der Fiktion fest, dass es einen von der Privatwirtschaft getrennten Staat



gebe und dass daher ihre Régierungen grundsätzliche Veränderungen im politischen und/oder ökonomischen System ihrer jeweiligen Länder herbeiführen könnten.

In den vom organisierten Verbrechen durchsetzten Ländern wie Mexiko, Honduras oder Kolumbien ist diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft besonders krass geworden. Denn in diesen Regionen herrschen nun einmal de facto die Capos der Drogenkartelle oder die so genannten *pan-dillas*, welche über enorme Machtmittel verfügen, mit denen sie nicht nur ihre eigenen mafiösen Interessen durchsetzen, sondern auch ihre Hintermänner in Politik und Wirtschaft bedienen. Es ist kaum übertrieben zu sagen, dass der Staat für sie eine gigantische Geldwaschanlage darstellt, gegenüber der sich die Spritzpistolen des brasilianischen *lava jato* wie Kinderspielzeuge ausnehmen.

Doch was tun gegen diese alles umfassende Korruptionswelle, die diesen Kontinent wie ein Tsunami auf allen Ebenen erfasst hat? Sollen etwa alle DrogenkonsumentInnen nach dem Vorbild des philippinischen Staatspräsidenten Rodrigo Duterte massakriert oder die armen Kokabauern Boliviens militärisch bekämpft werden?

Abgesehen von der ethischen Fragwürdigkeit eines solchen „war on drugs“, der in Mexiko in den letzten zehn Jahren mehr als hunderttausend Menschenleben gekostet hat, würden solche brutalen Me-

thoden vor allem denen schaden, die als die Opfer des Systems unter die Räder gekommen sind. Wie aber könnten die wirklichen Täter dingfest gemacht werden, wenn das gesamte Wirtschaftssystem, wie oben erwähnt, auf Korruption aufgebaut ist?

Ein Vorschlag des Weltsozialforums

In Porto Alegre fand Ende Jänner ein bemerkenswertes Treffen der sozialen Netzwerke Brasiliens statt, das von einer Sitzung des Internationalen Rates des Weltsozialforums begleitet war. Nach den – nicht nur klimatisch bedingt – hitzigen Diskussionen über die gegenwärtige weltumspannende Krise tauchte folgender, von den frankophonen Sozialwissenschaftlern Pierre Bodet (Kanada) und Gustave Mesiah (Frankreich) vorbereiteter Vorschlag auf:

Es sollen in möglichst vielen Ländern nach brasilianischem Vorbild so genannte *Asambleas de Resistencias Mundiales* (weltweite Versammlungen der Widerstände) entstehen, die in der Lage wären, die öffentlichen Räume, welche auf Grund der Privatisierungs- und der damit verbundenen Korruptionswelle weitgehend abhanden gekommen sind, zurück zu erobern. Das kann durch Demonstrationen wie die vom *World Women March* zum Amtsantritt von Donald Trump, durch weltweit organisierte Kundgebungen geschehen. Es könnten sich aber z.B. auch Forscherteams bilden, welche den Transaktionen von Korruptionsgeldern (und deren Handlangern) nachgehen und diese über die sozialen Medien offenlegen.

Wichtig ist, in diesen Versammlungen die Energien zu bündeln und einen Konsens über die Prioritäten zu erzielen, die auf globaler, aber auch auf regionaler Ebene an bestimmten, im Voraus festgesetzten Tagen in Angriff genommen werden sollen. So gibt es etwa den Vorschlag, Ende November anlässlich des WTO-Treffens in Buenos Aires auf globaler Ebene zu mobilisieren und am 17. April, dem Tag der Unabhängigkeit Syriens, eine weltweite Demonstration für den Frieden im Mittleren Osten zu veranstalten. ■

KORRUPTION UND ORGANISIERTES VERBRECHEN, ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Viele von uns LateinamerikanerInnen sind mit der Vorstellung aufgewachsen, die Korruption sei durch die Spanier in unsere Kultur hineingetragen worden. Ob das stimmt oder nicht, haben wir sie jedenfalls perfektioniert. Jetzt, wo sie uns bis zum Hals steht und Hunderttausende physisch, wirtschaftlich und mental zur Strecke gebracht hat, geht es darum, ob wir sie ausmerzen können oder nicht.

Von Cuauhtémoc Esquivel

Wie zuverlässig sind die regionalen Studien über Korruption? Laut einem im September 2016 in Madrid präsentierten Bericht der Beratungsfirma *Llorente y Cuenca* reduziert die Korruption die Produktivität der öffentlichen Verwaltung und die Effizienz der staatlichen Politik. Die jüngste Umfrage von *Miller y Chevalier*¹ in 19 Ländern Lateinamerikas ergab, dass 48% der Bevöl-

* In *Brasilien* war Korruption im Zentrum des Skandals, der Präsidentin Dilma Rousseff entmachtete, obwohl sie nie wegen irgendeines Delikts angeklagt wurde, während gerade gegen jene, die sie verfolgten und heute an der Regierung sind, zahlreiche Korruptionsverfahren anhängig sind.

* In *Mexiko* fungiert Präsident Enrique Peña Nieto als Drehscheibe der Korruption.

– rangige – Staatsbeamte wegen Korruption festgenommen und angeklagt. In *Kolumbien* klagen 77% der BürgerInnen, die Gesetze gegen Korruption seien unwirksam, und diese Einschätzung ist in ganz Lateinamerika wahrnehmbar.

Es sei in Lateinamerika, so die Journalistin Eva Gollinger, aus historischen Gründen fast unmöglich die Korruption auszurotten: Die Oligarchien, die Teile der staatlichen Macht an sich gerissen haben, seien in der Region fest verwurzelt. Will man trotz dieses historischen Erbes dem Phänomen auf den Grund gehen, gilt es, der Spur des Geldes von seinem Ursprung bis zu seinem Bestimmungsort zu folgen. Eines dieser Ziele sind die Steuerparadiese, wohin die großen transnationalen Akteure – Nationalstaaten selbst wie auch Privatunternehmer – ihre Gewinne bringen. Dieser versteckte Reichtum konzentriert sich – von Steuerparadiesen wie Panama oder den Bahamas abgesehen – in den Ländern mit den höchsten rechtsstaatlichen Sicherheiten, etwa der EU oder den USA. Die Kapitalflucht in die Steueroasen ist die bedeutendste Form der weltweiten Korruption.

Es handelt sich um eine systematische Korruption der großen multinationalen Konzerne und der internationalen Banken, die sie organisieren. Solange sich die Politik nicht aus der Abhängigkeit von der transnationalen wirtschaftlichen Macht lösen kann, ist es unmöglich, diese strukturelle Korruption einzuschränken und die Kapitalflucht zu kontrollieren.

Die Politik als Drehscheibe der Korruption

Aus anderem Blickwinkel behaupten zwar viele Medien, die Korruption betreffe hauptsächlich Lateinamerika, doch erklärt dies nicht die hohen Summen, um die es weltweit geht. Studien von Edgardo Buscaglia² zufolge bewegt die Geldwäsche jährlich über 400 Mrd. US-Dollar, wobei es sich größtenteils um politische Korruption handelt. Bei den verschiedenen Deliktarten handelt es sich um eine Art von Korruptionsnischen: Das aus Drogen-, Waffen-, Menschen-, Organhandel usw. erzielte Geld fließt jeweils in politische Kanäle (Finanzierung von Wahlkampagnen u.a.).



Protest in Peru gegen Korruption durch den brasilianischen Konzern Odebrecht

kerung in der Korruption das Haupthindernis im Wirtschaftsleben sehen. 52% erklären, sie seien durch korrupte Mitbewerber um die Chance auf ein gutes Geschäft gebracht worden. 89% melden solche unlauteren Verhaltensweisen gegenüber den Behörden nicht. 71% jener, die korrupte Praktiken ihrer Konkurrenten meldeten, beschwerten sich darüber, dass die Behörden keinerlei Nachforschungen anstellen.

Statistiken sind zwar nützlich, zielführender ist es aber, sich mit konkreten Korruptionsfällen zu befassen, wie etwa den absurdesten Strukturreformen lateinamerikanischer Regierungen:

tion, ins Amt gehievt durch den zuvor von ihm mit öffentlichen Mitteln geförderten Fernseh-Monopolisten *Televisa*. Die hier paktierten Geschäfte und Strukturreformen – etwa im Bildungsbereich oder im Erdölsektor – nutzen den Eliten und gehen auf Kosten der Mehrheit, darunter über 55 Millionen Arme, während im Land zehn der 100 reichsten Familien des Planeten leben. Mexiko gilt angesichts der völligen Durchdringung durch Korruption als einer der weltweit am wenigsten geeigneten Orte für ehrliche Geschäfte.

* In *Venezuela* hat die Staatsanwaltschaft hunderte – einfache und auch hoch-

⇒ von Seite 5: KORRUPTION UND ORGANISIERTES VERBRECHEN

Politische Korruption wird so zur wichtigsten Option der Welt für die Geldwäsche. Edgardo Buscaglias Forschung ist hier aufschlussreich, denn sie bricht mit der Vorstellung, bei der Geldwäsche gehe es hauptsächlich um Drogengeld. „Die Delikte, die der Bevölkerung das größte Leid zufügen, finden in den Ländern mit der höchsten Rate an Straflosigkeit statt wie Mexiko und Argentinien, aber das Geld, das aus brutalen Verbrechen wie dem Menschenhandel stammt, landet zu gut zwei Dritteln in den bedeutendsten Finanzzentren des Planeten in den USA und der EU.“²

Was Mexiko von Ländern wie Österreich, Schweden oder Deutschland unterscheidet, ist die im Land neben der Korruption bestehende absolute Straflosigkeit. Wird etwa in Deutschland entdeckt, dass sich ein Politiker mit einem Millionenbetrag, der von einem Unternehmer stammt, der vorher eine öffentliche Ausschreibung gewonnen hat, ein Haus gekauft hat, dann wird das untersucht und er landet vor Gericht. Die Straflosigkeit hingegen ist der beste Verbündete des von höchster Ebene aus organisierten Verbrechens. „In Mexiko gibt es Pakte der Straflosigkeit, die bewirken, dass nichts untersucht wird, weder durch Richter noch durch Staatsanwälte, und die Finanzierung politischer Kampagnen mit schmutzigem Geld dauert an.“³

Die Mexiko betreffenden Daten sprechen eine deutliche Sprache:

* Weltweite vergleichende Studien der NGO *Global Integrity* ergeben, dass Mexiko, was illegale Geldflüsse betrifft, das dritt wichtigste Land ist.

* Mexiko liefert, unter staatlichem Schutz, 90% des in den USA konsumierten Kokains.

* Die Kontrollinstanz ausländischer Liegenschaften des US-Finanzministeriums hat 288 Unternehmen der Geldwäsche überführt, darunter Fluglinien, Immobilienhändler, Bootsverkäufer, Boutiquen, Viehzüchter und Betreiber von Minen.

Die Drogenhändler sind die sichtbaren Figuren, mit Banken, Politikern und Unternehmern im Hintergrund. Einige Daten, über die für gewöhnlich nicht berichtet wird:

* *Spanien*, Europas Einfallstor für Drogen, ist auch dessen wichtigster Markt für Kokain und Cannabis und erwirtschaftete damit 15,7 Mrd. Euro Gewinn.⁴



Uns fehlt nicht Geld, wir haben zu viele Diebe.

* *USA*: 80% der Gewinne aus dem Drogengeschäft bleiben im Land. Mindestens 100 Mrd. US-Dollar jährlich tragen zur Linderung der Rezession bei.

* In *Afghanistan*, dem größten Opiumproduzenten der Welt, hat sich diese Produktion nach der US-Intervention vervielfacht.

* *Panama* ist ein Steuerparadies für die Wäsche des aus dem Drogenhandel stammenden Geldes.

* *Kolumbiens* Unterstützung seitens der USA im Rahmen des *Plan Colombia* ist mitverantwortlich für 90% des weltweit erzeugten Kokains.

* *Argentinien* hat in Lateinamerika die höchste Rate beim Konsum von Kokain, Amphetaminen und Marihuana.

* Wie ein Bericht des US-Senats aus dem Juli 2012 ergeben hat, hat die Bank HSBC Drogengeld mexikanischer Kartelle gewaschen und Terrorfinanzierung bereitgestellt.

Die Drogen sind nicht nur im Besitz von Drogenhändlern und Verbrechern, sondern auch von Politikern und Unternehmern, die wissen, was sie tun. Es handelt sich um ein einträgliches Geschäft, das auf der einen Seite dem Kampf gegen den Drogenhandel Auftrieb gibt und andererseits die Gewinne steigen lässt. Der Konsum wird zu einem Mechanismus der Kontrolle auf territorialer, geistiger und medialer Ebene. Der lateinamerikanische Journalist und Sozialwissenschaftler Salvador Capote: „In der Weltpolitik geht es nicht um den Krieg gegen die Drogen, sondern um Drogen für den Krieg.“

Was tun?

Aus der Sicht von Experten wie Pepe Reveles oder Edgardo Buscaglia ist es zur Zerstörung der finanziellen und wirtschaftlichen Kreisläufe dieser Organisationen nötig, Erfahrungen wieder aufzu-

greifen, wo es durch intensive internationale Zusammenarbeit und Instanzen gelungen ist, solche Fehlentwicklungen unter Kontrolle zu bringen. Das beste Mittel gegen Korruption sind Staatsanwälte, die ihre Aufgabe erfüllen, Polizisten, die unter rechtlicher Anleitung durch einen Staatsanwalt ermitteln, und Richter, die Urteile fällen. All das glänzt in unseren Ländern durch Abwesenheit.

Der mexikanische Staat braucht eine politische Selbstreinigung, es gilt die politische wie die private Korruption der Unternehmen zu bekämpfen, den ganzen Kreislauf der Wäsche des schmutzigen Geldes, das ins Ausland abfließt. Im paradigmatischen Fall des (am 19. Jänner an die USA ausgelieferten) Drogenbosses Chapo Guzmán wurde zum ersten Mal in der Geschichte ein Kartellchef festgenommen, ohne dass ein einziger Politiker, Bankier oder Unternehmer darüber gestürzt ist.

Der Staatsanwalt einer Institution aus dem 19. Jahrhundert ist machtlos bei der Strafverfolgung eines kriminellen Netzwerks, das über die modernen Technologien des 21. Jahrhunderts verfügt. „Die Institutionen des Staates müssen modernisiert werden, durch die Vernetzung der Staatsanwaltschaften zwischen Ländern wie Mexiko, Kolumbien und Costa Rica müssen der Austausch von Beweisen, Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme krimineller Güter koordiniert werden. Mexiko sollte vorangehen und die Schaffung solcher übernationaler Organisationen vorschlagen.“³

Auch die Bürgerbeteiligung ist wichtig, die Einbeziehung immer breiterer Teile der Bevölkerung, um mit Hilfe der sozialen Netzwerke und der Transparenz öffentlicher Institutionen die Kontrolle über die Unternehmerschaft und die politische Klasse zu verstärken. Wir brauchen weniger Steuerparadiese und mehr Paradiese der Kultur, der Bildung, der Transparenz und des Wissens. ■

Der Autor ist Leiter von Ad Hocs, einer in den Bereichen Menschenrechte, Kooperation und Kommunikation tätigen mexikanischen NGO.

¹ Latin American Corruption, Survey, Miller y Chevalier, USA, 2016

² Daten aus "Lavado de dinero y corrupción política" von Edgardo Buscaglia, México, 2016

³ Interview mit Edgardo Buscaglia, Telesur, 2015

⁴ Observatorio de Prevención del Narcotráfico en Argentina, OPRENAR, 2015

ZAHNLOSE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG IN HONDURAS

In der Korruptions-Statistik von *Transparency International* (2016) befindet sich Honduras auf Platz 123 von 176. Besonders aufsehenerregend war der Fall um den Betrug im Sozialversicherungsinstitut *Instituto Hondureño de Seguro Social* (IHSS), der im März 2015 zu monatelangen massiven Demonstrationen führte. Im April 2016 nahm die MACCIH (*Misión de Apoyo contra la Corrupción y la Impunidad en Honduras*, Unterstütsungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras) ihre Arbeit auf, in der sie unter anderem diesen Fall untersuchen soll.

Von Ina Hilse



Effizient bei der Repression, doch nicht im Kampf gegen Korruption

Im März 2015 war bekannt geworden, dass 350 Millionen US-\$ aus den Geldern des Sozialversicherungsinstitutes IHSS geraubt worden waren. Durch Scheinunternehmen waren medizinische Leistungen vorgetäuscht wurden, die vom Sozialversicherungsinstitut beglichen wurden. Die ersten Nachforschungen wurden vom CNA (*Consejo Nacional de Anticorrupción*) durchgeführt, der durch einen Whistleblower die Informationen erhalten hatte. Durch die Ermittlungen stellte sich heraus, dass Gelder aus mehreren dieser Scheinunternehmen in die Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten Juan Orlando geflossen waren, aber auch in andere Aktivitäten der Nationalen Partei und in persönliche Bereicherung. Über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren war dieser Raub betrieben worden.

Die massive Entwendung von Geldern führte zu einer Krise im Zugang zu medizinischer Versorgung: Im Sozialversicherungsinstitut fehlte es an Ausstattung und Medikamenten. Laut Nachforschungen

mehrerer honduranischer Organisationen sind in den 18 Monaten, bis der Betrug bekannt wurde, rund 3.700 Menschen gestorben, weil sie aufgrund dieser Geldentwendung keine Medikamente oder ärztliche Versorgung bekommen haben, die ihr Leben hätten retten können.

Nach der Wahl, aus der Juan Orlando als Sieger hervorging, sagte der vorherige Präsident von Honduras, Pepe Lobo, der ebenfalls der Nationalen Partei angehört, aus, bereits mehrere Monate von der Korruptionskette gewusst, aber nichts unternommen zu haben, da er den Wahlerfolg von Juan Orlando nicht gefährden wollte. In jedem funktionierenden Rechtsstaat wäre er dafür verurteilt worden. In Honduras jedoch hat die Regierung noch mehrere Monate versucht, den Fall zu vertuschen – Monate, in denen viel belastende Information vernichtet werden konnte. Da die Regierungspartei selbst in den Fall verwickelt ist und wichtige Positionen in der IHSS durch sie besetzt wurden, ebenso die Positionen im Obersten Gerichtshof, ist

eine unabhängige Untersuchung des Falls durch honduranische Rechtsstrukturen nicht sichergestellt.

Nach der Entdeckung des Betrugs im IHSS gab es monatelang massive Proteste. Die Empörung darüber, dass es jemand gewagt hatte, diese essenziellen Mittel anzutasten, brachte das Fass zum Überlaufen. Die Bewegung *Los Indignados* war an keine bestehende Struktur wie Parteien, NROs oder Gewerkschaften gebunden, sondern entstand aus der spontanen Empörung der Versicherten. Die Forderungen waren neben dem Rücktritt des Präsidenten die Einrichtung einer Internationalen Kommission zur Aufklärung der Vorfälle, ähnlich der CICIG in Guatemala.

Die OAS wird aktiv

In Honduras waren die Aktivitäten und Erfolge der CICIG zur Bekämpfung der Straflosigkeit aufmerksam verfolgt worden. In Guatemala war durch die UN-Mission erreicht worden, dass Korruptionsfälle wie *La Linea*, in die ebenfalls höchste Regierungsmitglieder verstrickt waren, aufgedeckt wurden und Präsident Otto Pérez Molina sich vor Gericht verantworten musste. Es gab also die Erfahrung, dass eine engagierte Staatsanwältin mit Unterstützung einer internationalen Organisation und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Korruption viel erreichen kann.

Die honduranische Regierung geriet in Zugzwang, diesen beispiellosen Korruptionsfall aufzuklären. Sie bat das Generalsekretariat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), einen Nationalen Dialog zu moderieren und Mechanismen zu etablieren, um Korruption zu verhindern und Straflosigkeit zu beenden. Nach mehreren Treffen, auch mit der Zivilgesellschaft, wurde das Abkommen über die Einrichtung der MACCIH am 19. Januar 2016 vom honduranischen Präsidenten Juan Orlando und dem Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, unterzeichnet. Am 19. April nahm die Mission die Arbeit auf. Es ist die erste Mission der OAS gegen Korruption in einem ihrer Mitgliedsstaaten.

Die Mission soll über einen Zeitraum von vier Jahren bestehen. Ihre Aufgabe ist es, honduranische Institutionen in der Prävention und im Kampf gegen Korruption, bei der Reform des Justizapparates

weiter Seite 8 ➔

➔ von Seite 7: KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG IN HONDURAS

und des Wahlgesetzes (inkl. Finanzierung von Parteien und KandidatInnen) und in der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen. Sie wird die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen und der juristischen Aufarbeitung von Korruptionsfällen unterstützen und Gesetzesvorschläge einbringen. Sie wird dabei besonders auf für Korruption anfällige Sektoren wie Baugewerbe, staatliches Gesundheitswesen, Zoll, Bergbau, Gerichts- und Sicherheitswesen achten.

Die Mandate von MACCIH und CICIG unterscheiden sich in wesentlichen Punkten: Die CICIG kann nicht nur die Ermittlungen der Justizbeamten unterstützen, sondern auch Anklagen gegen StraftäterInnen erheben, oder als Nebenklägerin in einer Klage der Staatsanwaltschaft auftreten. Ihre ExpertInnen dürfen im Gericht aussagen und so die Klagen unterstützen, wenn es sich um Straftaten von Mitgliedern der kriminellen Strukturen handelt, deren Offenlegung das Mandat der Kommission ist. MACCIH hingegen kann zwar in konkreten Fällen ermitteln, aber nicht vor Gericht auftreten. Ihre Aufgabe ist die Begleitung der Judikative, die allein dafür verantwortlich ist, die Schuldigen zu verurteilen. MACCIH kann sich in die Prozesse der Reform von Institutionen einbringen, die von Kongress, Oberstem Gerichtshof und der Staatsanwaltschaft auf den Weg gebracht werden.

Erste Zwischenbilanz

Sechs Monate nach ihrer Arbeitsaufnahme hat MACCIH ihren ersten Bericht vorgelegt. Die Mission verfügt über ein Team von 19 RichterInnen, StaatsanwältInnen und RechtsmedizinerInnen, das noch auf 70 Personen anwachsen soll.

Der wichtigste Erfolg ist das Gesetz über Finanzierung, Transparenz und Finanzkontrolle der politischen Parteien in Honduras, bekannt als „Gesetz der sauberen Politik“. Es wurde gemeinsam mit dem Obersten Wahlgericht, der Kommission für Wahlangelegenheiten des Kongresses und den Spitzen der politischen Parteien erarbeitet und enthält eine Reihe von Neuerungen, wie Obergrenzen für Spenden sowie für Kampagnen-Kosten, ein Verbot staatlicher Werbung, keine Einweihung von Bauvorhaben als Wahlveranstaltungen sowie Strafen, die auch den Entzug der Parteiregistrierung bei illegaler Finanzierung umfassen.

Bezüglich der Schaffung einer Einheit für Finanzierung, Transparenz und Finanzkontrolle, die bei Ermittlungen u.a. das Bankgeheimnis aufheben kann, veränderte der Kongress jedoch den Vorschlag für die Zusammensetzung seiner Leitung in drei Personen, die ohne Abstimmung von der Regierung eingesetzt wurden – eine Aktion, die dem Sinn des Gesetzes widerspricht. „Es ist wichtig, zu wissen, woher die Finanzen stammen, aber diese Reform löst die Probleme der Transparenz nicht. Es sind tiefgreifende Reformen notwendig, hier haben wir mehr von MACCIH erwartet“, kommentiert der Analyst Omar Menjívar.

Im Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft wird festgelegt, dass es in Korruptionsfällen keine Vergleiche mehr geben darf – bislang sind nach Aussagen des Sprechers von MACCIH 38 Wünsche nach einem Vergleich abgewiesen worden.

Eine weitere wichtige Aktivität war die Wahl der RichterInnen am Oberrechnungsamt, die von MACCIH aufgrund ihrer Intransparenz kritisiert worden war. Der Rechnungshof ist das höchste Gremium zur Kontrolle der öffentlichen Mittelvergabe, die Benennung der Mitglieder daher wesentlich für die Bekämpfung von Korruption. 109 Personen hatten sich für die zu vergebenen drei Positionen beworben. Im Oktober machte MACCIH einen Vorschlag zum Ablauf des Besetzungsverfahrens und auch für die anzulegenden Kriterien. Parlament und Regierung ignorierten diesen Vorschlag und ernannten eigenmächtig PolitikerInnen für diese Posten, die sie für die nächsten sieben Jahre bekleiden werden. Das hat eine offizielle Beschwerde von MACCIH hervorgerufen. Auch die Vorschläge von MACCIH, internationalen Standards vergleichbare Strafen für Korruptionsfälle einzuführen, wurden abgelehnt.

Außerdem hat MACCIH an einem Gesetz zur Einrichtung von unabhängigen, auf Korruption spezialisierten Gerichten mitgewirkt, da es in Honduras nur wenig Expertise in Korruptionsrecht und -prävention gibt. Das Gesetz wurde im Juni verabschiedet, jedoch zuvor im Kongress noch stark verändert: Die Sondergerichte werden nur für Fälle zuständig sein, an denen drei oder mehr Träger öffentlicher Funktionen beteiligt sind; die 75% der



Foto: Kafe

Bisher nicht aufgeklärt: der Mord an Berta Cáceres im März '16

Fälle, die nur ein oder zwei FunktionärInnen betreffen, werden nach wie vor von den traditionellen Gerichten verhandelt.

Enttäuschte Erwartungen

Es gibt also Fortschritte, aber auch Rückschläge und bereits jetzt Frustration angesichts der sehr hohen Erwartungen: Die Untersuchung der Ermordung von Berta Cáceres ist noch nicht aufgenommen; nur wenige Schritte im wichtigsten Fall, der Unterschlagung im IHSS, wurden unternommen; die Korruptionspraktiken bei öffentlichen Ausschreibungen sind unangetastet; die Besetzung wichtiger Positionen mit Personen aus dem eigenen politischen oder privaten Umkreis ebenfalls. Sowohl der Sprecher von MACCIH Juan Jiménez als auch der argentinische Staatsanwalt Manuel Garrido, der MACCIH koordiniert, baten darum, MACCIH Zeit zu geben und die Erwartungen an die Realität anzupassen. Die Aufgabe sei nicht über Nacht zu schaffen. In Guatemala hatte

DAS GUATEMALTEKISCHE DILEMMA



Foto: Jorge Dan López

Rast nach Protestmarsch: Armut der Vielen, Kehrseite von Reichtum und Korruption

die CICIG erst nach sechs bis sieben Jahren ihren großen Erfolg. Honduras kann jedoch nicht sechs Jahre warten – Fortschritte müssen sichtbar werden, um die Weiterarbeit auf allen Seiten zu ermutigen.

Juan Orlando Hernández und der Kongresspräsident Mauricio Oliva haben klar gestellt, dass sie MACCIH nicht zugestehen, in innere Angelegenheiten des honduranischen Staates einzugreifen. Die Situation im Land ist schwieriger geworden, weil heuer wieder gewählt wird. Juan Orlando will erneut zur Wahl antreten. Obwohl es dazu viel Kritik gibt, hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass seine erneute Kandidatur zulässig ist. Das widerspricht der Verfassung, die das ausdrücklich untersagt, und dieser Paragraph darf weder von Parlament noch Oberstem Gerichtshof geändert werden. Im Fall des ehemaligen Präsidenten Manuel Zelaya war genau diese Bestimmung als Vorwand für den Putsch gegen ihn genutzt worden. Es gab zwar Proteste seitens der internationalen Gemeinschaft, aber der Präsident fährt mit seiner Wiederwahl-Kampagne fort.

Ein entscheidender Baustein für den Erfolg von MACCIH ist die Kooperation mit der Zivilgesellschaft, die ihre Aktivitäten flankieren muss. Nur „Druck von der Straße“ kann Resultate bringen. Dieses abgestimmte, gemeinsame Vorgehen muss deutlich besser werden. Es braucht Austauschforen und der Informationsfluss mit Zivilgesellschaft und Internationaler Kooperation muss ausgebaut werden. MACCIH hat also nach sechs Monaten erhebliche Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Auftrags: Die politischen Parteien und die Regierung arbeiten nicht transparent mit ihr zusammen, gleichzeitig hängt der Erfolg an diesem Verhältnis. „Wir hatten von Anfang an Zweifel, einerseits, weil MACCIH ein Vorschlag der OAS und der honduranischen Regierung war, andererseits, weil die Regierung der Mission viele Steine in den Weg legt. MACCIH muss weniger diplomatisch auftreten, um den Korrupten das Handwerk zu legen“, kommentiert Miguel Briceño von *Los Indignados*. Das größte Druckmittel, das MACCIH hat, die Drohung sich zurückzuziehen, würde die Machthabenden wenig beeindrucken. ■

Die Autorin, langjährige Aktivistin der Zentralamerika-Solidarität, lebt und arbeitet in Berlin. Von 2004 bis 2007 arbeitete sie in Honduras bei der Frauenrechtsorganisation *Centro de Derechos de Mujeres CDM*. Seit 2007 ist sie Mitglied der *ila*-Redaktion. Ihr Artikel erscheint auch im 40seitigen Honduras-Schwerpunkt der Februarausgabe der Zeitschrift *ila* der Informationsstelle Lateinamerika (Bonn), www.ila-web.de

Ende des vergangenen Jahres, am 29. Dezember 2016, jährte sich zum 20. Mal der Abschluss der Friedensverträge, die einem der grausamsten und opferreichsten Bürgerkriege Lateinamerikas nach 36 Jahren ein Ende bereiteten. Die Aufbruchsstimmung der folgenden Jahre währte indes nur kurz. Armut und soziale Ungleichheit erreichen in Guatemala weiterhin traurige Spitzenwerte.

Von Christina Buczko

Erst vor kurzem wies das UN-Kinderhilfswerk UNICEF darauf hin, dass in den ländlichen Regionen des Landes acht von zehn Kindern unterernährt sind. Laut einem offiziellen Bericht des Gesundheitsministeriums war dies im Jahr 2016 die Ursache von 143 Todesfällen von Kindern. Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch um einiges höher liegen. Zudem versank das Land in den vergangenen Jahren in einem undurchdringlichen Sumpf der Korruption, die unter der Regierung von Otto Pérez Molina einen unrühmlichen Höhepunkt erreichte und von den Menschen im Land bereits als alltägliche Normalität akzeptiert schien. Da neben den jeweiligen politischen Eliten auch das Justizsystem als von kriminellen Strukturen durchdrungen gilt, wurden bis vor kurzem kaum Initiativen von staatlicher Seite erwartet, dagegen aktiv vorzugehen.

Die meisten politischen BeobachterInnen stimmen darin überein, dass zwischen den schweren Verbrechen während des Bürgerkriegs und der überbordenden Gewalt, der Straflosigkeit und der Korruption der Gegenwart eine direkte Verbindung besteht. Bereits vor Pérez Molina war Guatemala immer wieder als „Mafia-Staat“ bezeichnet worden. Angesichts dieses schweren Erbes und der Wahlergebnisse der letzten Urnengänge erscheint es erstaunlich, dass 2015 und im vergangenen Jahr doch einige bedeutende Fortschritte im Bereich Korruptionsbekämpfung erzielt werden konnten.

Ein wichtiges Novum besteht darin, dass seit dem Ende der letzten Legislaturperiode erstmals auch hochrangige FunktionärInnen strafrechtlich verfolgt werden. Der ehemalige Präsident Otto Pérez Molina wie auch die damalige Vize-Präsidentin Roxana Baldetti sind seit dem Rücktritt von ihren Ämtern inhaftiert, ebenso drei ehemalige Minister dieser Regierung. Die Vorwürfe lauten auf Verschwörung, Bestechung und Zollbetrug, letzteres im Rahmen einer kriminellen Struktur, die unter dem Namen *La Línea* bekannt wurde und ihre Einkünfte durch Bestechungsgelder zur Zollvermeidung generierte. Sowohl Pérez Molina als auch Baldetti verfügten zuletzt über mehrere prall gefüllte Konten und luxuriöse Immobilien. Im Zuge der Ermittlungen gegen sie wurden insgesamt 40 ehemalige oder noch aktive öffentliche FunktionärInnen festgenommen, darunter auch der Direktor der Steuerbehörde SAT.

weiter Seite 10 ➔

⇒ von Seite 9: DAS GUATEMALTEKISCHE DILEMMA

Systematische Bereicherung

Wie die Menschenrechtsaktivistin Iduvina Hernández festhielt, sind die Auswirkungen dieser Jahre weitreichend: Das korrupte System Pérez Molina umfasste nicht nur den Diebstahl an öffentlichem Eigentum und die persönliche Bereicherung von FunktionärInnen, sondern auch die weitgehende Auslieferung des gesamten Territoriums an illegitime Interessen.¹ Dazu zählte die verstärkte Militarisierung der öffentlichen Sicherheit ebenso wie die gewaltsame Unterdrückung sozialer Bewegungen und ihres Widerstands gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes.²

Zur gleichen Zeit wurden auch die Spitzen der guatemaltekischen Sozialversicherung (*Instituto Guatemalteco de Seguridad Social*, IGSS) wegen Korruptionsvorwürfen in mehreren Fällen verhaftet. Hier wurden insgesamt 17 Personen festgenommen, darunter Juan de Dios Rodríguez, der damalige Präsident des IGSS und frühere Privatsekretär von Pérez Molina. Laut Voruntersuchungen der Staatsanwaltschaft war dieser direkt in illegale Auftragsvergaben verwickelt, die zum Erwerb minderwertiger Medikamente und damit zum Tod mehrerer Patienten geführt hatten. Auch ein ehemaliger Sekretär des Vorgängers von Pérez Molina im Präsidentenamt, Álvaro Colom, befand sich unter den Inhaftierten. Dieser Fall ließ die Emotionen im Land, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung krankenversichert ist und das öffentliche Gesundheitssystem darniederliegt, besonders hochgehen.

Beide Fälle machen die endemische Unterwanderung des Staates mit korrupten Strukturen deutlich. Und die erstmaligen Verhaftungen auf höchster Ebene deuten darauf hin, dass sich auf Justizebene langsam etwas zu verändern beginnt und die Bemühungen engagierter Personen etwas bewegen konnten. Die im Frühjahr 2014 vorzeitig abgesetzte Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz leitete erste wichtige Schritte in der Säuberung des Personals des Justizministeriums in die Wege. Diese Maßnahmen führten im Jahr 2013 zur Aufnahme des Gerichtsprozesses gegen den ehemaligen Diktator Efraín Ríos Montt, ein Meilenstein in der Bekämpfung der Straflosigkeit, auch wenn das Urteil in weiterer Folge wegen formeller Verfahrens-

fehler aufgehoben wurde. Paz y Paz' Wirken legte auch die Basis für die aktuellen Erfolge in der Korruptionsbekämpfung. Doch gerade in den laufenden Ermittlungen berichten RichterInnen und StaatsanwältInnen wiederholt von Druck bis hin zu offenen Drohungen.

Internationale Schützenhilfe

Einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des Justizsystems leistet seit einigen Jahren die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (*Comisión Internacional contra la Corrupción en Guatemala*, CICIG)³. Die CICIG wurde 2007 auf Basis eines Abkommens zwischen der UNO und dem guatemaltekischen Staat gegründet und ist bis heute eine auf globaler Ebene einzigartige Institution. Ihre Einrichtung geht auf die langjährige Forderung sozialer und Menschenrechtsorganisationen in Guatemala nach der Gründung einer internationalen Untersuchungskommission für illegale Strukturen im öffentlichen Bereich zurück.

Die Arbeit der CICIG besteht in erster Linie in der fachlichen Unterstützung des guatemaltekischen Justizsystems in einzelnen Fällen, wobei ihre Wirkung bzw. ihr Einfluss in den Jahren seit ihrer Gründung jeweils stark von der jeweiligen Person an der Spitze abhing. Nach der Ablöse des aus Costa Rica stammenden und eher ambitionslos wirkenden Francisco Dall'Anese (2010–2013) hat die Arbeit der Kommission unter ihrem aktuellen Vorsitzenden, dem Kolumbianer Iván Velásquez, wieder an Profil gewonnen. Zuletzt war sie maßgeblich an der Aufdeckung des Korruptionsnetzwerks unter Pérez Molina und Baldetti beteiligt. Ihr Mandat, das alle zwei Jahre von der guatemaltekischen Regierung verlängert werden muss, läuft noch bis September dieses Jahres.

Das öffentliche Bekanntwerden der Ausmaße an Korruption unter der letzten Regierung führte über Wochen hinweg zu Massendemonstrationen in Guatemala. Die darauffolgende Präsidentschaftswahl gewann der bis dahin politisch völlig unerfahrene ehemalige Fernsehkomiker Jimmy Morales mit dem Slogan, er sei „weder korrupt noch Dieb“. Die Bilanz nach rund einem Jahr weist jedoch in eine andere Richtung. Bereits elf Tage nach Antritt seiner Regierung erfolgte der Rücktritt der eben angelobten Kommunikationsministerin Sherry Ordóñez, nachdem bekannt geworden war, dass sie als vor kurzem noch staatliche Auftragnehmerin kein öffentli-

ches Amt bekleiden dürfe. Bereits wiederholt war auch im Kabinett von Morales von Korruption sowie illegaler Auftragsvergabe oder gefälschten Rechnungen zugunsten seiner Familie die Rede. Mitte Jänner wurden ein Bruder und ein Sohn des Präsidenten wegen Betrugsverdachts im Zusammenhang mit staatlichen Geldern verhaftet.

Prekäre Teilerfolge

Auch wenn das Ausmaß der Vorwürfe noch nicht jenes der Vorgängerregierung erreicht hat, ist Morales' Saubermann-Image nach nur einem Jahr Amtszeit dahin. Hinter dem neuen Gesicht von Morales stehen altbekannte Akteure. Zu den Geldgebern seiner Wahlkampagne zählte unter anderem der der extremen Rechten zugeordnete Verband ehemaliger Militärs AVEMILGUA. Zudem agiert der neue Präsident im politischen Tagesgeschäft in vielen Bereichen eher planlos. Überzeugende Lösungen für die drängenden Probleme des Landes blieb seine Regierung bislang schuldig.

Auch im Fall von Pérez Molina und Baldetti zeigt sich, dass die Verhaftung der Verantwortlichen keineswegs zur automatischen Zerschlagung der kriminellen Strukturen führt. Mehrere Medien berichteten vom Verdacht, dass beide aus dem Gefängnis heraus weiterhin in dem von ihnen aufgebauten betrügerischen Netzwerk die Fäden ziehen – in jenen Bereichen, die in den laufenden Ermittlungen bislang unentdeckt geblieben sind. Auch das Gefängniswesen gilt in Guatemala als höchst korrupt. Zu tief verwurzelt sind die in den Staatsapparat eingebetteten kriminellen Strukturen, zu instabil der guatemaltekische Rechtsstaat. Und angesichts der bisherigen Bilanz der neuen Regierung erscheint es bereits mehr als fraglich, ob die ersten Erfolge der vergangenen Monate auf eine längerfristige Veränderung deuten, oder es sich nur um vereinzelte Lichtblicke handelt haben wird. ■

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Guatemala Solidarität Österreich in Wien.

¹ Nach einer aktuellen Studie der sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft ASIES betrugen im Jahr 2015 die aus Zollbetrug und Schmuggel erlösten Gewinne 2,3 Mrd. USD und damit 3,5% des guatemaltekischen BIP; sie betrafen 12,8% der Einfuhren.

² <https://www.plazapublica.com.gt/content/cicig-si-impunidad-no> [14.1.2017]

³ CICIG: <https://cerigua.org/article/sociedad-civil-apoya-esfuerzos-de-la-cicig-por-dep/>

KORRUPTION IN BRASILIEN: DEALS STATT RULES

Als 1889 in Brasilien die Republik ausgerufen wurde, gaben die positivistischen Modernisierer aus dem Militär ihrer neuen Flagge das Motto: *Ordem e Progresso*, Ordnung und Fortschritt – und dies gilt bis heute. (Unter der Militärdiktatur 1964 bis 1985 hieß es zeitweilig *Segurança e Desenvolvimento*, Sicherheit und Entwicklung.) „Fortschritt und Entwicklung“ konnte das Land in den letzten 125 Jahren durchaus verzeichnen. Dokumentiert wird dies durch das Anwachsen der Bevölkerung von ca. vier auf 200 Millionen, die rasche Urbanisierung im 20. Jahrhundert, die (sehr späte) Beseitigung des Analphabetismus, eine auf den Süden und Südosten konzentrierte Industrialisierung, das Ende der Hyperinflation 1994 und die Integration der Arbeiterpartei (PT) ins politische System.

Von Rüdiger Zoller

Mit „Ordnung und Sicherheit“ sieht es dagegen schlecht aus. Denn „Sicherheit“ gewährt das formale Gewaltmonopol des Staates bis heute nicht. Sicherheit muss man sich in Brasilien erkaufen: Mehr als eine halbe Million Wächter leben von diesem Geschäft, etwa so viele, wie es staatliche Polizisten gibt. Dennoch wurden im Jahr 2015 genau 58.467 Morde registriert. Das waren pro 100.000 Einwohner fast 29 Morde (Vergleichszahl für Österreich: < 1). Und dies war keine Ausnahme, denn von 2011 bis 2015 waren es zusammen 279.567 Morde. Die wenigsten davon werden aufgeklärt.

zialbeiträge, was gerade die Mittelschicht extrem belastet. Es bietet aber keine entsprechende Gegenleistung, trotz hoher Bürokratisierung und eines permanenten Staatseinflusses im Wirtschaftsleben. Gewalt und Regellosigkeit beschränken sich nicht auf die unmittelbare Kriminalität. Über 40.000 Verkehrstote pro Jahr sind ein weiteres bestürzendes Ergebnis. Die brasilianische Presse nennt das zurückhaltend „unzivilisiert“. Ergänzend zu erwähnen sind das illegale Glücksspiel (*bingo*), der organisierte Rauschgifthandel oder – aktuell – die faktische Haftpraxis.

Warum sollte das also in der Politik anders sein? „Deviantes Handeln“ prägt seit

schäft, nicht Vollzug der Gesetze. Fast alle Politiker konnten, meist über jede offizielle ideologische Grenze hinweg, im persönlichen Interesse kooperieren. Im politischen System fehlte letztlich (wie auch in weiten Teilen der Wirtschaft) der Respekt vor und das Vertrauen in die selbst erlassenen Regeln. Das erfordert ein Ausweichen in andere Regelungssysteme: Korruption ist eines davon.

Drei große Korruptionsaffären

In den letzten Jahrzehnten sind zumindest drei brasilianische Korruptionsskandale auch in Europa bekannt geworden:

Präsident **Fernando Collor de Mello** hatte 1989 im Wahlkampf gegen Lula da Silva von der Arbeiterpartei (PT) den Kampf gegen die sogenannten „Maharadschas“ der brasilianischen Politik ausgerufen. 1992 wurde der „Jäger der Maharadschas“ zum Rücktritt gezwungen, weil die Bestechungsforderungen seiner aus Alagoas „importierten“ Mitarbeiter das für den Zentralstaat Brasilien übliche Maß weit überschritten. Heute ist Collor de Mello, der nie juristisch verurteilt wurde, schon in seiner zweiten achtjährigen Amtszeit als Senator, gewählt in seinem Heimatstaat Alagoas.

Der zweite Fall ist der sogenannte **mensalão-Skandal**, eine „Technik“, mit der die PT die Abgeordneten zur Akzeptanz der Reformen unter Präsident Lula da Silva „bewegen“ wollte. Die Umworbene erhielten nicht jeweils aus aktuellem Anlass eine Bestechungssumme, sondern „monatlich“ (deshalb *mensalão*). Die Bestechungssumme von ca. 50 Mio. US-\$ war um einiges niedriger, als sie mit den zuvor üblichen ad-hoc-Zahlungen ausgefallen wäre.

Der Zahlungsmechanismus flog jedoch 2005 auf. Fast die gesamte Führung der PT musste zurücktreten, nur Präsident Lula da Silva behielt auf wundersame Weise das Image der Unschuld. Es dauerte sieben Jahre, bis einige Beteiligte verurteilt waren. Der Manager dieses „Machtsicherungsprozesses“, José Dirceu, ein ehemaliger Guerillero und Widerstandskämpfer, wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Da Gerichtsverfahren in Brasilien sehr lange laufen, konnten manche der noch nicht rechtskräftig verurteilten Angeklagten sogar während des Prozesses wieder



Vergeblicher Protest gegen Dilma Rousseffs Sturz durch korrupte Medien und Politiker

Brasilien ist somit ein extrem gewalttätiges Land. Kriminalität ist aber nur ein Indiz für das Staatsversagen. Das politische System erhebt mit seinen Verfassungen und Gesetzen den Anspruch auf soziale Kontrolle und fordert dafür hohe Abgaben (36% des BSP) als Steuern und So-

jeher die Politik. Dort wurde der jeweilige Gegner fast immer als korrupt charakterisiert – und dies war oft keine Verleumdung. So kämpfte schon Jânio Quadros 1960 mit dem Besen als Symbol der Säuberung um die Präsidentschaft. Doch Politik blieb ein asymmetrisches Tauschge-

➔ von Seite 11: BRASILIEN: DEALS STATT RULES

ins Parlament einrücken. Der zuständige Richter Joaquim Barbosa wurde jedoch zum Volkshelden.

Drittens sind die beiden eng zusammen hängenden großen Korruptionsaffären der Gegenwart zu nennen: Die Ausbeutung der Staatsfirma **Petrobrás** durch Politiker fast aller Parteien (genannt *petrolão*) und die Verwicklung des privaten Baukonzerns **Odebrecht** in einen weltweiten Bestechungsskandal mit Schwerpunkt Brasilien. Die Aufdeckung dieser Skandale firmiert unter *Lava Jato* (dt.: Wagenwäsche).

Marcelo Odebrecht, der frühere Firmenchef, wurde in Brasilien bereits zu 19 Jahren Haft verurteilt und hat gegenüber der Staatsanwaltschaft ein umfangreiches Dossier (*delação*) abgegeben, das viele Politiker belastet. Dessen Auswertung steht jedoch erst am Anfang. Eine Reihe von Richtern und Staatsanwälten gewann durch ihr Vorgehen gegen führende Politiker landesweites Ansehen, vergleichbar den Ereignissen in Italien in den 1990er Jahren oder im *mensalão*-Skandal.

Odebrecht schmierte wie seine Tochterfirma *Braskem* fast alle Politiker Brasiliens, um sich Aufträge zu sichern. Odebrecht „investierte“ darüber hinaus in den meisten Ländern Lateinamerikas wie auch im lusophonen Afrika (Angola, Mosambik). Noch 2010 wurde Odebrecht in der Schweiz als die vermeintlich weltweit beste Familienfirma gepriesen. Im Dezember 2016 schloss die Firma dann gezwungenermaßen mit dem *US-Department of Justice* eine Vereinbarung zur Zahlung von 3,5 Mrd. US-\$ ab, die umfangreichste bisher in der Geschichte.

Nicht direkt bezahlt wurde von den Firmen Odebrecht und Petrobrás aber gerade Präsidentin Dilma Rousseff (2011-2016) und wahrscheinlich auch nicht deren Vorgänger Lula da Silva. Dessen ungeachtet dürfte die PT als Ganzes eine der Hauptempfängerinnen der Zahlungen gewesen sein. Der frühere PT-Schatzmeister, João Vaccari, wurde schon zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt – und die Liste der angeklagten Unternehmer und Politiker ließe sich problemlos fortsetzen.

Dilma Rousseff wurde im August 2016 per Impeachment ihres Amtes enthoben. Sie hatte den Führungsanspruch in der politischen und wirtschaftlichen Krise schlicht verloren, wurde aber von ihren Ex-Verbündeten zu Unrecht politischer Täu-

schungsmanöver beschuldigt. Im Gegenteil: Die Hauptdrahtzieher ihrer Absetzung, allen voran ihr damaliger Vize Michel Temer von der PMDB, sind selbst nachweislich in beide aktuellen Korruptions-skandale verwickelt. Sowohl Senatspräsident Renan Calheiros wie der Präsident des Abgeordnetenhauses, Eduardo Cunha (beide von Temers PMDB gestellt), wurden bereits angeklagt und ihres Amtes enthoben. Brasilianische Journalisten vermuten, dass der „Putsch“ gegen Dilma Rousseff vor allem der Verhinderung weiterer Aufdeckungen im *Lava Jato*-Skandal dienen sollte. Man sollte die „Blutung stoppen“, forderte der bald darauf selbst wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetretene Minister Romero Jucá.

Die Liste der Skandale in Brasilien ließe sich problemlos um weiter zurückliegende Administrationen erweitern. Angesichts dessen lautet die eigentliche Frage nicht: „Wer ist auch diskreditiert?“, sondern: „Warum übersteigt die Korruption in Brasilien das in Europa ‚normale‘ Maß in so großem Umfang?“.

Historische Wurzeln

Meine Argumentation ist historisch: Brasilien war nie ein Rechtsstaat. Bis 1888 gab es das „Institut“ der Sklaverei. Der kaiserliche wie der republikanische Staat garantierten den meisten Brasilianern nie ihre bürgerlichen Rechte – es macht deshalb wenig Sinn, beim Rückblick in die Geschichte Brasiliens vor 1985 überhaupt von „brasilianischen Bürgern“ als aktiven Staatsbürgern zu sprechen. Der Einzelne musste seine Interessen, wie oben erwähnt, anders durchsetzen: durch einen (bezahlten) Vermittler gegenüber Ämtern und Institutionen, durch Absprachen mit seinem Patron, durch Finanzierung auf informelle Art – denn den zeitweise 40 Prozent im informellen Sektor Beschäftigten gab keine Bank einen offiziellen Kredit.

Besonders in den zurückliegenden Jahren der PT-Regierung hat sich einiges geändert: Viele informelle Arbeitsbeziehungen wurden in den offiziellen Arbeitsmarkt und damit in das seit den 1930er Jahren vorhandene Versicherungssystem übergeführt. Der Zugang zu Banken wurde allgemein ermöglicht, wenn auch zu astronomischen Kreditzinsen, der Analphabetismus wurde reduziert. Allerdings führte die Verbreiterung des Bildungswesens nur sehr bedingt zu qualitativen Verbesserungen, wie jede PISA-Studie zur OECD dokumentiert.

Noch nicht hinreichend verändert hat sich das über Jahrhunderte entwickelte soziale Verhalten der Brasilianer. Der Brasilianer arbeitet weiterhin per *jeito/jeitinho*, also mit einer informellen gegenseitigen Absprache, die allen Beteiligten irgendwie nützt, und nicht offiziell oder per Anwalt über den Rechtsweg. Das gegenseitige Vertrauen spielt dabei die entscheidende Rolle. Der „normale“ Rechtsweg ist für die meisten Brasilianer auch viel zu teuer und bringt kein zeitnahes Ergebnis.

So zynisch es klingen mag: Die Demokratisierung seit 1985 hat den Zug zur Korruption in der Politik noch enorm verstärkt. Selbst relativ wohlhabende Politiker können Wahlkämpfe meist nicht selbst finanzieren, und nicht jeder hat einen Lear-Jet, um während einer Kampagne durchs Land zu fliegen. Brasilien umfasst 8,5 Mio. km² – fast das Doppelte der Europäischen Union mit (noch) 28 Mitgliedern. Mit fast 40 nationalen Parteien gibt es für Berufspolitiker kaum eine Absicherung über Parteilisten. Bei den letzten Kommunalwahlen im November 2016 wurden Bürgermeister von 31 verschiedenen Parteien direkt gewählt. Nicht die Partei finanziert also die Kandidaten (vielleicht mit Ausnahme der mitgliederstarken PT), sondern der Politiker finanziert „seine“ Partei. Eine Partei, die er auch immer wieder wechselt: Viele Spitzenpolitiker firmierten in der Demokratie seit 1985 schon unter einem halben Dutzend Parteinamen. Der Parteiname, ob „demokratisch“, „liberal“ oder fast immer „sozialistisch“, hat keinerlei Informationswert. Die Wähler und „Partner“ erwarten ihrerseits nach der Wahl eine „Gegengabe“: Brasilien ist – etwas unfreundlich formuliert – eine das System „Demokratie“ nur emulierende Kleptokratie. Jeder neu ernannte Minister übernimmt das Amt im Stil eines Steuerpächters der französischen Monarchie des 18. Jahrhunderts, denn tausende Anhänger müssen versorgt werden.

Politik am Tropf der Wirtschaft

Natürlich finanziert nicht der „kleine“ Wähler durch Spenden die Wahlen; dieser muss vielmehr zuweilen materiell „stimuliert“ werden. Firmen wie *Odebrecht* und besonders Staatsfirmen wie *Petrobrás*, die später von Abstimmungen im Parlament abhängen, sowie Banken finanzieren das politische Geschäft. Jeder weiß das. Der *mensalão*-Versuch der PT 2003 bis 2005 hat diesen Mechanismus also nicht erfunden, sondern nur rationalisiert: Bestechung

ARGENTINIEN: DIE KORRUPTION IN DER REGIERUNG MACRI

„Es gibt keine Rechtfertigung für Korruption bei öffentlichen Bauvorhaben“ lautet eine der Überschriften auf der Webseite des argentinischen Präsidenten Mauricio Macri. Die aktuelle Regierungspraxis wird diesem hehren Anspruch jedoch nicht gerecht. Über die Korruptionsgeschichte und das aktuelle Verhalten diverser argentinischer Funktionsträger und Unternehmer informiert der folgende Beitrag

von Jimena Segura.

der Abgeordneten wurde dadurch für die Regierung billiger. Seit der Publizierung des *mensalão*-Konstrukts wurde in Brasilien keine einzige große Reform mehr verwirklicht – sie waren „demokratisch“ offenbar unbezahlbar geworden. Seit einem Jahrzehnt stauten sich dadurch die Strukturprobleme in Brasilien, zunächst überdeckt durch die hervorragenden Statistiken infolge der Expansion des Außenhandels mit China. Das System kam aber bereits 2013 und 2014 an den Rand seiner Funktionalität – und die Abgeordneten der mitregierenden PMDB erzwangen dann selbst 2016 den Präsidentenwechsel, um als Berufspolitiker zu überleben.

In Brasilien tobt vor dem Hintergrund der diversen Korruptionsskandale ein Machtkampf. Die „Liberalen“ bekämpfen den ehemaligen Koalitionspartner Arbeiterpartei, die PT bekämpft die „Putschisten“. Die Justiz verhaftet Politiker und klagt sie an, wie noch nie in „demokratischen“ Zuständen. Die eigentliche Motivation besteht im Kampf um Ressourcen, um staatliche Pfründe.

Voraussagen zum Ausgang der aktuellen Skandale sind notwendigerweise spekulativ. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt aber, dass Brasilien nie eine soziale Revolution mit dem Austausch der politischen Eliten erlebte. Es gab immer neue Kooptationsprozesse, zuletzt eben die „Zulassung“ der PT zum politischen Geschäft. So gesehen ist es wahrscheinlich, dass auf dieser Basis auch 2017 oder 2018 eine neue „Geschäftsgrundlage“ gefunden wird. Denn Wahlen haben in Brasilien noch nie zur Dominanz einer Partei geführt – im aktuellen Kabinetts sind allein elf Parteien vertreten. Die größten lagen bisher bei ca. 20% der Wählerstimmen und alle sind jetzt durch die Skandale gebeutelt. So wird es unter den heutigen Gegnern neue Absprachen geben müssen, die mit ziemlicher Sicherheit in einigen Jahren in den nächsten Korruptionsskandal führen werden.

Korruption ist nicht die *causa prima* der politischen Probleme Brasiliens. Sie ist lediglich ein Schwachpunkt unter vielen im politischen Regelwerk. Der (stets zu erhoffende) Ausbau Brasiliens zu einem sozialen Rechtsstaat wird nicht nur Legislaturperioden erfordern, sondern Generationen. ■

Der Autor ist gelernter Historiker und Politologe im Ruhestand, der sich über 30 Jahre an der Universität Erlangen-Nürnberg mit Lateinamerika und besonders mit Brasilien befasst hat, zunächst im damaligen Zentralinstitut für Regionalforschung, dann am Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (romanischsprachige Kulturen) unter Prof. Dr. Walther L. Bernecker.

In kürzlich veröffentlichten Berichten heißt es, der dem Präsidenten sehr nahestehende Geheimdienstchef Gustavo Arribas habe vom brasilianischen Bauunternehmen *Odebrecht* wenige Tage nach Wiederaufnahme der Arbeiten an der Eisenbahnlinie Sarmiento Geld erhalten. Die Ausschreibung dafür – für die sich bereits Beamte der Regierung Kirchner vor Gericht verantworten mussten – hatten *Odebrecht* und das Unternehmen *Iecsa* von Ángelo Calcaterra, Cousin und Geschäftsfreund von Präsident Macri, gewonnen.

Ende der politischen Schonfrist

Im Lauf des vergangenen Jahres hat bei manchen WählerInnen Macris, die sich vom Motto „*Cambemos*“ (Wechsel!) Lösungen erhofft hatten, welche die vorhergehende Regierung schuldig geblieben war, Enttäuschung breitgemacht. Dazu haben zunächst die Entlassungen und Tariferhöhungen beigetragen, danach die angekündigten, aber bisher ausgebliebenen öffentlichen Bauprojekte. Dazu kommt die Aussicht auf ständig wachsende Staatsschulden inmitten einer bedrohlichen internationalen Wirtschaftskrise.

Jetzt sticht auch Macris letztes Atout, sein Image als Saubermann, von Tag zu Tag weniger. Sein Kampf gegen kirchnernahe korrupte Unternehmer und die Korruptionsvorwürfe gegen Expräsidentin Cristina Kirchner hatten für die nötigen Schlagzeilen gesorgt, um von der zuneh-

menden wirtschaftlichen und politischen Krise abzulenken. Doch angesichts der Skandale, zunächst rund um die *Panama Papers* und aktuell um seinen Freund Arribas, lässt sich die wirtschaftliche Situation nicht mehr schönfärben, und das Ansehen des Präsidenten ist laut Meinungsumfragen an einem Tiefpunkt angelangt.

Um zu erkennen, dass Macri nicht zum ersten Mal mit Korruption zu tun hat, genügt es, ein wenig an der Oberfläche zu kratzen: Schon in den 1990er Jahren wurde seine Unternehmensgruppe im Zusammenhang mit dem Schmuggel von Autos durch sein Unternehmen *Sevel* erschüttert. Weitere Fälle betrafen die argentinische Post, das Geschäft mit dem Müll u.a.. Als Präsident des Fußballklubs *Boca Juniors* wurde Macri vorgeworfen, dessen Privati-



Mapuche-Frauen der Gemeinde Cushmanen nach Polizeiaktion

sierung vorangetrieben und dabei die Taschen ihm nahestehender Personen gefüllt zu haben, während Angestellte und Spieler den Gürtel enger schnallen mussten.

Doch Macris Ruf eines erfolgreichen Unternehmers überstrahlte vielfach – gemäß dem Spruch „da er reich ist, hat er es nicht nötig zu stehlen“ – seine etwas ob-

weiter Seite 14 ➔

⇒ von Seite 13: KORRUPTION IN ARGENTINIEN

skure Vorgeschichte als Unternehmer und Regierungschef von Buenos Aires. Es gelang ihm, Korruptionsfälle der Regierung Kirchner zum Aufhänger seines Wahlkampfes zu machen. „Unternehmer gegen bürokratischer Populist“ lautete das Drehbuch, das allerdings noch vor dem Beginn der Auseinandersetzung ins Wanken geriet, als der Sportjournalist Fernando Niembro auf seine Kandidatur verzichten musste, weil Millionenverträge zwischen seinem Unternehmen und der Regierung von Buenos Aires während Macris Amtszeit bekannt geworden waren.

Macri gelang es aber, sich als Vorkämpfer der Justiz darzustellen. Unterstützt wurde er dabei vom Umfeld der katholischen Abgeordneten Elisa Carrió, einer der umstrittensten PolitikerInnen, die sich bei ihren Anschuldigungen gegen Beamte und Unternehmer auf vertrauliche Informationen stützt, als deren Quelle vielen die CIA selbst gilt. Eine Woche, nachdem sie gemeinsam mit Macri dessen Wahlsieg gefeiert hatte, kehrte Carrió in ihre gewohnte Rolle zurück und beschuldigte Daniel Angelici, den aktuellen Präsidenten von Boca Juniors, Macris Verbindungsmann zu diversen Richtern zu sein. Angelici ist ein bekannter Unternehmer im Bereich Glücksspiel mit Verbindungen zu den Geheimdiensten, der den „Kampf gegen die Korruption“ als Waffe einsetzt, um dem Kirchner-nahen Casinobesitzer Cristóbal López das Geschäft mit dem Glücksspiel und im Bereich Massenmedien streitig zu machen.

Aufgewärmte Korruption

Von Korruption ist keine der verschiedenen Regierungen frei. Die Besonderheit im Fall der aktuellen Regierung ist ihr deutlicherer Klassencharakter. Ihre Mitglieder haben zunächst als Unternehmer mit Korruption zu tun und infizieren damit den Staat, sobald sie einflussreiche Posten bekleiden. Die Korruption der Kirchner-Regierungen hingegen ging von der staatlichen Bürokratie aus, in Richtung Unternehmerschaft, was für deren traditionellen Flügel besonders verachtenswert ist. Der Unterschied ist insofern unwesentlich, als die Akteure beider Seiten nur eine für das System selbst nötige Allianz verkörpern.

Hinter der Korruption stehen Interessen einer bestimmten sozialen Schicht. Sie kommt zum Vorschein, wenn es infolge

der Wirtschaftskrise nicht für alle reicht, wenn sich verschiedene Sektoren um gewisse Pfründe streiten. Sie wird hingegen nahezu unsichtbar, wenn diese Rivalen an einem Strang ziehen, um etwa gemeinsam ein Budget mit Kürzungen im Sozialbereich zu beschließen, für Zahlungen an die Geierfonds oder für das Gesetz gegen Terrorismus zu stimmen. Dieses von Macri und Kirchner-Parteigängern gemeinsam beschlossene Gesetz dient zur Rechtfertigung der Unterdrückung von sozialen Bewegungen, wie des brutalen Angriffs auf die Mapuche-Gemeinde *Cushamen* im Süden des Landes, die im Jänner versuchte, ihr vom multinationalen Textilunternehmen *Benneton* okkupiertes Land zurückerzugewinnen.

Tatsächlich wurden den Macris und der mit ihnen verwandten Familie Calcaterra während der Kirchner-Zeit viele öffentliche Bauaufträge zugesprochen. Deshalb weisen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Clans auf eine tiefere politische Krise hin.

Panama Papers

Der Skandal um die Panama Papers machte den spezifischen Charakter der Korruption unter der aktuellen Regierung deutlich. Ähnlich wie bei Piñera in Chile oder aktuell bei Trump verkörpert Macri als Präsident und durch seine Regierung die direkte Verschmelzung zwischen staatlichem Funktionsträger und Unternehmer. Deshalb zeigt sich auch die Korruption unmittelbarer. Während er peronistischen Funktionären Missbrauch öffentlicher Mittel vorwarf, wurden Macri und sein engstes Umfeld durch die Enthüllungen von Dokumenten aus dem Anwaltsbüro *Mossack & Fonseca* erschüttert. Sie belegen, dass die Briefkastenfirma *Freg Trading*, die ihm und seinem Vater Franco Macri gehört, für Steuervermeidung und Kapitalflucht genutzt wurde, was schließlich auch einen Betrug am Staatshaushalt darstellt.

Nach dieser Affäre kündigte Macri an, er würde 18 Millionen US-Dollar aus einer Bank der Bahamas repatriieren, wobei es sich um kein Schwarzgeld handle, aber einen nötigen Schritt im Rahmen der Regierungskampagne zur Legalisierung von Kapital. Trotz dieser Rechtfertigung brach ein Sturm der Entrüstung los, als die Verbindungen von Néstor Grindetti, Macris Wirtschaftsminister in seiner Zeit als Regierungschef von Buenos Aires, zur Briefkastenfirma *Mercier International* enthüllt

wurden. Operationen von Grindetti über diese Firma hatten damals die Verschuldung von Buenos Aires verdreifacht.

Die Wurzel der Korruption

Die Vorwürfe gegen die vorhergehende Regierung entlarvten sich auf diese Weise als politischer Opportunismus. Eine der besten Antworten auf Macris Kampagne gegen Korruption gab die ehemalige Präsidentin Cristina Kirchner selbst: „Die Nachforschungen müssen sich auf die Unternehmerschaft konzentrieren“. In einem TV-Interview erklärte sie: „Bei öffentlichen Aufträgen beginnt die Korruption oft nicht im Kopf, sondern im Privatsektor und beim staatlichen Prüfer der Ausführung des Auftrags“. Jenseits von der Schuldzuschreibung an Beamte niederen Ranges und davon, dass das wenig an ihrer eigenen Verantwortung ändert, verweist ihre Antwort doch auf das private Interesse des Unternehmens als Wurzel der Korruption. Es bricht mit den Regeln des freien Wettbewerbs, die besonders in Krisenzeiten dem Gewinninteresse der Unternehmen entgegenwirken.

Auf diese Weise nimmt die Korruption zu, selbst auf internationaler Ebene. Die Enthüllungen der Panama Papers erfolgten im Kontext eines internationalen Wettlaufs des Finanzkapitals um jene Geldflüsse, die einerseits vor der Besteuerung fliehen und andererseits aus den mächtigen Ländern abfließen. Dank ihrer Veröffentlichung konnten Steuerparadiese innerhalb der USA wie Alaska, Nevada, Delaware und Süddakota ihre Position festigen. Tatsächlich betreffen die Papiere kein einziges US-Unternehmen, was auch damit zu tun hat, dass der US-Kongress bisher den internationalen Vereinbarungen zum automatischen Austausch von Steuerinformationen nicht zugestimmt hat. Finanzberater in Singapur warnen sogar davor, sich durch die Panama Papers zu weitreichenden Regulierungen bewegen zu lassen, um den Status eines der weltweit wichtigsten Finanzzentren nicht aufs Spiel zu setzen.

Korruption von Unternehmen und politische Korruption gehen Hand in Hand. Sie sind die illegale Seite der privaten wirtschaftlichen Konkurrenz auf ihrer Suche nach Vorteilen. Deshalb ist Macris Maskerade zu Ende. ■

Die Autorin ist Universitätsprofessorin für Ökonomie und Journalistin in Buenos Aires.
Übersetzung: Hermann Klosius

HILFE! QUÉ PASA?

Die Lateinamerikaner fürchten eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu den USA. Wie begründet diese Furcht ist, wurde schon in den ersten Tagen der Amtszeit von Trump deutlich.

Von Wolf Grabendorff

Wenn zwei weit über die Region hinaus bekannte Intellektuelle wie der peruanische Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa und der ehemalige mexikanische Außenminister Jorge Castañeda gleichzeitig verkünden „Trump wird vor allem Lateinamerika schaden“, dürften die inter-amerikanischen Beziehungen bald sehr ernsten Belastungen ausgesetzt sein. Sollte Donald Trump als Präsident seinen viel zitierten Mauerbau entlang der Grenze zu Mexiko in die Tat umsetzen, wäre die endgültige Teilung der Westlichen Hemisphäre ohnehin besiegelt. (Anm.: Schon in seiner ersten Woche im Amt erließ Trump ein entsprechendes Dekret und veranlasste so Mexikos Präsident Peña Nieto zur Absage seines geplanten Staatsbesuchs.)

Doch nach der ersten Schockstarre infolge des in Lateinamerika keineswegs erwarteten Wahlergebnisses sind die Kommentare südlich des Río Grande – zunächst – eher pragmatisch geworden. Der historisch begründete und weit verbreitete Anti-Amerikanismus in der Region dürfte daher kaum stärker ansteigen als zu Zeiten von Präsident George W. Bush. Die meisten Regierungen in der Region scheinen notgedrungen eine Anpassung an die veränderten „Nachbarschaftsbeziehungen“ vorzunehmen und betonen ihre Bereitschaft zu guter Zusammenarbeit. Im Falle Mexikos freilich eher mit zusammengebissenen Zähnen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Hegemonialmacht im Norden und ihren südlichen Nachbarn waren selten so gut wie in den letzten Jahren der Regierung von Barack Obama. Daran haben natürlich die neuen, amerikafreundlichen Regierungen in Argentinien und Brasilien ebenso ihren Anteil wie die geschickte Politik Obamas, durch die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Kuba den Kalten Krieg in der Westlichen Hemisphäre endgültig zu beenden.

Migrationsregime: Radikalisierung und Kontinuitäten

Was wird sich also ändern? Als erstes wird sich der politische Umgangston mit den Nachbarn im Süden ändern, der ja schon während des Wahlkampfes von Trump mehr als deutlich erkennbar geworden ist. So hat der neue Präsident der USA offensichtlich ein klar rassistisch orientiertes Feindbild: die Immigranten aus Mexiko und Mittelamerika. Deren Anzahl in den USA (legal wie illegal, geschätzt auf zwölf Millionen) will er so rasch wie möglich verringern – auch durch den angekündigten Mauerbau. Trotz lauten Protests, nicht nur in Mexiko, sondern auch in den USA selbst, stellen diese Pläne durchaus eine Kontinuität in der US-„Nachbarschaftspolitik“ dar. So ist von dem rund 3.000 Kilometer langen Grenzzaun, beziehungsweise der Mauer, rund ein Drittel schon gebaut. Die von Trump angekündigten zwei bis drei Millionen Abschiebungen illegaler beziehungsweise straffälliger ImmigrantInnen würden den bereits während der Amtszeit von Obama abgeschobenen 2,6 Millionen folgen. Es dürften also nicht nur die Brutalität der angekündigten Maßnahmen selbst, sondern auch die damit verbundene Rhetorik und die Missachtung eines ganzen Kulturkreises sein, die zum Feindbild Trump in Lateinamerika beitragen.

Diese Rhetorik ist freilich genau auf die Empfindungen bestimmter Wählerschichten in den USA zugeschnitten und zeigt klar, wie sehr die Innenpolitik und insbesondere die Angst vor einer „fortschreitenden Überfremdung“ die Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Süden prägt. Das galt unter ideologischen Gesichtspunkten schon immer für die Beziehungen zu Castros Kuba und gilt unter Migrationsgesichtspunkten für Trump jetzt praktisch für alle Länder des Karibischen Beckens. Gerade die „transnationalen“ Gesellschaften Kubas, Mexikos und Mittelamerikas, mit einem beachtlichen Teil ihrer Arbeitsbevölkerung als Migranten in den USA, erhalten von dort etwa 30 Milliarden US-Dollar an jährlichen Überweisungen. Diese *remittances* machen einen bedeutenden Anteil am Nationaleinkommen vieler dieser Länder aus. Für diese MigrantInnen hat sich der Schmelztiegel

USA zwar als wirtschaftlich attraktiv, aber keineswegs immer als kulturell prägend erwiesen. So hat die geographische Nähe den Bestand familiärer Bindungen über mehrere Generationen erlaubt. Es konnten sich regionale Schwerpunkte in den USA herausbilden, die zur Wahrung der kulturellen und zunehmend auch einer politischen Identität beigetragen haben.

Eine massive „Rückführung“ der als „Hispanics“ bezeichneten Immigrantengruppen, mit 18 Prozent die größte und am schnellsten wachsende Minderheit der US-Bevölkerung, will Trump auch durch wirtschaftlichen Druck erreichen. Geplant ist eine 30-prozentige Steuer auf die Rücküberweisungen in die Heimatländer. Sie dürfte nicht nur für die sozial Schwachen in diesen Ländern geradezu katastrophale Auswirkungen haben, sondern sie soll auch als Abschreckung für künftige Immigrationswellen dienen.

Dies dürfte auch Kuba hart treffen, wo diese Überweisungen einen entscheidenden Anteil an der ohnehin erst langsam greifenden Wirtschaftsreform haben. Die Ankündigungen Trumps, mit Rücksicht auf seine Wähler kubanischer Herkunft in Florida, einen schärferen Kurs gegenüber der Regierung Raúl Castro einzuschlagen und den „Schmusekurs“ von Obama zu beenden, dürften auch noch zusätzlich seinem Ansehen in der Region schaden. Die sich in Kuba gerade etablierenden US-Wirtschaftsunternehmen werden allerdings versuchen, im Sinne ihrer eigenen Interessen einen erheblichen Einfluss auf diese „neue“ Kuba-Politik Trumps zu nehmen.

„USA first“-Handelspolitik

Neben diesen direkten Folgen einer Trump-Regierung für die Nachbarstaaten, deren Wirtschaft und Gesellschaft ohnehin eng mit den USA verwoben sind, sehen viele lateinamerikanische Staaten vor allem Trumps handelspolitische Konzepte mit Argwohn.

Nach seinen Vorstellungen sollen die Handelsbeziehungen auf bilateraler Ebene zum klaren Vorteil für die USA neu geregelt werden. Multilaterale Handelsvereinbarungen, wie die von Obama geförderte *Trans-Pacific Partnership* (TPP), sollen hingegen rasch beendet werden (Anm.: was Trump auch kurz nach seinem Amts-

⇒ von Seite 15: USA–LATEIN-AMERIKA

antritt in die Tat umsetzte). Erste Neuverhandlungen sollen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) beginnen. Dies würde erneut Mexiko treffen, weil laut Trump dorthin zu viele Arbeitsplätze aus den USA verlagert worden seien. Obwohl Kanada und Mexiko, die beide den Löwenanteil ihres Außenhandels mit den USA abwickeln, bereits ihre Bereitschaft angekündigt haben, in Neuverhandlungen einzutreten, sind die handels- und steuerpolitischen Instrumente für eine eventuelle Rückkehr von US-Unternehmen schwer abzuschätzen. Daran dürfte auch eine eventuelle Erweiterung der NAFTA-Mitglieder um Großbritannien, wie von dort nach dem Brexit durchaus erwünscht, wenig ändern.

Argentinien und Brasilien sehen sich ebenfalls von den wirtschaftspolitischen Prioritäten Trumps betroffen. Beide Länder haben vor den Wahlen immer wieder betont, möglichst rasch einen bilateralen, oder besser noch einen den gesamten *Mercosur* umfassenden, Freihandelsvertrag mit den USA abzuschließen zu wollen. Sie wollten auf diese Weise im Gegensatz zu ihren Vorgängerregierungen ihre Präferenz für offene Märkte demonstrieren und gleichzeitig um Auslandsinvestitionen aus den USA werben. Diese Strategie dürfte wohl zumindest kurzfristig nicht aufgehen, auch weil Trump immer wieder betont, die multinationalen Firmen sollten zunächst in den USA investieren und dort gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

Zusätzlich dürften aufgrund des von Trump avisierten gigantischen Infrastrukturprogramms in den USA die Zinserhöhungen der US-Notenbank nicht lange auf sich warten und damit die bereits eingeleitete umfangreiche Neuverschuldung Argentiniens und Brasiliens wesentlich teurer ausfallen lassen. Die zu erwartenden Finanzprobleme haben sich bereits in der Abwertung der meisten lateinamerikanischen Währungen – allen voran des mexikanischen Pesos – niedergeschlagen. In der Handelspolitik hat Lateinamerika kein Interesse, sich Trumps Vorstellungen anzupassen. Stattdessen dürfte sich vor allem China, ohnehin der wichtigste Handelspartner fast aller südamerikanischen Staaten, zum bevorzugten Handels- und Investitionspartner entwickeln. Inwieweit sich dies mit den bisher erkennbaren geopolitischen Konzepten der neuen US-Regierung

wird vereinbaren lassen, wird in Lateinamerika mit einer gewissen Spannung erwartet.

„Lateinamerikanisierung“ der US-Politik

Mit dem Politikstil Trumps – nationalistisch und populistisch, personalistisch und autoritär – werden die meisten lateinamerikanischen Staaten weniger Probleme haben. Sie haben selbst häufig „Außenseiter“ (Alberto Fujimori in Peru, Evo Morales in Bolivien, Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador) und Selfmademen (Sebastián Piñera in Chile,

Mauricio Macri in Argentinien) gewählt, die dann als „Hyperpräsidenten“ nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern oft auch das ganze Land zu verändern suchten. In der Region wird deshalb zunehmend über die „Lateinamerikanisierung“ der Politik in den USA gespottet, wohl wissend, dass damit auch die eigenen Staaten mit schweren politischen und/oder wirtschaftlichen Verwerfungen in der Ära Trump rechnen müssen. ■

Der Beitrag erschien am 12.12.2016 auf www.ipg-journal.de. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Friedrich Ebert-Stiftung und des Autors.

TRUMP: „DIE USA BRAUCHEN MEXIKO NICHT“

Donald Trump und der mexikanische Präsident Peña Nieto hatten am 27. Januar ein als privat deklariertes Telefongespräch geführt. Nach dem Telefonat hatten beide Seiten eine gleich lautende Erklärung veröffentlicht, in dem von einem „klaren und versöhnlichen Gespräch“ die Rede ist. Die Journalistin Dolia Estévez enthüllte am 1. Februar jedoch gegenüber mehreren Medien Einzelheiten aus vertraulichen Quellen beider Seiten. Diese unterscheiden sich komplett von der offiziellen Version, Trump soll den mexikanischen Präsidenten bei ihrem Telefongespräch gedemütigt haben und dabei sehr aggressiv gewesen sein.

Nach Angaben von Estévez drohte Trump, Mexiko zum Bau der Mauer zu zwingen, indem er mexikanische Exportzölle auf zehn Prozent und bei Produkten, wo es Mexiko „am meisten schmerzt“ sogar auf 35 Prozent anheben würde. Außerdem, so erklärte die Journalistin gegenüber *Aristegui Noticias*, habe Trump eindringlich betont: Wenn die mexikanische Armee ihre Aufgabe beim Kampf gegen den Drogenhandel nicht gut erfülle, müsse er vielleicht US-Truppen schicken, damit diese die Kartelle besiegen, denn er werde nicht erlauben, dass Drogen aus Mexiko weiterhin US-Städte und Gemeinden massakrierten. „Ich brauche weder die Mexikaner noch Mexiko. Wir werden die Mauer bauen und Sie werden dafür zahlen, ob Sie wollen oder nicht“

Estévez enthüllte zudem, dass Trump gegenüber Peña Nieto erklärt habe, dass er vergangenen August gar nicht nach Mexiko reisen wollte, als er in den Amtssitz des mexikanischen Präsidenten eingeladen worden war. Aber sein Schwiegersohn Jared Kushner,

einer seiner einflussreichsten Berater, habe ihn überredet.

Laut den Quellen der Journalistin sei die Reaktion des mexikanischen Präsidenten auf den verbalen Ausfall von Trump überhaupt nicht standfest und würdig gewesen. Im Gegenteil, Peña Nieto habe gestammelt und versucht zu erklären, dass Mexiko eine andere Sicht auf die Beziehung zwischen beiden Staaten habe und dass sein Land bereit sei, weiterhin eine konstruktive Beziehung zu führen.

Bei dem Telefonat waren neben Peña Nieto auch Außenminister Luis Videgaray und der Staatssekretär für Nordamerika, Carlos Sada anwesend. Trump wurde von dem Chefstrategen Stephen Bannon und Schwiegersohn Kushner begleitet, der das Treffen mit Peña Nieto in dessen Amtssitz arrangiert hatte. Nach offiziellen Angaben soll das Gespräch eine Stunde gedauert haben, aber in Wirklichkeit seien es höchstens 20 Minuten inklusive Übersetzung gewesen, so Estévez.

Unterdessen ist durchgesickert, dass es am 31. Januar ein heimliches Treffen gegeben haben soll. Dabei sei der mexikanische Außenminister Videgaray mit dem Lateinamerikabeauftragten im Nationalen Sicherheitsrat, Craig Deare, dem Chef des Südkommandos der US-Streitkräfte, Admiral Kurt Tidd, sowie der US-Botschafterin in Mexiko, Roberta Jacobson, zusammengetroffen. Dabei soll es um die Mitarbeit Mexikos beim Stopp der MigrantInnen gegangen sein, die von Zentralamerika aus versuchen, durch Mexiko in die USA zu gelangen. Allerdings wurde diese Information weder von der US-Botschaft noch vom mexikanischen Außenministerium bestätigt. **poonal**

PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATUR 2018: PARADIGMENWECHSEL BEI DER EZLN?

Am 13.10.2016 machten das Zapatistische Heer der Nationalen Befreiung (EZLN) und der Nationale Indigenenkongress (CNI) im Dokument „*Que retiemble en sus centros la tierra*“ (Damit die Erde in ihren Zentren erbebe), den Vorschlag, eine Kandidatin für die Präsidentschaftswahl in Mexiko 2018 aufzustellen. Erst kurz zuvor war in Mexiko ein Gesetz in Kraft getreten, das die Kandidatur von unabhängigen Bewerbern für das Präsidentenamt ermöglicht.

Von Raina Zimmering

Doch diese Absicht konnte erst nach einer Befragung in allen Einheiten des CNI verwirklicht werden. Das Ergebnis war zustimmend, was am 01.01.2017 in Oventic verkündet wurde. Dass eine Indigene für das höchste Amt im Staat kandidiert, kommt in Mexiko einem politischen Erdbeben gleich, denn die Indigenen sind von politischer Teilhabe weitgehend ausgeschlossen: Man kann sie weder im Parlament noch unter den Ministern und schon gar nicht an den Gerichten finden. Mit der indigenen Präsidentschaftskandidatin rückt somit die prekäre Situation der Indigenen in ganz Mexiko wieder auf die politische Tagesordnung. Und nicht nur das, es wird die Frage des Regierens völlig neu gestellt.

tigkeit, Demokratie und Freiheit. Trotz ihrer Bewaffnung rückte die EZLN von klassischen Guerillamethoden ab und tritt als emanzipatorische Bewegung in Erscheinung, die überwiegend friedliche Widerstandsmethoden anwendet. Sie baute in den zapatistischen Gebieten eine autonome Verwaltung auf, die sich durch partizipative Demokratie, eigene Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungsstrukturen, durch kollektives Eigentum und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur auszeichnet.

Der Nationale Indígena-Kongress wiederum, der 1996 auf Initiative der EZLN gegründet wurde, vereint 33 Völker und umfasst damit etwa 20 Prozent der mexikanischen Bevölkerung. Sein Ziel ist die

Einhaltung der Menschenrechte, gesellschaftliches Eigentum und Zugang aller zu Gesundheit, Bildung und Wohlstand.

Die EZLN lehnte seit ihrem Aufstand die Machtübernahme und die Übernahme von politischen Ämtern strikt ab. Der ehemalige Sprecher der EZLN, Subcommandante Marcos, sagte 2008: „Das, was wir Zapatisten als ‚die Gesellschaft der Macht‘ bezeichnen, hat ihre Regeln. Und man kann nur Einlass erlangen, wenn man diese Regeln erfüllt. Für jeden, der Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Respekt für das Anderssein anstrebt, ist es unmöglich, ihr beizutreten, es sei denn, man rückt von diesen Ideen ab“.

Kein Paradigmenwechsel

Dass die Zapatisten gemeinsam mit dem CNI nun erklärten, eine Präsidentschaftskandidatin aufstellen zu wollen, sorgte bei vielen Unterstützern und Anhängern der EZLN für Irritationen, da das der Ablehnung politischer Ämter diametral widerspricht. Schließlich ist Mexiko eine Präsidialdemokratie, in der der Präsident mit erheblichen Machtkompetenzen ausgestattet ist. Viele deuteten das als Paradigmenwechsel. Auf diese Art der Rezeption folgte durch die EZLN am 17.11.2016 eine verärgerte Erklärung mit dem Titel „Eine Geschichte, die man versuchen soll zu verstehen“. Die EZLN erklärte, dass sie keine Präsidentschaftskandidatin aufstellen werde. Es sei lediglich ihre Empfehlung an den CNI gewesen, die Bildung eines indigenen Regierungsrates und eine Präsidentschaftskandidatin des CNI zu erwägen. Dies sollte in den indigenen Gemeinden des CNI, aber nicht in der EZLN, diskutiert werden. Dieser Unterschied wurde von vielen nicht erkannt. Im Endeffekt geht es darum, dass die EZLN in die Politik interveniert, ohne selbst die Hauptrolle zu spielen, ohne die Macht oder ein politisches Amt übernehmen zu wollen.

Das ist in der Geschichte der EZLN nichts Neues. Bereits von 1994 bis 2003 versuchte die EZLN, durch Gesetzesinitiativen einen gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Dazu gehörte das „Gesetz über indigene Rechte und Kultur“, das die EZLN und die mexikanische Regierung 1996 unterschrieben. In dieser Phase ko-



Der EZLN geht es nicht zuletzt um die Veränderung der politischen Wirklichkeit

Seit ihrem Aufstand im Jahr 1994 kämpft die indigene Guerilla EZLN im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas gegen die Unterdrückung und Benachteiligung der indigenen Völker, für Gerech-

Verteidigung des kommunalen Gemeindefeldes und der Schutz der indigenen Autonomien gegenüber den Interessen wirtschaftlicher Großprojekte und der neoliberalen Politik der Regierung. Er fordert die

⇒ von Seite 17: PARADIGMEN-WECHSEL BEI EZLN?

operierte die EZLN mit Vertretern verschiedener politischer Parteien, insbesondere mit der links-moderaten „Partei der Demokratischen Revolution“ (PRD). Im Jahr 2000 rief die EZLN zur Wahl des Präsidentschaftskandidaten der PRD Cuauhtémoc Cárdenas auf – der jedoch Vicente Fox von der konservativen „Partei der Nationalen Aktion“ (PAN) unterlag.

Als das von den Zapatisten initiierte Gesetz 2001 schließlich vom Parlament verabschiedet wurde, war es in seinem ursprünglichen Text und Sinn vollkommen verändert worden. Das traf die Zapatisten wie ein Schlag, so dass sie zwischen 2003 und 2005 einen Politikwechsel vollzogen: Anstatt politischen Wandel über politische Institutionen zusammen mit Regierung und Parteien anzustreben, konzentrierten sie sich fortan auf den Aufbau autonomer, selbstverwalteter Gemeinden und festigten ihre basisdemokratischen Verwaltungsstrukturen. Sie verbündeten sich dabei ausschließlich mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft.

Gewalt gegen Gemeinden

Die autonomen kommunitären Strukturen in den indigenen Gemeinden des CNI und der EZLN stehen im scharfen Gegensatz zur neoliberalen Politik der mexikanischen Regierung. Seit 1995 führt die Regierung einen Krieg niederer Intensität gegen diese Gemeinden, wozu Landvertreibungen, die Zerstörung der Natur und der Raub ihrer natürlichen Lebensgrundlagen durch Ölkonzerne, Bergbauunternehmen oder das organisierte Verbrechen gehören. Immer wieder finden gewaltsame Übergriffe durch Paramilitärs und das Militär statt. Erst 2014 zerstörten Paramilitärs die Schule und das Krankenhaus des zapatistischen *caracol* La Realidad, eine der fünf Verwaltungseinheiten der Zapatisten, und töteten einen Lehrer.

Die Angriffe auf die indigenen Gemeinden sind allerdings nur Teil einer viel umfassenderen Gewalt, die das ganze Land durchzieht. Seit der PAN-Präsident Felipe Calderón 2006 in Mexiko den Krieg gegen die Drogen ausrief, sind fast 200.000 Menschen getötet worden, etwa 28.000 Menschen sind verschwunden, darunter Journalisten, Rechtsanwälte und Oppositionelle. 98 Prozent der Verbrechen werden nicht aufgeklärt – ein deutliches Zeichen für die Verquickung von Politik und organisier-

tem Verbrechen. Große Teile des Landes werden inzwischen von der Drogenmafia beherrscht, die die Sicherheitsorgane und Behörden von Mexiko durchdrungen hat. Überall im Land bewaffnen sich Gemeinden zu ihrem Schutz und bilden Selbstverteidigungsgruppen.

Aufbau von Gegenmacht

Angesichts dieser zugespitzten Bedrohungslage suchen Zapatisten und CNI nach neuen Wegen, um Gewalt und Zerstörung aufzuhalten. Eine noch wichtigere Entscheidung als die Aufstellung einer Präsidentschaftskandidatin durch den CNI ist der Vorschlag an die indigenen Gemeinden, einen „Indigenen Regierungsrat“ zu bilden. Mit diesem Gremium soll eine landesweite Verwaltung geschaffen werden, die nach kommunitären Prinzipien arbeitet. Der Regierungsrat soll von den Völkern, Gemeinden und autonomen Regionen des CNI gewählt werden, die in ihm jeweils durch eine Frau und einen Mann vertreten sein werden, und dem auch die Präsidentschaftskandidatin angehören soll. Damit wollen CNI und EZLN eine „Anti-Macht“ zur mexikanischen Elite aufbauen, die als Gegenstück zur neoliberalen und Gewaltpolitik Mexikos betrachtet werden kann. Die zukünftige Präsidentschaftskandidatin soll diese Anti-Macht nach außen sichtbar machen und in die gesellschaftliche Diskussion bringen.



Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit

In einer Situation, in der das Vertrauen der mexikanischen Wähler in alle politischen Parteien stark beschädigt ist, könnten die Zapatisten und der CNI mit dieser Strategie durchaus Erfolg haben. Korruption, die massive Zunahme der Gewalt und das Fehlen von Konzepten zur Lösung der Krise bestimmen die derzeitige politische Lage. Alle großen politischen Parteien scheinen im Moment zu versagen. Die „Partei der institutionalisierten Revolution“ (PRI), die seit 74 Jahren, bis auf eine kurze Unterbrechung, an der Macht ist, stand bis ins Jahr 2000 für politischen Stillstand und

Korruption. Die von 2000 bis 2012 regierende PAN wird mit dem fatalen Drogenkrieg und dem wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes assoziiert, was auch die 2012 an die Macht zurückgekehrte PRI nicht stoppen konnte. Vielmehr haben Gewalt und Ausverkauf weiter zugenommen.

Mit den Annäherungsversuchen des gegenwärtigen Präsidenten Peña Nieto an den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der die Mexikaner mehrfach beleidigte und restriktive Maßnahmen gegen mexikanische Migranten ankündigte, ist die Popularität der PRI weiter zurückgegangen. Auch im linken politischen Spektrum findet sich keine überzeugende und mehrheitsfähige Alternative. Die sich links von PRI und PAN positionierende PRD ist zerstritten, ihr ehemaliger Präsidentschaftskandidat López Obrador gründete 2012 die „Partei der Nationalen Erneuerung“ (MORENA), für die er zur Präsidentschaftswahl 2018 antreten will. Die PRD hatte sich an Massakern gegen die Indigenen beteiligt und einige ihrer führenden Mitglieder sind mit dem organisierten Verbrechen verbunden. Auch legten weder die PRD noch MORENA ein konsequent antineoliberales Programm vor.

Ob es den Zapatisten und dem CNI gelingen wird, die politikverdrossene Wählerschaft tatsächlich für eine andere Politik zu mobilisieren, müssen die kommenden Monate zeigen. Ihre Vorstellung vom Regieren unterscheidet sich dabei grundlegend von jener aller anderen politischen Parteien und deren Präsidentschaftskandidaten. Damit stehen die Zapatisten und der CNI gerade nicht nur für eine „single issue lobby“ der Indigenen, wie der renommierte mexikanische Soziologie und ehemalige Außenminister Jorge Castañeda behauptete. Vielmehr verkörpern die von den Indigenen selbstverwalteten Räume in erster Linie eine alternative Gesellschaftskonzeption und politische Prinzipien einer partizipativen Demokratie. Für nicht wenige bilden sie angesichts einer von Gewalt und Korruption geprägten politischen Kultur und angesichts einer restriktiven Mexiko-Politik der USA unter Trump einen letzten Hoffnungsanker. ■

Die Autorin ist Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko CCIODH, mit der sie mehrfach in Chiapas war. Außerdem ist sie Autorin zahlreicher Artikel zum Zapatismus und der Monographien „Der Revolutionsmythos in Mexiko“, Würzburg 2005 und „Zapatismus. Ein neues Paradigma emanzipatorischer Bewegungen“, Münster 2010.

KEIN ENDE DER KRISE IN SICHT

In Venezuela dauert der politische Machtkampf zwischen Regierung und Opposition unvermindert an. Nachdem das angestrebte Abberufungsreferendum gegen Präsident Nicolás Maduro im vergangenen Oktober gerichtlich gestoppt wurde, bleibt der uneinig auftretenden Opposition kaum noch Hoffnung auf einen vorzeitigen Regierungswechsel.

Von Tobias Lambert

Wer in Venezuela einkaufen geht, braucht mittlerweile vor allem Geduld. Als Alternativen stehen zur Auswahl, viel Zeit in einer Schlange zu verbringen, oder rare Produkte zu horrenden Preisen zu erwerben. Und schon um sich mit dem Nötigsten einzudecken, musste man im vergangenen Jahr derart große Stapel Geldscheine auf den Tisch legen, dass laut Medienberichten manche Geschäfte dazu übergegangen sind, das Papier zu wiegen, anstatt es zu zählen.

Eigentlich sollten schon ab dem 15. Dezember nach und nach neue Banknoten im Wert zwischen 500 und 20.000 Bolívars in Umlauf kommen. Aufgrund der hohen Inflation ist die mit 100 Bolívars bisher höchste Banknote auf dem Schwarzmarkt umgerechnet nur noch wenige Cent wert. Doch drei Tage vor der geplanten Ausgabe neuer Scheine erklärte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, dass die 100-Bolívars-Scheine umgehend ihre Gültigkeit verlieren. Begründet wurde die Maßnahme als Schlag gegen eine Devisenschmuggelmafia, die durch das Horten von Geldscheinen das venezolanische Finanzsystem angreife. Es folgte ein Ansturm auf Geschäfte und Banken, in mehreren Bundesstaaten kam es dabei zu teils schweren Ausschreitungen. Letztlich verlängerte Maduro die Gültigkeit der 100-Bolívar-Noten bis zum 20. Februar. Die ersten neuen Scheine kamen Mitte Jänner in Umlauf.

Rezeptlose Regierungspolitik

Das Währungschaos ist symptomatisch für die derzeitige Lage Venezuelas. Bei der Lösung der tiefgreifenden Wirtschaftskrise wirkt Präsident Maduro weitgehend planlos und sucht die Schuld allein im Pri-

vatssektor, dem er vorwirft, durch gezielte Warenverknappung einen Wirtschaftskrieg gegen die Regierung zu führen. Doch anstatt die strukturellen Probleme der venezolanischen Ökonomie anzugehen, die unter dem niedrigen Erdölpreis leidet und durch festgelegte Wechselkurse und Preiskontrollen geprägt ist, setzt die Regierung allenfalls kosmetische Änderungen um. Gravierende Versorgungsmängel und ein spürbarer Kaufkraftverlust treffen derweil trotz der bestehenden Sozialprogramme in erster Linie die ärmere Bevölkerungsmehrheit.

Nennenswerte neue Impulse gehen von der Regierung auch nach der breiten internen Umstrukturierung von Anfang des Jahres nicht aus. Der prominenteste Wechsel betrifft die Vizepräsidentschaft, die der bisherige Gouverneur des Bundesstaates Aragua und frühere Innenminister unter Hugo Chávez, Tarek El Aissami, übernimmt. Der 42-Jährige Jurist gilt als ideologischer Hardliner und wird bereits als möglicher chavistischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2018 gehandelt, sollte Maduro aufgrund seiner Unpopularität nicht noch einmal antreten.



Im Dezember 2015 feierte die Opposition ihren Sieg bei den Parlamentswahlen

Und auch sonst reißen die schlechten Nachrichten aus Sicht der Regierung nicht ab: Zwei Neffen von Cilia Flores, der Frau von Präsident Maduro, wurden im vergangenen November in den USA wegen Drogenschmuggels schuldig gesprochen und belasten die venezolanische Regierung in Sachen Drogenhandel schwer. Die sogenannte Operation zur Befreiung der Bevölkerung (OLP), mit der die Regierung seit Mitte 2015 gegen das organisierte Verbrechen vorgeht, gerät wegen extralegalen Tötungen immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Und nicht zuletzt steht die Regierung innerhalb Lateinamerikas immer isolierter da, was Ende des vergangenen Jahres im Ausschluss Venezuelas aus dem von Brasilien und Argentinien dominierten Wirtschaftsbündnis Mercosur mündete.

Seinem neuen Vize übertrug der Präsident zunächst vor allem die Aufgabe, gegen putschistische Tendenzen vorzugehen.

Planlose Opposition

Seriöse Antworten auf die Krise bietet auch die rechte Opposition nicht, während sich eine linke Alternative noch nicht etabliert hat. Jenseits der Polarisierung bildet sich zwar zunehmend ein kritischer Chavismus heraus, in dem Gruppierungen wie die PSUV-Abspaltung *Marea Socialista* (Sozialistische Flut) sowie einige prominente Ex-MinisterInnen und AkademikerInnen vertreten sind. Der Aufbau einer neuen politischen Kraft dürfte mangels gesellschaftlichen Rückhalts jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Und so bleibt 2016 für Venezuela vor allem als ein Jahr der politischen Stagnation in Erinnerung,

weiter Seite 20 ➔

⇒ von Seite 19: VENEZUELAS KRISE

in dem der offene Machtkampf zwischen Regierung und rechter Opposition alle anderen Themen in den Hintergrund drängte.

Im Dezember 2015 hatte das oppositionelle Wahlbündnis Tisch der demokratischen Einheit (MUD) bei den Parlamentswahlen zwei Drittel der Sitze gewonnen und seitdem offen auf einen Regierungswechsel hingearbeitet. Maduro regiert derweil mit Dekreten, während das chavistisch dominierte Oberste Gericht (TSJ) die parlamentarische Arbeit blockiert. Da die Nationalversammlung entgegen eines Urteils des TSJ Ende Juli drei Abgeordnete aus dem Bundesstaat Amazonas vereidigt hat, denen Stimmenkauf vorgeworfen wird, gelten deren Entscheidungen bis auf weiteres als nichtig.

Der bei ihren AnhängerInnen infolge des Wahlsieges erzeugten Erwartungshaltung auf einen Regierungswechsel konnte die rechte Opposition nicht gerecht werden. Als wichtigstes Instrument, um Maduro abzusetzen, strebte der MUD im vergangenen Jahr ein in der Verfassung verankertes Abberufungsreferendum an. Doch im Oktober stoppten mehrere Regionalgerichte den Prozess aufgrund mutmaßlichen Betruges bei der Unterschriftensammlung. Für die Opposition ist das Referendum damit faktisch vom Tisch. Denn laut Verfassung fänden bei einem erfolgreichen Abberufungsreferendum innerhalb der letzten zwei Amtsjahre Maduros, die am 10. Jänner begonnen haben, keine Neuwahlen statt. Stattdessen würde der amtierende Vizepräsident dessen Amtszeit beenden.

Gescheiterter Dialog

Hoffnungen auf eine politische Lösung setzten viele VenezolanerInnen dann in den Mitte November begonnenen Dialog zwischen Regierung und Opposition. Doch auch dieser liegt schon wieder auf Eis. Bei den beiden ersten Treffen vereinbarten die politischen KontrahentInnen zwar unter anderem, die juristische Blockade des Parlaments zu überwinden, indem dieses die drei rechtswidrig vereidigten Abgeordneten aus dem Bundesstaat Amazonas wieder ausgliedert und dort Neuwahlen stattfinden. Auch wollten sich Regierung und Opposition gemeinsam über die Wahl von zwei der fünf Rektoren des Nationalen Wahlrats CNE verständigen, deren Amts-

zeit Anfang Dezember endete. Vor dem geplanten Folgetreffen kündigte der MUD jedoch an, vorerst nicht mehr am Dialog teilzunehmen. „Wir werden uns in keine weitere Sitzung begeben, bevor es nicht Ergebnisse gibt“, stellte Jesús Torrealba, der Generalsekretär des Oppositionsbündnisses, am 7. Dezember klar. Auch ein für den 13. Jänner vorgesehenes Treffen fand nicht statt, und Ende Jänner erklärte die Opposition das Kapitel Dialog für „geschlossen“.

Der Dialog krankte letztlich an den völlig unterschiedlichen Erwartungen. Während die Regierung vor allem Zeit gewinnen will, um sich bis zu den regulären Präsidentschaftswahlen 2018 an der Macht zu halten, strebt die Opposition einen zeitnahen Machtwechsel durch vorgezogene Wahlen an. Dass sich die RegierungsgegnerInnen so schnell wieder aus den Gesprächen zurückgezogen haben, liegt aber auch daran, dass sich die Opposition jenseits der Minimalforderung nach einem Regierungswechsel uneinig über die einzuschlagende Strategie ist. Die ultrarechte Partei *Voluntad Popular* (VP) des seit 2014 inhaftierten Leopoldo López sowie kleinere Parteien lehnen Gespräche mit der Regierung vehement ab. Unmittelbar nach Beginn des Dialogs bekräftigte VP, dass „einzig die Straßen und die Verteidigung der Verfassung durch die Nationalversammlung die Bedingungen schaffen werden, kurzfristig einen wirklichen Wandel zu erreichen“.

Somit bleibt es zunächst dabei, dass sich die politischen Gewalten gegenseitig nicht anerkennen, was in beiden politischen Lagern zur kreativen Auslegung der Verfassung führt. Die Wahl von Julio Borges von der Partei *Primero Justicia* zum neuen Parlamentspräsidenten am 5. Jänner wies das TSJ als ungültig zurück. Seinen alljährlichen Rechenschaftsbericht legte Maduro anders als von der Verfassung vorgesehen nicht vor dem Parlament, sondern dem Obersten Gericht ab. Am 9. Jänner setzte die oppositionelle Parlamentsmehrheit Maduro ab, um Neuwahlen zu erzwingen. Die Abgeordneten begründeten den Beschluss damit, dass der Präsident seinen Amtsverpflichtungen nicht mehr

nachkomme. Diese in Artikel 233 der Verfassung erwähnte Möglichkeit ist freilich nicht dafür vorgesehen, einen missliebigen Präsidenten per Parlamentsbeschluss abzusetzen. Aufgrund der juristischen Blockade des Parlaments ist der Beschluss ohnehin nichtig, macht aber einmal mehr deutlich, dass Venezuela auch 2017 unruhige Zeiten bevorstehen. Unmittelbar nach der Parlamentsentscheidung intensivierte die Regierung ihr Vorgehen gegen radikale AnhängerInnen der Opposition. Nach



Vor allem die Lage der Wirtschaft gibt Maduro zu denken

der Bildung eines Anti-Putsch-Kommandos unter Führung des neuen Vizepräsidenten El Aissami wurden mehrere mutmaßlich gewaltbereite Oppositionelle festgenommen, darunter am 11. Jänner der Parlamentsabgeordnete der VP, Gilber Caro, der Sprengstoff und eine Schusswaffe bei sich geführt haben soll.

Dass die Opposition aus der schwachen Regierungspolitik bisher keinen politischen Nutzen ziehen konnte, sorgt indes in den eigenen Reihen zunehmend für Frust. MUD-Generalsekretär Torrealba mahnte Mitte Jänner eindringlich, dem Land endlich ein kohärentes politisches Projekt zu präsentieren. Man habe zu lange über Mechanismen debattiert, um Neuwahlen zu erzwingen, „aber niemand hat gesagt, was darauf folgt“. Der 23. Jänner – Jahrestag des Sturzes der letzten Diktatur unter Marcos Pérez Jiménez 1958 – sei das „perfekte Datum“, um dem Land eine Neustrukturierung des MUD bekanntzugeben, um das Oppositionsbündnis handlungsfähiger zu machen. Zwar kehrte die Opposition nach drei Monaten relativer Ruhe mit einer Großdemonstration auf die Straße zurück. Doch folgten dem Demoauftritt deutlich weniger Menschen als etwa im vergangenen September. Der Tag brachte weder einen politischen Neuanfang noch ein Zeichen der Einigkeit. ■

DER NEUE FRIEDENSVERTRAG MIT DEN FARC

Nur wenige Wochen waren seit der knappen Ablehnung des Friedensvertrags in der Volksabstimmung Anfang Oktober vergangen, als Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos am 24. November ein neues Abkommen mit der linken Guerilla-Bewegung FARC unterzeichnete, das „jetzt wirklich allen Kolumbianern“ gehöre.

Von Peter Musch

Bei der Ausarbeitung des neuen Vertragsinhaltes brachten Santos und sein Verhandlungsteam mehr als 500 Änderungsvorschläge von religiösen und politischen Gruppen der Opposition, gruppiert in 57 Themengruppen, zur Diskussion mit den Vertretern der FARC in Havanna auf den Verhandlungstisch. Die sich daraus ergebenden rund 60 Änderungen gegenüber jenem Vertrag, der im Plebiszit vom 2. Oktober vom kolumbianischen Volk abgelehnt wurde, waren für die Wortführer der Nein-Fraktion – allen voran Expräsident Uribe – noch viel zu wenig weitreichend. Das neue Abkommen sei eine „Farce“, ein „Ablenkungsmanöver“ und das Verhandlungsteam des Präsidenten habe die „Vorschläge der Opposition arrogant ignoriert“.

Bei genauerer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, dass der Vorwurf „rein kosmetischer Änderungen“ allenfalls für den Bereich „Gender und LGBTI“ zutrifft. Angesichts der vor allem von religiösen Gruppen im Vorfeld des Plebiszits betriebenen Stimmungsmache, dass mittels des Abkommens die kolumbianische Gesellschaft einer „Gender-Ideologie“ oder gar einer „Zwangshomosexualisierung“ unterworfen werden solle und die traditionelle Familie damit in Frage gestellt würde, achteten die Verhandler peinlich genau darauf, durch ihre Wortwahl keinen weiteren Anlass für Polemik dieser Art zu bieten. So wurden die Referenzen auf „Gender-Fokus“ und „diverse sexuelle Identität“ weitgehend durch allgemeinere Begriffe wie „Nichtdiskriminierungsfokus“ und „differentielle Perspektive“ und „Kampf gegen Stigmatisierung“ ersetzt.

Bei einem der am heißesten diskutierten und für die FARC zentralen Themen – der Wählbarkeit und der politischen Partizipation – blieb das Verhandlungsteam der

Guerilla eisern. Dementsprechend stellt selbst die Verhängung einer Sanktion durch den Gerichtshof für den Frieden aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit weiterhin keine Hürde für die prinzipielle Wählbarkeit von Ex-Kämpfern und Kommandanten der FARC dar. Unklar blieb dabei gemäß dem alten Vertrag, ob dies auch für den Zeitraum der Verbüßung der Sanktion bzw. vor dem Beginn eines Verfahrens gilt. In Zukunft kommt in dieser Frage dem „Nationalen Wahlrat“ eine Entscheidungsfunktion je nach Einzelfall zu.

Markante Änderungen

In anderen wichtigen Punkten wartet der neue Vertrag jedoch mit einigen essentiellen Veränderungen im Vergleich zum alten Wortlaut auf. So bleibt das Recht auf (teilweise) Amnestie im Rahmen

erster Implementierungsschritt für die Demobilisierung, Sammlung und Waffenabgabe für die FARC eingerichtet werden, und es müssen bestimmte Kontrollzeiten eingehalten werden. Zum Verlassen der Zone bedarf es einer speziellen Genehmigung. Darüber hinaus ist ein spezieller Aufenthaltsort anzugeben, dessen Einhaltung nachgewiesen werden muss. Die Kontrolle der Auflagen unterliegt der UNO.

Eine weitere wesentliche Neuerung besteht in der Verpflichtung der FARC, zur Entschädigung der Opfer illegal lukrierte Gelder zu verwenden und ein präzises Inventar ihrer Vermögensbestände zu erstellen, die alle dazu herangezogen werden können. Strittig war in diesem Zusammenhang, ob das Delikt des Drogenhandels amnestiefähig sei. Gemäß dem alten Abkommen handelte es sich um ein



Präsident Santos und FARC-Chef „Timoschenko“ bei der Unterzeichnung

der Übergangsjustiz zwar für all jene aufrecht, die vollständig geständig und zur umfassenden Zusammenarbeit mit der Justiz bereit sind. Verurteilte, die in den Genuss der Spezialgerichtsbarkeit kommen, brauchen auch weiterhin keine Gefängnisstrafe zu fürchten, sind aber verpflichtet, sich über einen bestimmten Zeitraum in präzise abgegrenzten Zonen aufzuhalten, in denen sie auch Wiedergutmachungsaktionen ausführen müssen. Diese Zonen dürfen nicht größer sein als jene speziellen Regionen, die in den nächsten Wochen als

„mit der Rebellion verbundenes Delikt“. Dieser automatische Konnex ist im neuen Vertrag nicht mehr zu finden, stattdessen werden neue Instrumente geschaffen, anhand derer abgewogen werden soll, ob eine Begnadigung bei Drogendelikten möglich ist. Voraussetzung ist dabei, dass keine persönliche Bereicherung vorliegt. Zweck dieser Maßnahme ist es zu verhindern, dass gewöhnliche Kriminelle in den Genuss der Vorteile der Spezialjustiz kommen.

⇒ von Seite 21: KOLUMBIENS NEUER FRIEDENSVERTRAG

Der neue, kurz vor Weihnachten im Schnelldurchlauf durch die beiden Kammern des kolumbianischen Parlaments abgeseignete Vertrag geht nicht mehr als gesamter Block in die kolumbianische Verfassung ein, wie dies bei einem positiven Ausgang des Plebiszits der Fall gewesen wäre. Es ist lediglich eine Verfassungsreform vorgesehen, gemäß der die insbesondere auf das internationale humanitäre Völkerrecht bezogenen Passagen als Maßstab für die Auslegung gelten. Damit soll eine langfristige Rechtssicherheit hergestellt werden, ohne den gesamten Vertragstext in den Verfassungsrang zu heben, wobei sich viele Kritiker besorgt zeigen, dass Willkürakten von künftigen Regierungen damit Tür und Tor geöffnet sind.

Nicht zufällig bildet der Komplex Landverteilung und Landrückgabe das Auftragskapitel des alten und des neuen Vertrages. Auch bei diesem für die FARC so zentralen Thema kam es zu einigen Verwässerungen und Schwerpunktverschiebungen. So wird zum Beispiel explizit festgehalten, dass die Bestimmungen des Abkommens das „verfassungsmäßige Recht auf Privateigentum“ nicht beeinträchtigen dürfen. Um den Ängsten aufgrund einer angeblich drohenden „castro-chavistischen Grundenteignung“ den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde auch festgeschrieben, dass alle Landbesitzverfahren gemäß den geltenden Gesetzen abzuwickeln sind. Kleinbäuerliche Landwirtschaft und große Agrarindustrie sollen nebeneinander bestehen, wobei der Aspekt der Zusammengehörigkeit beider Bereiche betont wird.

Die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden im Rahmen der Übergangsjustiz (JEP) war im Vorfeld des Plebiszits ebenfalls Gegenstand heftiger Debatten und Polemiken. Das im neuen Vertrag vereinbarte Modell weist einige wesentliche Änderungen auf. Gemäß dem Wunsch der Opposition wurde die Partizipation von ausländischen Richtern und Staatsanwälten in den diversen Gremien eliminiert; diese werden nun völlig von kolumbianischen Staatsbürgern gebildet. Die ausländische Beteiligung beschränkt sich nunmehr auf eine rein beratende und unterstützende Funktion. Der Verfassungsgerichtshof ist dem Spezialgericht für den Frieden auf jeden Fall übergeordnet, dem Obersten Gerichtsrat kommt eine wichtige Funktion bei Uneinigkeit darüber zu, ob für einen Fall

die gewöhnliche Gerichtsbarkeit oder die Spezialgerichtsbarkeit für den Frieden zuständig ist. Gegen Urteile der Gremien der JEP sind nun auch Rechtsmittel zulässig. Im Unterschied zur alten Version ist nun eine Maximaldauer der JEP von 15 Jahren vorgesehen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich eine danach amtierende Regierung nicht mehr an die Inhalte des Friedensvertrags gebunden fühlen könnte.

Hürdenreiche Umsetzung

Dem in der neuen Version auf 320 Seiten angewachsenen Vertragswerk, das von Experten als „Meisterstück der Konflikt-schlichtung“ bezeichnet wurde, steht in den nächsten Monaten allerdings die erste echte Bewährungsprobe bevor.

Der Befürchtung, dass rechte Paramilitärs in das von der Guerrilla hinterlassene Vakuum stoßen könnten, wird durch die sich in den letzten Wochen häufenden Morde an Gewerkschafts-, Bauern- und Indigenen-AktivistInnen neue Nahrung gegeben. Seit dem Beginn der Friedensverhandlungen wurden etwa 120 Mitglieder der linken Bewegung *Marcha Patriótica* ermordet, im Jahr 2016 allein 70. Zwei Angehörige der FARC wurden am 15. November auf dem Weg zur Sammelstelle von einer Einheit des Militärs angegriffen und erschossen. Einige zur Dissidenz neigende FARC-Einheiten führen auch solche Tatsachen und die wohl nicht unbegründete Furcht vor politischen Morden an entwaffneten Ex-Rebellen ins Treffen, um ihre Vorbehalte gegenüber dem Friedensprozess zu bekräftigen.*

Für sozialen und politischen Sprengstoff ist auch weiterhin gesorgt: Die wie Pilze aus dem Boden sprießenden illegalen Minen, widerrechtliche Landnahme und die Frage der Besitzrechte an Wasserquellen werden wohl die großen Konfliktfelder der Zukunft darstellen, die sich auch massiv auf den Friedensprozess auswirken können. Dass dieser aber weitergehen soll, kündigte Präsident Santos Ende Jänner an: Ab dem 8. Februar würden in Ecuador formelle Friedensverhandlungen zwischen der zweitgrößten Guerillagruppe ELN und der Regierung stattfinden (Anm.: die inzwischen auch begonnen haben).■

Der Autor ist Mitarbeiter der Gruppe „Acuerdo Ya! Mesa Viena“ (Blog: <http://friedensabkommen.blogspot.co.at>) in Wien und hat Kolumbien um die Jahreswende besucht.

* Bis zum 6. Februar hatten sich dennoch die knapp 6.000 FARC-Kämpfer in den 26 Übergangszonen versammelt.

„SCHANDE

Unter der neoliberalen Regierung Mauricio Macris häufen sich Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Argentinien. Relativ unbeachtet von der internationalen Berichterstattung kämpfen dortige soziale Basisorganisationen seit gut einem Jahr für die Freilassung einer ihrer wichtigsten AktivistInnen. Nun wurde Milagro Sala, die seit ihrer willkürlichen Festnahme im Januar 2016 ohne Gerichtsurteil in Haft saß, zu drei Jahren Gefängnisstrafe auf Bewährung und einem quasi Berufsverbot verurteilt – ihre Haft dauert dennoch an. Ihre Festnahme und Verurteilung hat bei sozialen Organisationen im ganzen Land heftige Proteste ausgelöst und ist emblematisch für die zunehmende Kriminalisierung des sozialen Protests und des politischen Aktivismus durch die neue Regierungskoalition.

Von Caroline Kim

Sie war die erste politische Gefangene der neuen argentinischen Regierung. Milagro Sala, soziale Basis-Aktivistin und eine der einflussreichsten Frauen Argentiniens, wurde im Januar 2016 willkürlich festgenommen und saß seither ohne Gerichtsurteil in illegaler Präventionshaft. Am 29. Dezember 2016 schließlich verurteilte sie das Landesgericht der Provinz Jujuy wegen „Anstiftung zum Protest“ aufgrund eines Vorfalls aus dem Jahr 2009 zu drei Jahren Haft auf Bewährung. Am darauffolgenden Tag wurde sie in einem parallelen Prozess wegen einer Ordnungswidrigkeit mit einer Geldstrafe sowie einem quasi Berufsverbot belegt, das ihr für drei Jahre und drei Monate die Mitgliedschaft in einer sozialen Organisation untersagt.

Beide Urteile haben nicht nur aufgrund zahlreicher Verfahrensfehler, fehlender Beweise oder mangelnder Glaubwürdigkeit des einzigen Zeugen Empörung ausgelöst. Neben einem willkürlichen und übertriebenen Strafmaß verstößt das verhängte Verbot, sich in sozialen und kulturellen Vereinen und Organisationen zu beteiligen, gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Protest und öffentli-

FÜR DIE ARGENTINISCHE JUSTIZ“

che Meinungsäußerung. Beide Gerichtsprozesse verkommen zu einer Farce, mit der der amtierende Gouverneur der Provinz Jujuy, Gerardo Morales, versucht, seine größte Widersacherin für den Rest seiner Amtszeit außer Gefecht zu setzen.

Die Dämonisierung der sozialen Figur Milagro Sala und die „fast pathologische Art“, wie sich Gouverneur Morales in den Fall hineinsteigere, seien „ein Skandal“, empörte sich Salas Verteidigerin Elizabeth Gómez Alcorta am Tag des ersten Urteils, die Methoden, mit denen die Spielregeln der Justiz mit allen Mitteln umgeworfen werden, „unerhört“. Mit einem fairen Prozess habe sowieso niemand mehr gerechnet, aber das Urteil sei eine „Schande für die argentinische Justiz“, so Alcorta.

Symbolfigur einer neuen Protestkultur

Die persönliche „Hexenjagd“ des Gouverneurs beruht auf einer langen Geschichte. Denn Sala, von den einen verehrt, von den anderen gehasst, ist in den letzten zwanzig Jahren zu einer unentbehrlichen politischen Figur und sozialen Referenz in der Provinz Jujuy im Norden Argentiniens geworden. Sie ist Kopf (und Herz) der sozialen Basisorganisation *Tupac Amaru*, die in den 1990er Jahren als Reaktion auf die politische Krise der Provinz gegründet wurde. Fehlende politische Repräsentation, inaktive Parteien und die „Unregierbarkeit“ einer der ärmsten Provinzen des Landes – kaum ein Gouverneur konnte seine reguläre Amtszeit beenden – führten zu einem politischen Vakuum, in dem Raum für neue Formen der außerparlamentarischen politischen und sozialen Organisation entstand. Die Menschen, geplagt von Massenarbeitslosigkeit und Entlassungen, machten sich diesen Raum zu eigen und entwickelten eine neue Protestkultur, in der sowohl die gewerkschaftliche Organisation als auch die Energie der Arbeitslosen kanalisiert wurde.

Auch Milagro Salas Figur ist in dieser Zeit gewachsen, heraus aus peronistischen Jugendbewegungen und Gewerkschaften und hinein in die neue aktive Rolle, die



Milagro Sala spricht auf einer Kundgebung von Tupac Amaru

Frauen in den neuen sozialen Protesten einnehmen. Heute ist sie für viele eine Referenz, die inspiriert und ein anderes Selbstvertrauen gibt. Denen, die am wenigsten haben, Würde zu geben, sei das, was sie bei der Tupac gemacht habe, sagt sie selbst noch vor der Urteilsverkündung: „Wir haben gearbeitet, ausgebildet, erklärt, uns die Kultur der Arbeit zurückerobert. Und arbeiten bedeutete, jedem einzelnen unserer *compañeros* Würde zu geben“.

Tupac Amaru: selbstorganisierte Sozialpolitik

Milagro Salas Organisation Tupac Amaru hat allein in Jujuy über 70.000 Mitglieder und ist als politische und soziale Akteurin in der Provinz nicht mehr wegzudenken. Die Tupac, wie sie in Kurzform genannt wird, verteilt Ressourcen des Staates um und ist der gesellschaftliche Kitt, der die Nachbarschaft organisiert und zusammenhält, für Ordnung sorgt, Protestpotenzial bündelt. Sie setzt sich für die ein, die es am meisten benötigen, mit Wohnraum, Bildung, medizinischer Versorgung und sozialem Zusammenhalt. Gefestigt hat sich die Stellung der Organisation vor allem seit 2003 durch die zunächst skeptische, dann immer fruchtbarere Zusammenarbeit mit den Vorgängerregierungen Néstor und Cristina Kirchners. Tupac Amaru ist ein Paradebeispiel für die Rolle sozialer Organisationen im Kirchnerismus

als Mittlerin zwischen Staat und ärmeren Teilen der Bevölkerung auf lokaler Ebene. Eine relativ neue Erscheinung – politischer Aktivismus, der zwar nicht parteilich gebunden ist, aber dennoch sehr starke Verbindungen zur damaligen Regierungspartei *Frente para la Victoria* unterhielt.

Über die effiziente Verwaltung von Sozialprogrammen der Bundesregierung gewann die Tupac Bedeutung und Einfluss. Dabei bildete sie ein Flaggschiff in der Entwicklung von Kooperativen und dem damit verbundenen Wirtschaftsmodell, setzte sich ein für ArbeiterInnen- und Menschenrechte. In den eigens gegründeten Kooperativen zur Umsetzung von öffentlichen Programmen des sozialen Wohnungsbaus konnte sie vorhandene Mittel weitaus schneller, sparsamer und zielführender einsetzen als private Baufirmen und dabei weitaus mehr Menschen beschäftigen. Über 8.000 Wohnungen und ganze Stadtviertel wurden in Jujuy von den Menschen gebaut, die später selbst darin wohnen sollten. Auch das benötigte Material wurde in kooperativ betriebenen Fabriken produziert, somit Mittelsmänner ausgeschaltet und die eingesparten Ressourcen in Gesundheitszentren, Schulen, Rehabilitierungs- und Freizeitangebote innerhalb der Wohnblöcke investiert. Die Implementierung der staatlichen Programme hat die Tupac Amaru zu einem der größten Arbeitgeber in der Provinz ge-

Foto: Prensa Tupac Amaru

⇒ von Seite 23: ARGENTINIENS JUSTIZ GEGEN MILAGRO SALA

macht. Mit dem Machtwechsel in Buenos Aires fiel Ende 2015 der größte Finanzgeber für die Tupac weg.

Hassobjekt der Elite

Doch durch ihr zunehmendes Gewicht ist die Organisation der Machtelite ein Dorn im Auge. Und Milagro Sala, als ihre unangefochtene Führungsperson, wird als Provokation wahrgenommen. Denn in der stark von Rassismus und Klassendenken geprägten Provinz geht es nicht nur um politische und territoriale, sondern auch um symbolische Macht. Milagro Sala ist das absolute Gegenteil dieser Machtelite, von der sie regelrecht gehasst wird: Sie ist eine Frau, sie ist Schwarz, das heißt nicht weiß, sie stammt nicht aus der Oberschicht, sondern aus dem Slum, sie sieht aus wie eine Indígena, so wie alle einfachen Menschen im Norden Argentiniens, deren sozialer Status mit der Hautfarbe sinkt. Aber sie ist stolz und trotzig statt unterwürfig – ein Affront.

Social Media-Kampagnen gegen sie sind oft von grauenhaftem Rassismus durchzogen. Dass sie, dieses „Negativ“ der weißen Justiz- und Politikelite, Ansehen, Macht und Einfluss gewonnen hat und in ihrer Arbeit Prinzipien umsetzt, die den herrschenden Status quo herausfordern, ist für diese eine Verhöhnung. Für sie ist die Tupac Amaru allemal eine Unruhestifterin und gefährlich aufgrund des enormen Protestpotenzials, der politischen Mobilisierungskraft und ihrer Legitimation in der Bevölkerung. Mit ihren AnhängerInnen können sie die ganze Provinz lahmlegen. In den letzten Jahren gab es Dutzende (mittlerweile eingestellte) Anzeigen gegen Sala, bei denen es immer um Widerstand gegen die Staatsgewalt ging – Demonstrationen, Besetzungen, Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Die neu gewählte Regierung – bestehend aus der bourgeoisen Elite der Provinz – setzt alles daran, die Organisation zu zerschlagen. Allen voran der ehemalige Senator Gerardo Morales, der im Dezember 2015 zum Gouverneur von Jujuy gewählt wurde. Angetreten war er für die in Opposition zum Kirchnerismus stehende Wahlallianz *Frente Cambia Jujuy*, der lokalen Variante der Regierungskoalition *Cambiamos* von Präsident Mauricio Macri auf Bundesebene. Eine von Morales' ersten Amtshandlungen war die Inhaftierung

Milagro Salas. Die vagen und unhaltbaren Anschuldigungen gegen Sala wurden im Laufe der Anklage ständig verändert. Eine klar politisch motivierte Verhaftung, die zudem aufgrund zahlreicher Unregelmäßigkeiten im Verfahren unrechtmäßig war.



Milagro Sala, kämpferisch (2010)

Festgenommen wurde Milagro Sala zunächst am 16. Januar 2016 aufgrund eines friedlichen Protestcamps zur Zahlung von Sozialprogrammen und Wiederaufnahme des Dialogs mit der neu gewählten Regierung: „Anstiftung zu kriminellen Aktivitäten“. Nachträglich wurde die Anklage fallengelassen, aber am selben Tag mehrere Klagen aufgrund anderer Delikte eingereicht – Veruntreuung öffentlicher Gelder, öffentlicher Aufruhr, Nötigung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Das Protestcamp wurde stattdessen in einem Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit verhandelt, woraus das Urteil vom 30. Dezember resultierte. Das Vergehen, über das jetzt vor dem Strafgericht entschieden wurde, ist allerdings ein Eierwurf aus dem Jahr 2009 auf den damals noch als Senator tätigen Morales, zu dem Sala angeblich aufgerufen haben soll, wobei sie selbst aber nicht einmal anwesend war.

Keine der anhängigen Klagen hätte jedoch die schon über ein Jahr andauernde Präventionshaft gerechtfertigt, die unter höchst dubiosen Umständen zustande gekommen war: mit einem ad hoc erweiterten Obersten Gerichtshof, der dann von

ehemaligen Abgeordneten aus der Partei neu besetzt wurde, die zuvor für seine Erweiterung gestimmt hatten; mit per Dekret ernannten StaatsanwältInnen, mit Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung, mit Diffamierungen der Verteidigerinnen und vielen weiteren Unregelmäßigkeiten im Verfahren. Die Willkürlichkeit der Methoden, mit denen versucht wird, Sala außerhalb jedweder rechtlicher Konventionen in Haft zu behalten, zeigt eine Gesetzesinitiative aus Morales' Regierungskoalition kurz vor der Urteilsverkündung, die sich für ein Referendum über den Verbleib der Angeklagten in Untersuchungshaft einsetzt. In Jujuy sind Justiz und Politik so sehr miteinander verknüpft, dass praktisch keine Unabhängigkeit besteht. Man könne gar nicht von Rechtsstaatlichkeit sprechen, erklärt der Journalist und Menschenrechtler Horacio Verbitsky. Zu alledem müsste Sala als Abgeordnete des PARLASUR eigentlich parlamentarische Immunität genießen und auch die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Festnahmen hatte bereits im Oktober 2016 bestätigt, dass es keine legale Rechtfertigung für die Inhaftierung Salas gebe – ohne Reaktion.

Auch nach der ersten Urteilsverkündung gibt es weiterhin keine rechtliche Handhabe dafür, dass Sala in Haft verbleibt. Da es sich bei der Freilassung aber um eine rein politische Entscheidung handle, bleibe diese sehr unwahrscheinlich, bis sich die Machtverhältnisse geändert hätten, so die Pressesprecherin der Tupac Amaru Sabrina Roth. Dass die Willkürlichkeit und Korruption des Justizsystems durch die Provinzregierung auch auf Bundesebene Unterstützung findet, ist besonders besorgniserregend. Denn nicht nur verfassungsmäßige Garantien und Regeln des Strafrechts werden missachtet, sondern friedlicher Protest und freie Meinungsäußerung werden als schwerwiegende kriminelle Handlungen dargestellt und auch als solche geahndet. Das kürzliche Urteil gegen Milagro Sala ist daher ein gefährlicher Präzedenzfall im Zusammenhang mit der Verbindlichkeit von grundlegenden Menschenrechten und vertieft die Sorge der AktivistInnen um ein wieder aggressiver werdendes Klima gegenüber sozialen Protesten im neoliberal regierten Argentinien. ■

Die Autorin ist Redakteurin der in Berlin erscheinenden Zeitschrift *Lateinamerika Nachrichten*. Ihr Beitrag ist die aktualisierte Version eines in Nr. 137 der *Frauensolidarität* veröffentlichten Artikels.

RÜCKKEHR DER KARAVELLEN

Das Freihandelsabkommen EU–Ecuador ist eine Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln.

Von Alberto Acosta

Davor können wir nun wirklich nicht die Augen verschließen: Die Klimakrise wird sich weiter verschärfen, wenn die energieintensive Form der Produktion von Nahrungsmitteln und der Abbau von Mineralien sowie Erdöl durch noch mehr Freihandels- und Investitionsabkommen weiter angekurbelt werden. Schließlich nehmen die vom Klimawandel verursachten Probleme, mit den immer aggressiveren Handels- und Finanzströmen im Rahmen derartiger Abkommen, zu. Diese Verträge werden einzig und allein dafür entworfen und angewendet, um der ungebremsten Nachfrage von Kapitalakkumulation zu dienen und nicht etwa den Bedürfnissen der Menschen.

Fast fünf Jahrhunderte sind seit der Ankunft der ersten Karavellen vergangen. Damals kam Christoph Kolumbus in den Ländern an, die später von den europäischen Eroberern als Amerika bezeichnet wurden, und wo sie vor allem nach Gold, aber auch anderen Bodenschätzen suchten. Heute kehren die Konquistadoren mit denselben Zielen zurück, benutzen dafür aber modernere und ausgeklügeltere Mittel: Freihandelsabkommen (FTAs). In diesem Zusammenhang ist auch der jüngst unterzeichnete Vertrag zwischen der „progressiven“ Regierung von Ecuador und der Europäischen Union zu verstehen. Das kleine Andenland ist damit einem Abkommen beigetreten, das schon einige Jahre zuvor von den neoliberalen Regierungen in Kolumbien und Peru geschlossen wurde.

Im Fall der ecuadorianischen Verhandlungen muss gesagt werden, dass diese zu einem Zeitpunkt der neoliberalen Hochphase geführt wurden. In der EU werden Arbeitsrechte geschliffen, die Finanzialisierung der Wirtschaft vorangetrieben, das Rentensystem abgebaut und die staatliche Kontrolle über bestimmte strategische Wirtschaftsbereiche verringert. Gleichzeitig wird der Dienstleistungssektor weiter privatisiert und die Märkte für genveränderte Produkte geöffnet.

Nicht vergessen werden darf der gescheiterte Versuch von Ende der 1990er

Jahre, ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) zu etablieren, womit das transnationale Kapital eine Art Verfassung für den Aufbau einer weltweiten kapitalistischen Wirtschaft einführen wollte. Die Wege in diese kapitalistische Weltordnung sind vielfach. Mit den Freihandelsabkommen wird ein Puzzleteil zu dieser kapitalistischen Verfassung hinzugefügt. Eines der wichtigsten Puzzleteile ist das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), ein Rahmenabkommen von fast globaler Reichweite für die Weltwirtschaft. Die Länder, die ein FTA mit der EU oder den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben, würden dadurch ökonomisch noch viel mehr untergeordnet.

Genau diesem transnationalen Prozess ist Ecuadors Regierung von Präsident Rafael Correa mit ihrer Unterschrift unter das FTA beigetreten. Die Regierung, die mit starken revolutionären Antrieben gestartet war, ist schließlich in den neoliberalen Schoß zurückgekehrt. Im Laufe der Jahre haben sich Diskurse wie die Wiedergewinnung nationaler Souveränität, der Kampf gegen die Auslandsverschuldung, eine Abkehr von Weltwährungsfonds (IWF) und Weltbank sowie der Widerstand gegen Freihandelsabkommen in Luft aufgelöst. In Ecuador vertieft sich der Neoliberalismus wieder, die Unterordnung des Menschen und der Natur unter die Monopolmacht des Kapitals nimmt zu, wie wir es mit der Durchsetzung des Megabergbaus unter der Kontrolle chinesischen Kapitals erleben.

Wir wissen genau, dass der internationale Handel seine Opfer wie eine Boa constrictor erst erstickt, bevor er sie dann schließlich verschlingt. Die Regeln des globalen Handels sind so ungerecht und ungleich, dass sie dieselbe auf dem Export von Rohstoffen basierende Produktivstruktur perpetuieren, wie sie vor 500 Jahren eingerichtet wurde. Der EU-Freihandelsvertrag mit Ecuador wird die Position Ecuadors als Rohstoffproduzent und -exporteur verstärken.

Die größten Gewinner werden die großen Handelsunternehmen von Bananen, Blumen und Thunfisch sowie die Exporteure anderer natürlicher Ressourcen sein,



Foto: Recalca

also genau die Gruppen, die schon immer vom exportorientierten Akkumulationsmodus profitierten. Vielen wirtschaftlichen Interessen geht es darum, den Status quo von Ecuador als „Banananrepublik“ aufrecht zu erhalten. Das erklärt auch, warum wichtige Fragen wie die Migration hunderttausender Ecuadorianer nach Europa, aber auch soziale und ökologische Themen, Ernährungssouveränität, ursprüngliches und gemeinschaftliches Wissen, Artenvielfalt und schädliche Auswirkungen bestimmter produktiver Aktivitäten auf die Beschäftigungssituation, insbesondere von Bauern, in die FTA-Verhandlungen mit der EU nicht eingeflossen sind.

Schlussendlich hat die EU deutlich mehr zu gewinnen. Die FTAs, wie auch immer sie heißen, sind strategische Instrumente für die Interessen des transnationalen Kapitals. Sie zementieren Produktions- und Exportstrukturen, die auf dem Extraktivismus fußen und mit der Ankunft der europäischen Karavellen errichtet wurden. Für die Länder des Südens sind sie in keiner Weise geeignete Entwicklungsinstrumente, auch wenn feierlich immer wieder das Gegenteil behauptet wird.

Es bleibt die Frage, warum Gruppen der europäischen Linken wie die LINKE, die sich gegen TTIP stellen, das Freihandelsabkommen mit Ecuador bei der Abstimmung im EU-Parlament im November 2015 unterstützt haben. ■

Alberto Acosta war 2013 in Ecuador als Präsidentschaftskandidat für das links-ökologisch-indigene Bündnis *Unidad Plurinacional* angetreten. Abdruck in leicht veränderter Form mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Zeitung *Neues Deutschland* (11.01.2017, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1038231.rueckkehr-der-karavellen.html>).

MORALES WILL WIEDER KANDIDIEREN

BOLIVIEN

Präsident Evo Morales will im Jahr 2019 für eine vierte Amtszeit (2020-2025) kandidieren. Er ist damit einer Aufforderung seiner Partei (MAS – Movimiento al Socialismo) auf deren 9. Kongress im Dezember 2016 nachgekommen. Zuvor hatten sich bereits soziale Bewegungen für seine erneute Kandidatur eingesetzt.

Von Robert Lessmann

Morales hatte Ende 2005 Präsidentschaftswahlen mit einem Erdrutschsieg gewonnen und regiert seit Jänner 2006 ohne Unterbrechung. Die neue Verfassung vom Jänner 2009 – ein Projekt seiner MAS – erlaubt in ihrem Artikel 168 nur zwei Präsidentschaften in Folge. Seine zweite Präsidentschaft auf Grundlage dieser Verfassung wäre mit dem Auslaufen der derzeitigen Amtsperiode zu Ende. Die erste unvollendete von 2006-2009 – auf der Grundlage der alten Verfassung – wird nicht gezählt.

Erst im Februar 2016 war die MAS mit einem Verfassungsreferendum zur Modifizierung des Artikels 168 mit 51,3 zu 48,7 Prozent knapp gescheitert (wir berichten). Nunmehr werden vier Strategien diskutiert, das Votum dieser Volksabstimmung zu revidieren: eine Änderung des Artikels 168 durch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament; eine Bevölkerungsinitiative zur Änderung des Artikels 168 von mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten; ein vorzeitiger Rücktritt von Morales mindestens ein halbes Jahr vor den Wahlen 2019; eine Reform des Artikels 168 durch das Verfassungsgericht. Die Opposition bezeichnet jede dieser Möglichkeiten als illegal und sieht in der Einberufung einer neuen Verfassungsgebenden Versammlung den einzigen Weg. In der Tat begibt man sich durch diese Pläne in die Tradition etwa eines Alberto Fujimori, der in Peru in den 1990er Jahren durch Selbstputsch und Verfassungsänderung ein Weiterregieren erzwang.

Die junge und unerfahrene Bewegung zum Sozialismus (MAS) hätte sich nach ihrem Erdrutschsieg vom Dezember 2005 nicht träumen lassen, dass sie ein Jahrzehnt lang regieren würde. Mit steifem Widerstand der Opposition und wichtigen Teilen der internationalen Gemeinschaft konfrontiert, entschied sie sich stets für eine

Politik der Sicherheit statt Wandel, für Machterhalt statt Sozialismus: Statt eine „Regierung der sozialen Bewegungen“ zu sein, macht man sie sich dienstbar, Caudillismo statt Demokratisierung, Ausweitung des Rohstoffextraktivismus statt Strukturwandel, Rentenkapitalismus statt Steuerreform, Appeasement gegenüber dem Großgrundbesitz im östlichen Tiefland statt Umsetzung der Landreform, eine Politik der Duldsamkeit gegenüber den gesetzeswidrigen Blockadestrategien der Opposition – von der Verabschiedung illegaler Autonomiestatuten auf Departementebene über die Vertreibung der Verfassungsgebenden Versammlung von ihrem Tagungsort Sucre bis hin zum Zivilputsch im September 2008.

Als Reaktion auf letzteren wurde schließlich der bereits verabschiedete Verfassungsentwurf mit der parlamentarischen Opposition noch einmal nachverhandelt, was so im Gesetz überhaupt nicht vorgesehen war. Ein Viertel der Paragraphen wurde dabei modifiziert und unter anderem der Artikel 168 aufgenommen, der für Präsident und Vizepräsident nur zwei Amtszeiten erlaubt. Die Opposition fürchtete sich schon damals vor dem charismatischen Morales, der bereits vier Wahlen und Abstimmungen mit jeweils absoluter Mehrheit für sich entschieden hatte. Die neue Verfassung wurde dann im Jänner 2009 mit 61 Prozent der Stimmen bei einer Rekordbeteiligung von 90 Prozent von der Bevölkerung angenommen – übrigens als erste seit der Unabhängigkeit von 1825.

Umgekehrt weiß auch die MAS, dass ihre Ergebnisse mit einem Spitzenkandidaten Morales stets viel besser sind als jene bei Kommunal- oder Regionalwahlen. Zuletzt hat man Anfang 2015 wichtige Städte und frühere Hochburgen verloren. Für letztere werden jeweils händeringend Kandidaten gesucht, was übrigens auch für die Oppositionsparteien gilt. Das zeigt, wie wenig robust das Parteiensystem und das politische System insgesamt sind. Vizepräsident Álvaro García Linera, der seit 2006 an der Seite von Morales steht, erklärte bereits eine Woche vor dem Parteikongress, dass er nicht wieder antreten werde. Dies sei eine persönliche Entscheidung. Er werde sich vielmehr der Ausbildung von Nachwuchskräften in der Partei und den sozialen Bewegungen widmen, wo er Defizite sehe.

Wahlauseinandersetzungen sind immer noch Teil eines erbitterten Kampfes zwischen den Kräften des Wandels und den alten Eliten sowie der politischen Rechten. Der demokratische Prozess ist nicht so konsolidiert, wie man sich das wünscht. Indes: Als die MAS 2005 die Wahlen mit 54 Prozent der Stimmen gewann, war dies die erste absolute Mehrheit seit der Revolution von 1952/53, als die MNR einmal 82 Prozent erzielen konnte (auch mit Hilfe eines Wahlbetrugs). Seither herrschte Instabilität mit Mächtigen-Caudillos und permanenten Parteispaltungen auf der Linken, 18 Jahren meist rechtsgerichteter Militärdiktaturen und fragilen Megakoalitionen in der Mitte. Goni Sánchez de Lozada reichten im Jahr 2002 22,5 Prozent, Ex-Diktator Hugo Banzer 1997 nur 22,3 Prozent zur Präsidentschaft.

Im Jänner 2006 begann also in Bolivien eine Periode einzigartiger Stabilität: Je nach Zählweise hat die MAS seitdem sieben bis neun Wahlen und Abstimmungen jeweils mit absoluter Mehrheit gewonnen. Die letzten Parlamentswahlen vom Herbst 2014 mit 61 Prozent, die beiden Oppositionsparteien kamen dabei zusammen auf 33 Prozent. Ironischerweise hätte man die verlorene Volksabstimmung vom Februar 2016 gar nicht gebraucht, um den Verfassungsartikel 168 zu ändern. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode verfügte man ja über die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament. Gerade wegen der zurückliegenden Erfolgssträhne war man sich aber sehr sicher, dass man auch ein Referendum wieder gewinnen würde.

Die ökonomische und soziale Bilanz ist nicht makellos und widerspruchsfrei, aber gut. In den Bereichen Gesundheit, Bildung und bei der Armutsbekämpfung wurden wichtige Erfolge erzielt. Die Wachstumsraten liegen auch in der Krise noch immer bei vier Prozent. Mit sinkenden Rohstoffpreisen konnte man bisher umgehen, trotz der in den letzten drei Jahren deutlich gesunkenen Exporterlöse. Ob das auch weiterhin gelingt? Man ist nun nicht mehr von befreundeten Nachbarn umgeben. Die wichtigsten Handelspartner Argentinien und Brasilien haben jetzt rechtsorientierte Regierungen. Aus Washington droht ein Absinken der Familienüberweisungen und generell steiferer Gegenwind. Da wünscht man sich einen bewährten Kapitän auf der Brücke. ■

IN WÜRDE ARBEITEN UND LEBEN

Arbeitende Kinder und Jugendliche in Bolivien

Von Eny Angenvoort

Es ist 7:30 Uhr Morgen im Ministerien- und Behördenviertel in La Paz, es ist Oktober 2016 und die Ankunft des Frühlings in Bolivien hat sich in einer der höchsten Städte der Welt – gemessen an der niedrigen Temperatur – noch nicht in voller Blüte entfaltet. Auf den Bürgersteigen bieten fliegende Händler und verschiedene Verkaufsstände ihre Ware an, Passanten bewegen sich langsam, während sie im Gehen warme Getränke schlürfen oder *cuñapés*, ein Gepäck aus Maniokmehl, essen. Inmitten dieser morgendlichen Szenerie bewegen sich auch ein paar verummte Gestalten, die sich etwas zielstrebigere als andere an bestimmten Stellen platzieren, etwa vor der Kirche San Francisco, die an der alten kolonialen Grenze zwischen dem *Pueblo de Indios* und dem *Pueblo de Españoles* erbaut wurde. Diese Gestalten, die ihre Gesichter mit Sturmmasken bedecken, sind Schuhputzer. Sie wirken jung und bewegen sich flink durch die Menschenmassen trotz der vielen Kleiderlagen, die sie zum Schutz vor der Kälte tragen. Es ist nicht leicht, ihr Alter auszumachen, aber es ist ein offenes Geheimnis, dass es sich um Kinder und Jugendliche handelt, die sich vor dem nachmittäglichen Schulunterricht auf den Straßen von La Paz verdingen.

Durch die Maskierung schützen sie sich vor Marginalisierung, setzen aber damit ein identitätsstiftendes Erkennungszeichen, das mittlerweile fest zum Straßenbild von La Paz gehört. Sie tragen Westen mit Schriftzügen auf dem Rücken, die sie als Mitglieder eines der vielen Schuhputzervereine der Stadt identifizieren, in denen sich Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene organisieren. Ihre Präsenz fällt dem *Paceño* nicht weiter auf, macht aber auf die Anwesenheit weiterer Kinder und Jugendlicher aufmerksam, die zu so früher Stunde im Zentrum des Regierungssitzes Boliviens bereits arbeiten und damit zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen. Viele verkaufen Zeitungen, andere sind unterwegs als fliegende Händler und weitere stehen an den großen Straßenkreuzungen, um gegen ein kleines Entgelt Autoscheiben zu putzen.

Es ist fast acht Uhr Morgen in La Paz, und in diesen 30 Minuten hat sich auf engstem Raum ein wesentlicher Aspekt der bolivianischen Realität offenbart: Kinderarbeit gehört nicht nur hier zum Alltag. Anderswo, sprich in den insgesamt neun Departements Boliviens, in ländlichen wie in urbanen Gebieten, arbeiten Kinder und Jugendliche in den verschiedensten Bereichen. Sie wühlen in Müll nach Plastik und Pappe, arbeiten als Grabpfleger auf Friedhöfen, helfen an familienbetriebenen Marktständen aus oder schufteten – fern der Augen der Öffentlichkeit – in der Parannuss- und Zuckerrohrernte, im Bergbau, in Ziegeleien und in den vielen informellen Betrieben der suburbanen Gebiete des Landes.

Gesetz und Wirklichkeit

Die aktuelle Anzahl der arbeitenden Kinder und Jugendlichen (NATs – *Niñas, Niños y Adolescentes Trabajadores*) in Bolivien ist aus Mangel an probaten Erhebungsinstrumenten nur schwer festzustellen, ebenso wie die Auswirkungen des im Juli 2014 verabschiedeten *Código Niña, Niño y Adolescente* (CNNA) auf ihre Situation. Denn seit der Einführung dieses ersten Gesetzes der Welt, das Kindern zwischen 10 und 14 Jahren die Arbeit in Ausnahmefällen und unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, ist recht wenig in Bewegung gekommen. Dabei postuliert das fortschrittliche Gesetz anstelle eines Verbots von Kinderarbeit Maßnahmen zu ihrem Schutz und ihrer Regulierung, berücksichtigt lokale Begebenheiten sowie soziokulturelle und ethnische Aspekte, führt eine Liste der gefährlichsten Arbeitsformen auf und erkennt die NATs als produktive politische und soziale Subjekte an, indem es auf den anonymisierenden Terminus „Kinderarbeit“ verzichtet. Dass aber das neue Gesetz bzw. Teile davon sich mit der Arbeit von Kindern und Jugendlichen

in dieser Form auseinandersetzt, ist vor allem auf das Bemühen der NATs zurückzuführen, sich als organisierte Selbstvertretung in den legislativen Prozess einzubringen.

Der Tag in La Paz ist vorangeschritten, die Sonne brennt bei steigenden Temperaturen, die im Laufe des Tages die 19 Grad erreichen können. Wo anders in Bolivien werden die Temperaturen je nach geographischer Lage anders sein, aber überall ist es gewiss, dass NATs gerade dabei sind, sich Geld für Kleidung, Nahrung und Schulsachen zu verdienen. Aktuelle Daten fehlen, aber eine Erhebung des bolivianischen Nationalen Statistikinstituts (INE) aus dem Jahr 2008 unter NATs zwischen 5 und 17 Jahren lässt erahnen, wie viele es heute sind. Denn obwohl viele dieser NATs heute mittlerweile junge Erwachsene und vielleicht selber Eltern sind, ist die bolivianische Bevölkerung in diesen acht Jahren um knapp 0,7 Millionen gewachsen. So lag



Regionale NATs-Organisationen gibt es bolivienweit.

2008 der Anteil der NATs an einer Gesamtbevölkerung von ca. zehn Millionen bei 28%. Dabei arbeiteten 53% von ihnen in der Agrarwirtschaft und im Bergbau-sektor, 17% im Handel, 10% im Handwerk und 8% als Anbieter verschiedener Dienste.

⇒ von Seite 27: ARBEIT VON KINDERN IN BOLIVIEN

Besondere Aufmerksamkeit wurde bei der Erhebung der Verknüpfung von Kinderarbeit mit Aspekten wie Schule und Übernahme von Tätigkeiten im Haushalt wie der Pflege jüngerer Geschwister geschenkt. Die Ursachen für das Vorhandensein dieses Phänomens blieben dennoch unkommentiert, da damals wie heute die Situation der NATs auf bestehende wirtschaftliche und politische Umstände zurückzuführen ist und es ein weiteres offenes Geheimnis ist, dass auch ethnische und soziokulturelle Aspekte die Rolle der Kinder in den in Armut lebenden Familien prägen. Darin wird Arbeit als selbstverständlicher Teil des Sozialisierungsprozesses von Kindern verstanden und als Beitrag zum Familienunterhalt betrachtet. Diese Sichtweise, die ethnisch im indigenen Kontext – meist Quechua und Aymara – zu verorten ist, vermischt sich mit den Notwendigkeiten des Alltags und tradiert sich im Bewusstsein der arbeitenden Kinder und Jugendlichen, die sich nicht als Nehmer oder Schutzbefohlene, sondern als verantwortungsvoll Beitragende betrachten.

In dieser Rolle jonglieren arbeitende Kinder und Jugendliche zwischen Schule und Arbeit, bekommen zwar in den meisten Fällen die Anerkennung ihrer Familien, müssen sich aber vielfach mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Benachteiligung auseinandersetzen. So berichtet beispielweise Julio, ein zwölfjähriger arbeitender Junge aus Potosí, der seinen Tagesablauf zwischen dem Essenstand seiner Mutter, an dem er aushilft, der Schule und seiner Tätigkeit als Grabpfleger organisiert, dass er wenig Verständnis von seinen Lehrern bekommt und des Öfteren von seinen Mitschülern als „Arbeiter“ beschimpft wird. Paradox ist dabei die Tatsache, dass seine Mitschüler ebenfalls allesamt Kinder von Arbeitern und Tagelöhnern sind. Verständlicher wird aber diese Reaktion vor dem Hintergrund, dass in Bolivien manuelle Tätigkeiten zu Gunsten intellektuellen, akademischen Tuns oder auch Nichts-Tuns abgelehnt werden. Dies zeigt sich am eindeutigsten in der Abwertung von häuslicheren Tätigkeiten, die man lieber einem Hausmädchen überlässt, und dem Statuszuwachs, den man mit dieser Entlastung verbindet. Überdies variieren Diskriminierung und Marginalisierung je nach ausgeübter Tätigkeit der

NATs, sodass bspw. jugendliche Schulmädchen, die sich als „lebende Produkthalter“ in den Gängen der Supermärkte stundenlang die Beine in den Bauch stecken, besser angesehen werden als die Jugendlichen, die Ware dort einräumen oder auf der Straße verkaufen.

Der Verband arbeitender Kinder und Jugendlicher

Angesichts dieser und anderer herrschender Einstellungen in der bolivianischen Gesellschaft begannen sich arbeitende Kinder und Jugendliche in den 1990er Jahren in eigenen Interessenvertretungen zusammenzuschließen. Damit gingen sie grundsätzlichen Bedürfnissen nach Zusammenschluss und Sichtbarkeit nach, standen aber auch in der Tradition des in den 1970er Jahren in Lateinamerika entstandenen Diskurses von Protagonismus und des in Bolivien Mitte der 1990er Jahre eingeführten Konzeptes der *participación popular*. Als Vorbild dienten ihnen MANTHOC (*Movimiento de Adolescentes y Niños Trabajadores Hijos de Obreros Cristianos*), die erste 1979 in Lima entstandene NATs-Bewegung Lateinamerikas, weitere seit den 1980er Jahren entstandene Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik und deren Dachorganisation MOLACNATs, die Ende der 1980er Jahre aus ihrem ersten kontinentalen Treffen hervorging. Zu dem Selbstverständnis der geeinten NATs gehört der Anspruch, Protagonisten zu sein und in Würde arbeiten und leben zu können. Dieses Selbstverständnis spiegelt sich unter anderem in dem am 9. Dezember gefeierten „Internationalen Tag der Würde der arbeitenden Mädchen, Jungen und Jugendlichen“ wider, der in Erinnerung an das erste internationale Treffen der NATs (1996 in Kudapur, Indien) eingeführt wurde.

Es ist Vormittag auf einem Markt in Cochabamba und inmitten des Getümmels stehen Nina und Jessica, beide 13 Jahre alt, die Tragetaschen und Kugelschreiber verkaufen. Sie preisen ihre Produkte an, werden von der Menge angerempelt, bleiben aber standhaft in ihrem Vorhaben, ihre Ware zu vertreiben. Sie tragen unter ihrem Arbeitskittel Schuluniformen und sind in Eile, da sie sich anschließend auf den Weg zur Nachmittagsschule machen müssen. Andere NATs dagegen haben nicht diese Möglichkeit, da es nicht in allen Städten und Bezirken des Landes solche Schulen gibt. So bleiben

viele NATs aufgrund ihrer Arbeit der Schule gelegentlich oder ganz fern. Nina und Jessica können den Spagat bewältigen und sich zusätzlich in einer der vielen NATs-Organisationen engagieren.

Diese Organisationen sind im ganzen Land verstreut. Entstanden sind sie im Umfeld eines NGO-Projektes und mit Unterstützung von einheimischen Erwachsenen. Einige sind autonom, aber die meisten sind in der UNATSBO vereint, die 2003 als Dachorganisation ins Leben gerufen wurde. Die UNATSBO versteht sich keinesfalls als Kindergewerkschaft, sondern als Interessenvertretung und als soziale Bewegung, die im Laufe der beinahe 20 Jahre währenden Konsolidierungsgeschichte die Durchschlagskraft entwickelt hat, Mobilisierungen und Protestaktionen zu organisieren, ebenso wie Partnerschaften mit nationalen und internationalen NGOs zu schließen und Verhandlungen mit staatlichen Stellen zu führen. So wie es insbesondere der Fall war, als sie sich Gehör im legislativen Prozess zum neuen Kinder- und Jugendgesetz verschaffte.

Die UNATSBO hat Basisorganisationen in fast allen Departements Boliviens. Diese Basisorganisationen (s. Karte) tragen in ihren Bezeichnungen stets die Abkürzung NATs als Zeichen dafür, dass sie auch die Grundsätze der Dachorganisation vertreten. Sie unterscheiden sich untereinander lediglich in den Schwerpunkten und dem Radius ihrer Aktionen, die sie in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerorganisationen aufgrund lokaler Begebenheiten setzen. Jede Basisorganisation setzt sich aus verschiedenen Gremien zusammen, die den einzelnen Arbeitsbereichen der NATs entsprechen. In jedem Gremium werden Vertreter für ein Jahr gewählt, die wiederum den Rat auf lokaler Ebene bilden. Diese stets minderjährigen Ratsmitglieder werden in ihrem Tun von erwachsenen *colaboradores* (Unterstützern) begleitet. Diese übernehmen organisatorische Aufgaben und sind das Bindeglied zwischen NATs und den NGOs, die die Organisationen finanziell unterstützen.

Regelmäßig werden Koordinationstreffen auf regionaler und nationaler Ebene und Workshops sowie Treffen mit Behörden, Sensibilisierungsmaßnahmen und Freizeit- und Sportaktivitäten veranstaltet. Gehandelt wird stets nach einem Protagonismus- und Subjektivierungsansatz. Dementsprechend sind es die NATs, die durch ihre Ratsmitglieder die Führungsrolle ausfüllen. So übernehmen sie Vertretungs-

funktionen und fungieren als Sprachrohr ihrer Basis. In diesem Sinne ist es ein wahres Erlebnis, einer Ratssitzung der NATs beizuwohnen, denn bei allen wichtigen Entscheidungen, die dort getroffen werden, kann es genauso laut und lebendig wie auf einer Klassenfahrt zugehen.

Teilnahme der UNATSBO am legislativen Prozess

Seit ihrer Konstituierung hat die UNATSBO einen mühseligen jedoch kontinuierlichen Reifungsprozess durchlaufen, der durch eine Reihe von Entwicklungen im Zuge des *proceso del cambio* Boliviens flankiert und beschleunigt wurde. So konnte zwischen 2006 und 2009 die „Ombudsstelle für die Rechte der Bürger“ dazu

von betreffenden Behörden, deren Empfang mit dem offiziellen Stempel der jeweiligen Basisorganisation bestätigt wird.

Trotz der Fortschritte in der offiziellen Wahrnehmung der UNATSBO blieb dennoch ein wichtiges Anliegen der organisierten NATs bestehen: die Abschaffung des pauschalen Verbots der Kinder- und Jugendarbeit unter 14 Jahren. Vor diesem Hintergrund stellten sich der institutionalisierte Schutz der Rechte und die Regulierung der Arbeit der NATs durch ein Gesetz als nächste folgerichtige Aufgabe dar. Hierfür wurde ein großangelegter Partizipationsprozess in Gang gesetzt, der sich über die vier Jahre seiner Dauer als regelrechte Schachpartie mit den Regierungsinstanzen entpuppte.

Beachtung bezüglich ihrer Forderungen erhielten, organisierten sie am 18. Dezember 2013 einen Marsch durch La Paz und eine erneute Kundgebung, zu der die Medien eingeladen waren. Der Marsch, in dessen Verlauf Parolen gerufen wurden, wie „Evo, compañero, ayúdanos“ und „Si al trabajo, no a la explotación“, wurde in der Nähe der Plaza Murillo von Polizisten aufgehalten, die gegen die NATs Tränengas einsetzten. Anschließend hielten die NATs eine Pressekonferenz ab, legten Beschwerde wegen der angewendeten Gewalt ein und konnten auf diesem Wege sowohl eine Verschiebung des Verabschiedungsverfahrens des neuen CNNA als auch eine Zusage für ein Treffen mit Präsident Morales erwirken. Im darauffolgenden Jahr wurde das CNNA schließlich am 3. Juli 2014 verabschiedet.

Zähe Umsetzung

Das neue CNNA, das im eigentlichen Sinne das Recht der NATs auf Schutz in Bezug auf Arbeit zusichert und nicht – wie im UNATSBO-Gesetzesentwurf gefordert – den NATs Arbeitsrechte oder das implizite Recht auf Arbeit zuspricht, ist also auf Schiene. Dessen Implementierung erwies sich allerdings als zähes Unterfangen. Einerseits fehlen die finanziellen Mittel, andererseits sind Politik und Gesellschaft – darunter Arbeitgeber mancher NATs – noch nicht sensibilisiert genug, um ein solches Gesetz in völliger Akzeptanz anwenden bzw. befolgen zu können. Zusätzlich sind auch nicht alle NATs im Lande über ihr neu erworbenes Recht auf Schutz in Bezug auf Arbeit im Bilde, denn die mediale Verbreitung von Gesetzen und Maßnahmen, die in lateinamerikanischen Ländern gern als *socialización* bezeichnet wird, erreicht – wie immer – nicht die breite Masse.

Es ist 20 Uhr in La Paz, es ist kalt und dunkel geworden. Fliegende Händler, Schuhputzer und Müllwähler sind immer noch unterwegs und im Licht der Straßenbeleuchtung lässt sich erkennen, dass viele von ihnen arbeitende Kinder und Jugendliche sind und deren Tag immer noch nicht zu Ende ist. ■

Eny Angenvoort hat kürzlich eine Abschlussarbeit zum Thema an der Universität zu Köln vorgelegt und dafür insbesondere in den Bergbauzentren Boliviens recherchiert.



Foto: Eny Angenvoort

Bei einem UNATSBO-Workshop

gewonnen werden, in der Verfassunggebenden Versammlung die NATs dahingehend zu vertreten, dass ihre Forderungen nach Partizipation, Förderung, Gewährleistung ihrer zivilen Rechte und auf Schutz vor Gewalt und Ausbeutung konkret in den Artikeln 60 und 61 der neuen Verfassung Ausdruck finden konnten. Seitdem genießt die UNATSBO die offizielle Anerkennung durch die Regierung – jedoch nicht durch die *Central Obrera de Bolivia* (COB) – als Interessenvertretung der bolivianischen NATs und wird in dieser Rolle eingeladen, an verschiedenen nationalen Gremien teilzunehmen. Auf lokaler Ebene haben sich die Basisorganisationen der NATs ebenfalls in dieser Form etablieren können und erhalten regelmäßig offizielle Einladungen

Zunächst wurde im Jahr 2010 ein Gesetzesentwurf auf Basis von Konsultationen erarbeitet, der im Frühjahr 2011 vorgelegt wurde. Anschließend musste zwei Jahre abgewartet werden, bis 2013 die Regierung den eigenen Entwurf vorbrachte. In dem Regierungsentwurf wurden jedoch lediglich die Rechte der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren behandelt, die weiteren Forderungen der NATs blieben aber unberücksichtigt. Als Reaktion darauf organisierte die UNATSBO im Juni 2013 eine Kundgebung auf dem Hauptplatz des Regierungssitzes, der Plaza Murillo, und legte ein Manifest vor, in dem sie sich direkt an den *compañero* Morales wandte und seine Vergangenheit als arbeitendes Kind ansprach. Als sie immer noch keine

VERMÄCHTNIS EINES REVOLUTIONÄRS

Am 25. November 2016 starb Fidel Castro. Ein später Nachruf.

Von Ralf Leonhard

Fidel Castro hat sich ein ewiges Denkmal geschaffen, indem er auf das Errichten von Denkmälern nicht nur verzichtete, sondern dieses testamentarisch ausdrücklich untersagte. Er wusste, dass es seinem Andenken nicht nützen würde, wenn Kuba flächendeckend mit Fidel-Statuen neben den allgegenwärtigen Büsten von José Martí ausgestattet würde. Gleichzeitig wird damit auch verhindert, dass eines Tages, wenn sich die politischen Vorzeichen auf der Insel ändern sollten, diese Denkmäler von den Sockeln gestürzt werden.

Castros Tod hätte noch vor ein paar Jahrzehnten eine größere Krise ausgelöst. Die Scharfmacher im Exil in Miami hätten ohne Zweifel versucht, das Machtvakuum in Havanna zu nützen, um eine Konterrevolution anzuzetteln. Jetzt aber hat der *Comandante en Jefe* die meisten seiner eingeschworenen Gegner überlebt und in den neuen Generationen überwiegt ein pragmatischer Zugang zur alten Heimat.

So sieht der Kuba-Kenner Michael Zeuske vor allem zwei bleibende Leistungen Castros: „Er hat mit der Utopie einer sozialen Gerechtigkeit das erreicht, was Kuba in diesen knapp 60 Jahren gewesen ist. Dazu gehört der Ausbau des Bildungssystems, der Ausbau des Gesundheitssystems, der erste Sozialstaat“. Und es sei ihm gelungen „dieses System zusammenzuhalten, als es Anfang der 90er Jahre in die schwerste Krise gefallen ist“.

Damals, nach der Auflösung der Sowjetunion, hatte alle Welt damit gerechnet, dass auch Kuba dem Trend zum Kapitalismus nachgeben müsste. Mit einem Schlag war die Insel ihren wichtigsten Wirtschaftspartner los, der großzügig Zucker gegen Erdöl getauscht hatte. Kubas Sozialismus überlebte unter großen Entbehrungen. Jetzt ist auch das Wirtschaftsembargo, das Jahrzehnte lang für alle Missstände auf der Insel verantwortlich gemacht wurde, aufgeweicht. Dass dieser Schritt endlich vollzogen wurde, ermöglicht hoffentlich einen gewaltfreien Übergang in die Nach-Castro-Ära, bei dem die unbe-



Foto: Ralf Roletschek

streitbaren Verdienste der Revolution nicht in Frage gestellt werden.

Tiefgreifende Transformation

Es ist nicht leicht, der historischen Figur Fidel Castro gerecht zu werden. Bert Hoffmann, Kuba-Forscher am *German Institute for Global and Area Studies* (GIGA) in Hamburg, versucht es: „Das Vermächtnis von Fidel Castro ist sicher ambivalent. Zum einen hat er Kuba auf die weltpolitische Bühne gebracht“, wie das für eine so kleine Insel vorher völlig undenkbar gewesen sei. Kuba ist zur Projektionsfläche für Freund und Feind geworden: „Das ist sowohl für die Linke als auch die Rechte ein unheimlich aufgeladener Ort gewesen“.

Castros Revolution habe eine wirklich tiefgreifende Transformation in Gang gesetzt, in der viele Menschen völlig utopische Veränderungen erleben durften. „Der Sohn vom Zuckerrohrschneider, dessen Vater auch Zuckerrohrschneider war, studierte dann Ingenieurswesen in Moskau“, so Hoffmann. Nach 1989 sei das Projekt aber in eine tiefe Krise gestürzt, aus der es sich bis heute nicht aufgerichtet habe.

Lange, manche sagen viel zu lange, hatte Fidel Castro die Karibikinsel regiert und es im letzten Moment noch geschafft, die Macht abzugeben, nämlich kurz vor seinem 80. Geburtstag im Jahr 2006. Hoffmann zollt ihm dafür Respekt: „Erstaunlich ist, dass er es geschafft hat, die Macht

geordnet abzugeben und nicht auf den Flammen seines Projekts im Kampf gegen den Imperialismus zu fallen“. Nach der Machtübergabe an seinen Bruder Raúl habe er „eine Rolle als Politrentner gehabt. Er ist vor den Augen der Kubaner gealtert und einen normalen menschlichen Tod gestorben, was nach dieser völlig überdimensionierten Rolle ein ganz gesunder Prozess ist, dass er wie andere Menschen auch gestorben ist, nämlich als alter Mann.“

Dass Fidel Castro dieses biblische Alter erreichte, ist an sich schon eine Leistung. Kein Staatschef hat mehr Attentatsversuche überlebt. Die Versuche des US-Geheimdiensts CIA, den langjährigen Staatsfeind Nummer 1 zu ermorden, sind legendär. Aber oft genug hat er sich selbst durch Leichtsinn oder Draufgängertum in die Fänge des Todes begeben. Beim halbsbrecherischen Überfall auf die Moncada-Kaserne von Santiago de Cuba im Jahr 1953 genauso wie bei der Landung mit einer Handvoll Guerilleros dreieinhalb Jahre später.

Bert Hoffmann: „Um so ein radikales Projekt zu machen, muss man größenwahnsinnig sein oder utopisch. Mit zwölf Mann eine Bruchlandung in Ostkuba zu überleben und dann zu erklären, wir haben den ersten Schritt getan, der Rest ist nur noch zu siegen. Das ist natürlich nach normalen Regeln der Rationalität nicht stimmig“. Jeder andere, so Hoffmann, „hätte gesagt, wir sind zwölf gegen eine ganze Armee. Lasst uns nach Hause gehen“. Viele historische Zufälle haben mitgespielt, dass ihn am Ende gegen alle Wahrscheinlichkeit die Revolution nach Havanna geführt hat. Fidel Castro wurde schon früh zum Mythos.

Zeit seines politischen Lebens blickte Castro über die Grenzen seines Landes hinaus. Und was heute selbst von Päpsten und kapitalistischen Institutionen wie der Weltbank beklagt wird, thematisierte Castro schon vor bald 40 Jahren. So im Jahre 1979 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, als er die neokoloniale Politik der Industriestaaten anprangerte: „Man kann nicht vom Frieden reden im Namen von zehntausenden Menschen, die jedes Jahr verhungern oder an heilbaren Krankheiten sterben. Man kann nicht von Frieden reden im Namen von 900 Millio-



Castros Motto: siegen in einem scheinbar aussichtslosen Kampf

nen Analphabeten. Die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder muss ein Ende finden“.

Vom Jesuitenzögling zum Guerilla-Chef

Castros Kinderstube war kaum geeignet, kommunistisches Gedankengut zu transportieren. Vater Angel Castro war aus dem spanischen Galizien eingewandert und pachtete große Ländereien in der Ostprovinz Oriente. Die 25 Jahre jüngere Mutter Lina Ruz war bei ihm in der Küche beschäftigt. Als Fidel am 13. August 1927 geboren wurde, war Ángel Castro noch mit einer anderen verheiratet. Mutter Lina konnte zwar nicht lesen und schreiben, war aber – im Gegensatz zum Vater – zutiefst gläubig. Trotz seiner unehelichen Herkunft genoss Fidel Castro das Privileg der Erziehung in einer Eliteschule der Jesuiten. Um das zu ermöglichen, legitimierte ihn sein Vater und ließ bei der Gelegenheit den Taufschein ein Jahr vordatieren. So konnte er ein Jahr früher an die Eliteschule und feierte bis zuletzt seine runden Geburtstage ein Jahr zu früh. An der Universität von Havanna, wo er Rechtswissenschaften studierte, tat sich Castro bereits als Studentenführer hervor und beteiligte sich an oppositionellen Gruppen, die von Veteranen des Spanischen Bürgerkriegs angeführt wurden.

Seine Heirat mit der zwei Jahre jüngeren Mirta Díaz-Balart verschaffte Castro nicht nur die ersehnte Aufnahme in die kubanische Oberschicht. Sie machte ihn auch zum Schwiegersohn des Transportmini-

sters und zum Schwager eines Staatssekretärs im Dienste von Diktator Batista. Der reiche Schwiegerpapa spendierte dreimonatige Flitterwochen in den USA.

Trotzdem träumte der mit robustem Selbstbewusstsein ausgestattete Castro schon damals von der Machtübernahme, allerdings durch Putsch und Studentenrevolte. Mit einer Schar Getreuer unternahm Castro am 26. Juli 1953 den völlig aussichtslosen Angriff auf die hochgerüstete Moncada-Kaserne. Die mexikanische Journalistin Alma Guillermoprieto meint, er habe nach dem Scheitern in der Politik für die „Romantik als Lebenshaltung optiert“. Sie vergleicht den Überfall auf die Moncada mit dem Kampf des Nationalhelden José Martí. Der Intellektuelle und Vordenker der Unabhängigkeit hatte sich 1895 an die Spitze einer berittenen Truppe gestellt und war prompt im ersten Scharmützel mit den Spaniern gefallen. Seither wird er in Kuba als Märtyrer verehrt.

Fidel Castro wurde nicht zum Märtyrer, sondern zum prominentesten Gefangenen, für den sich selbst der Erzbischof von Havanna einsetzte. Nach der Amnestie für die Rebellen ging er ins Exil nach Mexiko, wo er auch den jungen argentinischen Arzt und Revolutionär Ernesto Guevara, genannt Che, kennenlernte. Gemeinsam planten sie die Invasion, setzten sie mit einer Handvoll Kameraden in die Tat um und begannen in den Bergen der Sierra Maestra einen Guerillakrieg, der zwar militärisch nicht zu gewinnen war, aber bald Sympathisanten in Havanna fand.

Wenige Tage nach der Landung waren allerdings von den 82 Revolutionären nur mehr zwölf übrig. Den Gerüchten, auch er sei bei der ersten Begegnung mit der Armee ums Leben gekommen, begegnete Fidel Castro auf meisterhafte Art. Er lud Herbert Matthews, einen renommierten Redakteur der *New York Times*, im Februar 1957 in sein Lager ein. In seinem Bericht beschreibt dieser Castro als „Mann mit Idealen, mit Courage und einer überwältigenden Persönlichkeit“. Seine Landsleute beruhigte Matthews mit der Versicherung, Castro verfolge im Grunde eine Politik wie einst Präsident Franklin Roosevelt, der die USA aus der Depression der Weltwirtschaftskrise geführt hatte: Fidel Castro biete seinem Volk einen New Deal, so der Journalist, „radikal, demokratisch und somit antikommunistisch“.

Auch die an Umstürze gewöhnte Elite in Kuba war daher nicht sonderlich beunruhigt, als im Laufe des Jahres 1958 auch Berichte von militärischen Erfolgen der Guerilleros kamen und die Kommandanten Camilo Cienfuegos und Che Guevara mit weniger als 300 Mann das halbe Land unter ihre Kontrolle brachten. Diktator Batista entzog sich einem Showdown in Havanna in der Silvesternacht 1958/59 durch die Flucht in die Dominikanische Republik. Eine Woche später zog Fidel Castro mit seinen bärtigen Guerilleros triumphal in Havanna ein. Doch schon damals bereitete er seine Landsleute auf schwierige Zeiten vor: „Machen wir uns nicht vor, dass von jetzt an alles einfach wird. Vielleicht wird jetzt alles noch schwieriger“.

Schwierig wurde es zunächst einmal für Großgrundbesitzer, Unternehmer und Anhänger des gestürzten Regimes. Sehr schnell wurden Großgrundbesitzer, Industrielle und auch ausländische Konzerne enteignet. Es gab Massenhinrichtungen von Kollaborateuren des Batista-Regimes und die Reaktion der USA konnte nicht ausbleiben. Präsident Eisenhower strich die jährlichen Zuckerimporte aus Kuba und trieb damit das Revolutionsregime in die Arme der Sowjetunion, die unter Nikita Chruschtschow weit geöffnet waren. Die Von den USA dominierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die im August 1960 in San José de Costa Rica tagte, verabschiedete eine scharfe Verurteilung der kubanischen Revolution und forderte Castro auf, freie Wahlen abzuhalten. Der Vorwurf lautete, die Demokratie sei ausgeschaltet worden. Kurz darauf, am 2. Sep-

⇒ von Seite 31: FIDEL CASTRO, NACHRUF

tember 1960, ließ Castro vor einer Million Menschen die sogenannte Erklärung von Havanna per Akklamation beschließen. Sie enthält eine Absage an die herkömmlichen Regeln der Demokratie, da die Wahlen „von Großgrundbesitzern und professionellen Politikern manipuliert“ würden. Demokratie in Lateinamerika sei erst dann verwirklicht, „wenn die Völker wirklich frei wählen können, wenn die Armen nicht mehr durch Hunger, soziale Ungleichheit, Analphabetentum und Rechtssystem zu unheilvoller Ohnmacht verurteilt sind“.

Die Erklärung garantiert den Bauern das Recht auf Land, allen Menschen das Recht auf Arbeit, Zugang zu Bildung und Krankenversicherung, das Recht der Bürger sich zu bewaffnen und das Recht des Staates, Monopole – gemeint waren große Unternehmen – entschädigungslos zu verstaatlichen. Aus der Zustimmung zu diesem Dokument konstruierte Castro die Legitimität, ohne Wahlen nach dem althergebrachten System zu regieren.

Schweinebucht und Raketenkrise

Die Reaktion sollte nicht ausbleiben. Washington unterstützte tatkräftig eine Invasion von rechten Exilkubanern, die sich in Miami organisiert hatten. Die Invasoren gingen gemeinsam mit dem Geheimdienst CIA von der irrigen Annahme aus, dass sich das kubanische Volk gegen Fidel Castro und sein Regime erheben würde, sobald die Invasoren landen würden. Auf fünf Schiffen unternahm an die 1.500 Konterrevolutionäre am 17. April 1961 einen Umsturzversuch. Die sogenannte Schweinebucht-Invasion wurde zum Debakel. Kubanische Milizen unter dem persönlichen Befehl von Fidel Castro schlugen die Invasoren zurück. 124 von ihnen wurden getötet, 1.200 gerieten in Gefangenschaft.

Diese missglückte Invasion beschleunigte die Entwicklung. Im Mai erklärte Castro Kuba zum sozialistischen Staat. Wahlen würden sich daher erübrigen. Kirchliche Schulen wurden geschlossen, ausländische Geistliche des Landes verwiesen. Die OAS schloss Kuba wenig später auf Drängen von US-Präsident Kennedy aus ihren Reihen aus und die USA verhängten ein Wirtschaftsembargo. Eine noch enge wirtschaftliche und militärische Anbindung an die Sowjetunion war die Folge.

Und Nikita Chruschtschow ließ auf Kuba eine Raketenbasis errichten, von der aus die USA mit Atomwaffen bedroht werden konnten.

Die sogenannte Kubakrise brachte die Welt 1962 an den Rand des Atomkriegs. Kennedy ließ sich trotz anfänglicher Drohungen jedoch nicht von Scharfmachern zu gezielten Luftschlägen gegen Kuba überreden, sondern verhängte eine Seeblockade. Die Sowjets steckten in letzter Minute zurück und zogen ihre Offensivwaffen aus Kuba wieder ab. Wie aus einem Briefwechsel zwischen Fidel Castro und Nikita Chruschtschow hervorgeht, hätte Castro einen Atomkrieg riskiert und rügte seinen Verbündeten für das Einknicken gegenüber der kapitalistischen Supermacht.

Kubaexperte Bert Hoffmann ist skeptisch, ob Castro die Sowjets wirklich in einen Nuklearkrieg treiben wollte: „Es gibt diesen Briefwechsel. Das kann ein gewisser Wirklichkeitsverlust gewesen sein oder ein sich Berauschen an der eigenen Rhetorik, dass man dem Yanqui keinen Fußbreit gibt und im Zweifelsfalle jedes Opfer bringt“. Es könne aber auch ein Bluff gewesen sein.

Immerhin: Kennedy musste eine Garantie abgeben, in Kuba nicht einzumarschieren oder weitere Invasionen zu unterstützen. Und die Sowjetunion erreichte, dass die USA ihre Offensiv-Raketen aus dem NATO-Land Türkei abzogen.

Der Aufbau des Sozialismus konnte aber trotzdem nicht ungestört voranschreiten, solange die Revolution isoliert war. In einem Fernsehinterview 1967 verteidigte Castro den bewaffneten Kampf als legitimes Mittel des sozialen Wandels, wenn sich friedliche Wege versperrt zeigen.

Der Vorwurf, Castro hätte in ganz Lateinamerika Revolutionen gegen die den USA hörige Herrschaftsschicht angezettelt, mag übertrieben sein. Aber Guerillabewegungen von Argentinien bis Kolumbien und von Nicaragua bis Guatemala wurden beraten, ihre Kader trainiert und mit Waffen versorgt. Che Guevara, kurze Zeit Chef der kubanischen Nationalbank, stellte sich persönlich an die Spitze einer Rebellen-truppe in Bolivien und scheiterte kläglich. Che wurde im Oktober 1967 gefangengenommen und ermordet. Vergeblich hatte er gehofft, dass das kubanische Rezept auch in anderen Ländern aufgeht. Nämlich, dass eine relativ kleine Guerilla spontane Aufstände auslösen und die Bevölkerung schnell auf ihre Seite bringen könne.

Pragmatischer Autokrat

Viel wurde darüber diskutiert, ob Fidel Castro sein Land von Anfang an in den Kommunismus führen wollte, oder ob die Umstände ihm diesen Kurs aufgedrängt haben. Tatsache ist, dass nicht nur das ökonomische System durch Einführung der Planwirtschaft nach dem Vorbild des Realsozialismus gestaltet wurde, sondern sich auch die Gesellschaftsordnung immer mehr vom westlich liberalen Modell entfernte: Oppositionsparteien und Versammlungsfreiheit gibt es nicht, die unabhängige Presse wurde ausgetrocknet und verschwand von der Bildfläche, obwohl Castro noch im April 1959 vor der *American Society of Newspaper Editors* in Washington die Pressezensur als Laster der Diktatoren angeprangert hatte. Fidel Castro hätte aber auch später nie zugegeben, dass es keine freie Presse gab, wie Barbara Dröschler meint. Die in Berlin lebende Autorin des Buchs „Havanna Lektionen“, die zwei Jahre als Repräsentantin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Kuba verbrachte, wundert sich: „*Granma* und *Juventud Rebelde* sind Zeitungen, die völlig von der Partei kontrolliert werden. In der Presse wird nichts veröffentlicht, was nicht unter der Kontrolle der Partei ist. Andere Medien werden einfach nicht zugelassen. Internationale Presse ist zumindest in den letzten Jahren überhaupt nicht zugänglich gewesen“.

Sicher ist, dass Castro kein Ideologe war, sondern pragmatische Kurskorrekturen vornahm, wenn sie opportun erschienen. Als die sozialistische Welt zusammenbrach und die Sowjetunion schrittweise die Subvention Kubas abbaute, sah er sich gezwungen, das Land für den Tourismus als Devisenbringer zu öffnen und schließlich den US-Dollar als Parallelwährung zuzulassen. Bis dahin hatten nur Ausländer und privilegierte Mitglieder der Nomenklatura das Recht gehabt, in Dollarläden einzukaufen.

Pragmatismus zeigte er immer wieder. So wurde die kirchenfeindliche Haltung der Revolution nach und nach aufgeweicht, als die Befreiungstheologie es ermöglichte, sozialistische und christliche Werte unter einen Hut zu bringen. In Kuba hatte die katholische Kirche stets eine unrühmliche Rolle an der Seite der Macht gespielt. Castro lud den Papst nach Kuba ein und gewährte dem brasilianischen Dominikaner und Befreiungstheologen Frei Betto Mitte der 1980er Jahre ein viele Stunden langes Interview, das auf Deutsch

unter dem Titel „Nachtgespräche mit Fidel“ erschien. Es bahnte eine Neuausrichtung der kubanischen Kirchenpolitik an.

Fidel Castro empfing zwei Päpste in Havanna und verstand es, die revolutionäre Botschaft des Evangeliums in seinem Sinne zu deuten. Castros jesuitische Erziehung schlug da immer wieder durch. Bert Hoffmann erkennt sogar im kubanischen Sozialismus die Handschrift der Jesuiten: „Wenn man den Kern nimmt, ist das ein sehr paternalistisches Modell von Fürsorge für die Schäfchen, Erziehung und Gesundheit, aber ganz autoritär mit harter Hand von oben. So eine Mischung aus Kaserne und Jesuitenschule ist die Grundblaupause des Staates, die dann in das Gewand von real existierendem Sozialismus mit Politbüro und allem gepackt worden ist“.

Als 1980 tausende Kubaner in Booten, Flößen und selbst aufgeblasenen Autoreifen die Flucht antraten und versuchten, sich nach Miami, ins gelobte Land der Regimegegner durchzuschlagen, zeigte sich Castro plötzlich großzügig und erlaubte für kurze Zeit allen, die es wünschten, die Ausreise. Durch eine Welle von Begnadigungen öffnete er gleichzeitig die Gefängnistore und schickte den USA damit notorische Gewaltverbrecher und Betrüger. 1988 ließ Castro mit Arnaldo Ochoa einen hochdekorierten General und dessen Komplizen fusillieren. Sie sollen sich mit Elfenbeinschmuggel aus Angola und Drogenhandel bereichert und Kubas Ruf als drogenfreie Insel beschädigt haben.

Die Perestrojka Michail Gorbatschows fand Castro gefährlich. Seinen jungen Außenminister Roberto Robaina, der mit dem Öffnungsprojekt sympathisierte, schickte er ins politische Ausgedinge. Die beklemmende Parole „Sozialismus oder Tod“ wurde ausgegeben. Aber seit dem Niedergang des Realsozialismus sah sich Kuba zunehmend isoliert. Auf der Insel herrschen Sparzwang und Entbehrung, die auch durch die zögerliche wirtschaftliche Liberalisierung nur wenig gemildert wurden. Was Castro zutiefst abgelehnt hat, wurde in Kuba gelebte Realität: eine Zweiklassengesellschaft, in der jene privilegiert sind, die auf irgendeine Weise Zugang zu ausländischer Währung haben. Sei es durch Geldsendungen von Angehörigen in den USA, Trinkgelder in Tourismus und Gastronomie, Korruption und Diebstahl oder Prostitution.



Foto: Vandrad Vandrad@gmx.de

1. Mai-Kundgebung in Havanna, 2005

Es ist unbestritten, dass Kuba beim Index der menschlichen Entwicklung weit vorne liegt, die Kindersterblichkeit geringer ist als in den USA, ganz Lateinamerika die Kubaner um ihr Bildungsniveau und die gute Basisgesundheitsversorgung beneidet. Doch das Wirtschaftssystem, das Jahrzehnte lang jede Privatinitiative abgewürgt hat, führte zu Lebensmittelknappheit, Armut und systematischem Diebstahl in Staatsbetrieben. Auch die von Fidels Bruder Raúl Castro in den letzten Jahren angestoßenen Liberalisierungen kommen sehr spät.

Kuba nach Fidel

Die von US-Präsident Barack Obama eingeleitete Annäherung wäre zwar auch unter Fidel Castro möglich gewesen, meint der Historiker Michael Zeuske, der Kuba seit den 1960er Jahren kennt. Aber eine wirkliche Öffnung hätte er wohl nicht zugelassen: „Fidel hat ja auch als Chefkomentator in der Zeitung seinen Unwillen geäußert. Er hat in der Beziehung eine ganz andere Politik betrieben: mit Massenmobilisierung und zentralstaatlichen Methoden“. Raúl habe mit seinem bürokratischen Sozialismus versucht, die Reformen nach wirtschaftsinhärenten Methoden durchzusetzen. Zeuske: „Der braucht einfach Investitionen“.

Niemand unterliegt heute mehr der Illusion, dass die Revolution das Paradies auf Erden bringen wird und der Sozialis-

mus auf alles eine Antwort hat. Es musste sich aber zuletzt auch keiner mehr die bange Frage stellen: Was geschieht mit Kuba, wenn der Comandante plötzlich aus dem Leben scheidet? Der Beginn der Normalisierung der Beziehungen zum großen Nachbarn USA hat für die meisten praktische Bedeutung. Denn die Reisebeschränkungen in beide Richtungen wurden gelockert und bringen mehr Dollars ins Land. Seit Mai 2016 legen die Karibikkreuzfahrtschiffe in Havanna an. Gemeinsame Konzerte von kubanischen und US-amerikanischen Musikern sind nicht mehr verboten. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen und das Ende des Wirtschaftsembargos wird verhandelt. Barack Obama setzte die wichtigste symbolische Geste, als er im März als erster amtierender US-Präsident das revolutionäre Kuba besuchte.

Diese Entspannungspolitik, soweit sie von Donald Trump nicht wieder torpediert wird, dürfte Kuba einen radikalen Wandel ersparen. Es ist aber auch ein Verdienst der Kubaner, wenn die notwendigen Veränderungen friedlich ablaufen. Fidel Castro hat dafür seinen Beitrag geleistet und es ist unverstänlich – bei aller Ambivalenz des Castro'schen Erbes – dass die meisten westlichen Staats- und Regierungschefs den Beisetzungsfierlichkeiten in Kuba ferngeblieben sind. ■

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

UN-Experte trifft MenschenrechtsaktivistInnen

In Mexiko sind MenschenrechtlerInnen und JournalistInnen nach Ansicht eines ranghohen UN-Vertreters systematisch von Gewalt bedroht. Dies gelte vor allem, wenn es sich um Frauen oder Mitglieder indigener Gemeinden handelt. Auf diesen Umstand machte Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter zur Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen, zum Abschluss einer achttägigen Mexiko-Reise aufmerksam. Zu Beginn des Besuchs hatte er unter dem Titel „Fühlt ihr euch sicher?“ ein Dossier zur Lage der Menschenrechte veröffentlicht.

Forst traf sich mit rund 800 MenschenrechtsaktivistInnen sowie mit BehördenvertreterInnen in mehreren Bundesstaaten, darunter Chihuahua, Guerrero und Oaxaca. Er kritisierte das „weiterhin alarmierend hohe Gewaltniveau“, das die gesamte Bevölkerung Mexikos in Mitleidenschaft ziehe, und den Teufelskreis der Gewalt aus Korruption, Geldwäsche, organisierter Kriminalität und Straflosigkeit.

Bezüglich der Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen betonte Forst, dass ein Großteil der Angriffe gegen sie nicht vom organisierten Verbrechen, sondern von den staatlichen Sicherheitskräften kämen, also Polizei und Militär. Die Zahl der Ermordeten und Verschwundenen „ist nur die Spitze des Eisbergs, um ehrlich zu sein“, meinte Forst auf Nachfragen der JournalistInnen.

Der UN-Experte besuchte unter anderem auch die Akademie zur Ausbildung von Lehrern in Ayotzinapa im Süden des Landes. Dort kam er mit Mitgliedern der 43 Familien zusammen, die weiterhin in der Ungewissheit leben, was mit ihren Söhnen geschehen ist, die am 26. September 2014 von Polizisten entführt wurden.

Während des Aufenthalts von Forst in Mexiko wurde zudem der renommierte indigene Umweltschützer Isidro Baldenegro López im Bundesstaat Chihuahua erschossen, was das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte umgehend verurteilte.

Auf Seiten der AktivistInnen sieht Forst den Bedarf stärkerer Zusammenarbeit und Vernetzung. Den mexikanischen Behörden legt Forst vor nahe, die Straflosigkeit zu beenden und MenschenrechtsverteidigerInnen starke, öffentliche Rückendeckung für ihre Arbeit zu geben, um so die Gefahr von Angriffen zu minimieren. In der Realität sehe das anders aus: „Umweltterrorist“, „Fortschrittsverhinderer“ und ähnliche Diffamierungen habe er in den Gesprächen mit Behörden häufig gehört. Solche Bezeichnungen fielen in Mexiko im Zusammenhang mit erfolgreichen indigenen Widerständen gegen Großprojekte im Energie- und Bergbausektor. So zitierte das Wirtschaftsblatt *El Financiero* das führende Finanzanwaltsbüro Rich Muller mit der Aussage, die indigenen GemeindeverteidigerInnen seien „Talibane des Umweltschutzes, Talibane in indigenem Recht“.

Philipp Gerber, poonal

EL SALVADOR

Ex-Präsident Saca verhaftet

Der Ex-Präsident El Salvadors, Elías Antonio Saca, sitzt wegen Korruptionsverdachts in Haft. Er wurde am 30. Oktober während der Hochzeit seines Sohnes festgenommen. „Tony“ Saca war 2004-2009 Präsident des Landes für die konservative Partei ARENA. Er wird beschuldigt, öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Mit ihm wurden weitere sechs Funktionäre seiner Administration festgenommen. Die mutmaßliche Taktik der Veruntreuung wurde während der Ermittlungen gegen Elmer Charlaix aufgedeckt. Charlaix war Sacas Generalsekretär und stellte sich nach dessen Verhaftung den Justizbehörden.

Generalstaatsanwalt Douglas Meléndez, der zugleich Innenminister ist, beschuldigt die Politiker, einem Netzwerk illegaler Bereicherung und der Geldwäsche

anzugehören. Seinen Angaben zufolge habe Antonio Saca 246 Millionen Dollar öffentlicher Gelder veruntreut; dieses Geld sei unter Funktionären seiner Regierung über deren Privatkonten verteilt worden.

Der Amtsnachfolger von Saca war Mauricio Funes, der El Salvador von 2009 bis 2014 regierte. Funes war für die linksgerichtete FMLN im Amt, die auch jetzt noch das Land regiert. Auch gegen Funes wird wegen illegaler Bereicherung ermittelt. Allerdings muss dieser zurzeit nicht befürchten, verhaftet zu werden: Er flüchtete nach Nicaragua und erhielt dort politisches Asyl von Präsident Daniel Ortega.

João Flores da Cunha, poonal

HONDURAS

COPINH-Mitglieder unter Beschuss

Am 9. Oktober wurden an zwei verschiedenen Orten Mordanschläge auf Führungsmitglieder des Komitees der indigenen Völker von Honduras COPINH verübt, wie die Organisation mitteilte. Dabei wurden sowohl auf ihren Generalsekretär Tomás Gómez Membreno als auch auf den Gemeindeführer Alexander García Schüsse abgegeben. „Im Morgengrauen kamen Unbekannte zum Haus von Alexander García und gaben mehrere Schüsse auf die Eingangstür und das Fenster des Zimmers ab, in dem er mit seiner Frau und seinen Kindern schlief“, heißt es in der Mitteilung. In derselben Nacht schoss eine Person auf den Kleinbus von COPINH, an dessen Steuer Tomás Gómez Membreno saß.

Wie COPINH weiter mitteilt, nimmt die Einschüchterung ihrer Mitglieder kein Ende. So würden Gangster im Auftrag des Unternehmens DESA regelmäßig Gewehrsalven auf Siedlungen der *Lenca* abfeuern, vorwiegend in der Gegend um Río Blanco. Auch würde weder das Gebiet der *Lenca* entmilitarisiert, noch würden die Großprojekte eingestellt, die zu Lasten der anliegenden Gemeinden gehen. COPINH zeigt sich daher weiter entschlossen, gegen das DESA-Staudammprojekt von Agua Zarca sowie ein weiteres in der Gemeinde Colomoncagua zu kämpfen.

Am Sonntag, den 15. Januar ist der ehemalige honduranische Militärangehörige Henry Javier Hernández Rodríguez in der nordmexikanischen Stadt Reynosa im Bundesstaat Tamaulipas verhaftet worden. Er gilt als einer der Mörder der hondura-

nischen Aktivistin Berta Cáceres. Der 26-jährige Hernández arbeitete gerade in einem Friseurladen, als er von der mexikanischen Bundespolizei, Angehörigen der Armee und Mitarbeitern der Migrationsbehörde verhaftet wurde.

Mit Hernández sitzen damit bereits acht Menschen wegen des Mordes an Berta Cáceres in Haft. Die Aktivistin wurde am Morgen des 3. März 2016 in ihrem Haus in Nueva Esperanza im Südwesten von Honduras erschossen. Cáceres war Anführerin der indigenen Gemeinschaft der *Lenca*, Menschenrechtsverteidigerin und Vorsitzende des COPINH. 2015 war sie mit dem renommierten Goldman-Umweltpreis geehrt worden.

KOLUMBIEN

2016 wurden 117 AktivistInnen ermordet

Alle drei Tage wurde in Kolumbien im Laufe des vergangenen Jahres ein sozialer Anführer oder Anführerin ermordet. Laut einem Bericht des Instituts für Entwicklungs- und Friedensforschung *Indepaz* wurden 2016 insgesamt 117 AktivistInnen von sozialen Organisationen sowie MenschenrechtsverteidigerInnen getötet. Zusätzlich wurden 350 Drohungen, 46 Attentate und fünf Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen verzeichnet. Über die Hälfte der Fälle ereignete sich im Südwesten Kolumbiens, wo allein 57 soziale AktivistInnen ermordet wurden: 43 im Cauca, neun in Nariño sowie fünf im Valle.

Jenseits der Statistiken macht das Dokument darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, die Taten in ihrem Gesamtzusammenhang zu betrachten und nicht als isolierte Einzelfälle. Denn, so Leonardo González, Koordinator des Rechercheteams von *Indepaz*, „die Bedrohungen, Ermordungen, Attentate und verschiedene Formen des Angriffs auf Gemeinden sind alle Teil eines größeren Kontextes“. Es sei daher besorgniserregend, dass die Morde an sozialen AktivistInnen genau in der ersten Phase der Implementierung des Friedensabkommens stattgefunden haben.

Der Bericht warnt außerdem vor „gängigen Bedrohungsmustern“ in 15 Bundesstaaten Kolumbiens: Die Nachricht werde durch Flugblätter verbreitet, in denen die Namen der Personen aufgeführt sind, die sozialen Organisationen angehören. Die AnführerInnen werden bezichtigt, ver-

deckte GuerillakämpferInnen zu sein, und deshalb zum Tode verurteilt oder aufgefordert, ihre Regionen zu verlassen. *Indepaz* fordert, die erforderlichen Maßnahmen „zum Schutz des Rechts auf Leben“ zu ergreifen, da derzeit über 30 Organisationen systematisch verfolgt würden.

„Das ist ein Aufruf an den Staat, das Phänomen des real existierenden Paramilitarismus anzuerkennen und das Leben der MenschenrechtsverteidigerInnen und sozialen AnführerInnen zu garantieren“, so das Forschungsinstitut.

ECUADOR

Regierung gegen Indigene und UmweltschützerInnen

Das *Shuar*-Volk hat keinen Zweifel an seinem Widerstand gegen den Bergbau und andere Megaprojekte auf seinen Territorien gelassen. Wie andere indigene Völker haben sich die *Shuar* seit Jahrzehnten aktiv gegen den Vormarsch von Minen- und Erdölunternehmen gewehrt. Das haben sie mit Unterdrückung, Kriminalisierung und vielen ermordeten AnführerInnen bezahlt. Bereits 2006 vertrieben die *Shuar* die BetreiberInnen von Camps des chinesischen Bergbauunternehmens *Explorcobres SA* (EXSA) und eines Wasserkraftwerkes, das die Camps mit Strom versorgen sollte. Mit anderen Völkern bildeten sie Netzwerke gegen den Bergbau.

Diese starke Mobilisierung stoppte 2006 Bergbauprojekte in verschiedenen Provinzen und führte zur Versicherung des zukünftigen Präsidenten Correa, der sich damals im Wahlkampf befand, „die Extraktivismuspolitik zu überprüfen“. Im Rahmen der Verfassungsgebenden Versammlung wurde ein sogenanntes Bergbaumanandat formuliert. Es sah eine Beendigung von Bergbaukonzessionen vor, bei denen weder Umweltuntersuchungen noch die Befragung der indigenen Völker und Nationalitäten stattgefunden hatten. Das gleiche Prinzip sollte bei Beeinträchtigungen von Wasserquellen, Naturschutzgebieten und Wäldern gelten. Neue Konzessionen unterlagen einem Moratorium.

Doch in den vergangenen Jahren förderte die Regierung Regelungen, die den Inhalt des Bergbaumandates aushöhlten. Statt das Moratorium für neue Konzessionen zu stützen, wandelte sie sich zur enthusiastischen Verfechterin des Megabergbaus. In einem Kontext wachsender

Straflosigkeit wurde im August 2016 die *Shuar*-Gemeinde *Nankints* im Landkreis San Carlos Panantza, Provinz Morona Santiago, Opfer einer gewalttätigen Räumung durch Polizei und Militär. Häuser und Besitz wurden zerstört, Haustiere getötet. Die Bevölkerung wurde obdachlos, um für EXSA Platz zu schaffen.

Das *Shuar*-Volk nahm die Räumung nicht hin. Am 21. November und 14. Dezember versuchten Angehörige der *Shuar*, das Territorium in *Nankints* zurückzugewinnen. Dies führte zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei und Soldaten, die das Minenunternehmen schützten. Mehrere Militärs und Polizisten wurden verwundet, ein Polizist kam ums Leben. Seit dem ersten Zusammenstoß forderte die Konföderation der Indigenen Nationalitäten des Ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Confenaie*) die Regierung zum Gespräch auf, um neue Konfrontationen zu vermeiden. Es gab jedoch keine Vereinbarung. Stattdessen eskalierte der Konflikt; mehrerer *Shuar*-FührerInnen wurden verhaftet, über die Provinz wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Acción Ecológica, die bekannteste und aktivste Umweltorganisation des Landes, rief am 18. Dezember angesichts des Konflikts in Morona Santiago dazu auf, eine Friedens- und Wahrheitskommission zu bilden. Am 20. Dezember antwortete die Regierung. Sie gab den Verfahrensbeginn für die Auflösung der Organisation bekannt, weil diese „über die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Umwelt und das Ökosystem informiere, die die extraktivistische Aktivität zur Folge haben könnte“ und weil sie auf die Menschenrechtsverletzungen der in dem Gebiete lebenden Gemeinden aufmerksam mache. Eine absurde Anklage, denn gerade das ist die Aufgabe von *Acción Ecológica*.

Über 400 nationale und internationale Organisationen sprachen sich gegen diesen Versuch der Kriminalisierung und für den Respekt der indigenen Rechte und Territorien aus. Fünf UNO-BerichtersteratterInnen schickten der Regierung einen Brief und forderten die sofortige Einstellung solcher Aktionen, die „die Zivilgesellschaft ersticken“. Die öffentliche Kampagne verlief schließlich erfolgreich: Am 12. Januar ließ die Regierung alle Vorwürfe fallen. Wie schon 2009, als sie zum ersten Mal die Schließung anordnete, musste sie zurückrudern. *Acción Ecológica* wird es also in Ecuador vorerst weiterhin geben.

Silvia Ribeiro, ETC Group

weiter Seite 38 ⇨



BUCHBESPRECHUNG

„WES DAS HERZ VOLL IST.....“

Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über.“ Oder anders gesagt: Wer ein Anliegen hat, der spricht auch darüber. Diese alte Volksweisheit beschreibt treffend das Ergebnis eines jüdisch-argentinischen Buchprojektes, das die Grazer Literaturwissenschaftlerin Erna Pfeiffer in den Jahren 2013/2014 realisierte und dessen Ergebnisse sie schließlich in den beiden Bänden „Mit den Augen in der Hand. Argentinische Jüdinnen und Juden erzählen“ (Mandelbaum Verlag) und „Sie haben unser Gedächtnis nicht auslöschen können. Jüdisch-argentinische Autorinnen und Autoren im Gespräch“ (Löcker-Verlag) einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Freilich, anfangs war dies nicht so gedacht. Doch bei der Sichtung des gesamten Materials für die im Oktober 2014 erschienene literarische Anthologie „Mit den Augen in der Hand“ wurde der Autorin klar, dass das Material wesentlich mehr hergab als die 300 Seiten, welche der Mandelbaum Verlag als Limit vorgegeben hatte. So kam die Idee eines zweiten Buches auf, denn „nichts sollte beschnitten werden, nichts sollte der Platzangst weichen!“

„Mit den Augen in der Hand“ ist viel mehr als ein Erzählband. Kurzporträts und Interviews werden den literarischen Texten der insgesamt 17 jüdisch-argentinischen AutorInnen (fünf Männer und zwölf Frauen) vorangestellt und bereiten die LeserInnen gut auf die Textauschnitte vor. Diese selbst sind wiederum größtenteils zum ersten Mal in deutscher Übersetzung vorhanden und bieten nun auch nicht spanisch-affinen Leserinnen einen spannenden Einblick in jüngere jüdisch-argentinische Literatur. Zwei Essays umrahmen die Primärtexte und verorten diese gleichsam in einem historischen und literaturtheoretischen Rahmen.

Das „Sachbuch“ oder die „Ausgabe- lung“, wie Erna Pfeiffer das zweite Buch „Sie haben unser Gedächtnis nicht auslöschen können“ nennt, bietet Fakten: eine ausführliche Biographie und literarische Charakteristik der jeweiligen AutorIn, die unbeschnittenen Interviews und eine umfangreiche Bibliographie, gliedert in

Primär-, und Sekundärliteratur. Dieses Buch ist aber nicht nur eine Fundgrube für LiteraturwissenschaftlerInnen, sondern auch für Laien. Speisen sich doch die Interviews von derselben literarischen Sprache und Genialität wie die Textbeispiele der Anthologie.

Durch die beiden „Zwillingsbücher“ bekommt man einen schönen Einblick in die Geschichte des argentinischen Judentums, der größten jüdischen Gemeinschaft Lateinamerikas. Die Grazer Literaturwissenschaftlerin Elisabeth Baldauf-Sommerbauer verortet die Texte unter dem Begriff der „Zugehörigkeit“.

Suchten die Vorfahren der in diesem Buch vorgestellten AutorInnen in Argentinien das „Gelobte Land“, das „Neue Zion“, so machten die späteren Generationen die Erfahrung einer erneuten Vertreibung. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit machte sie während der Militärdiktatur besonders suspekt, sodass nicht wenige Argentinien wieder verlassen mussten. Mario Goloboff verarbeitet die Erfahrungen im Holocaust und während der Militärdiktatur in seiner Erzählung „Tauben-Schlag“: Die Taube Verana fühlt sich in ihrem Zuhause unwohl; eines Tages wird sie aus ihrem Nest genommen und – nachdem man ihr durch das Abschneiden der Beine die Bewegungsfreiheit geraubt hat – getötet.

In Manuela Finguerets Roman „Tochter des Schweigens“ wird die Protagonistin in der ESMA, dem geheimen Gefängnis der Militärdiktatur, festgehalten. Nur die Erinnerungen an ihre Mutter, Tinkelle, die das Konzentrationslager Theresienstadt überstanden hat, lässt sie überleben. Das Eintauchen in die Erfahrungen der Mutter gibt der Erzählerin die Kraft ebenfalls zu überleben. Es gibt auch humorvolle literarische Beispiele.

In Diana Raznovichs „Die Befreiung der Señora Sara“ wird mit traditionellen Rollenbildern gebrochen. Sara findet nach 41 Jahren zu ihrer „Selbstverwirklichung in erotischen Belangen“. Sie bricht mit der traditionellen Mutterrolle und somit einer traditionellen jüdischen Lebensweise und findet eine neue Zugehörigkeit zu Menschen mit gleicher Gesinnung, den Post-

feministinnen. Sehr zum Leidwesen ihres Sohnes Bernardo. Denn dieser muss zu seiner Überraschung feststellen: „Die Küche ist eiskalt, und die Bibliothek quillt über vor schrecklichen Büchern wie: „Auch mit siebzig kann man noch neu beginnen“, „Lernen Sie die erogenen Zonen Ihres Körpers kennen“.

Viele Autorinnen leben nicht mehr in Argentinien, sondern in Europa, den USA oder andernorts. Andrés Neuman verwendet das Bild vom „Leben als transatlantisches Amphibium“ an beiden Ufern des Ozeans, über den einst seine Vorfahren gekommen waren und den er als Vierzehnjähriger wieder in die andere Richtung überquert hat. „Aves de Paso“ – „Zugvögel“ ist der Titel einer Kurzgeschichte von Reina Roffé und gleichzeitig die Selbstbezeichnung vieler argentinischer Jüdinnen und Juden. Als Heimat bleibt ihnen nur die Sprache. Daher meint Luisa Futoransky: „Das gelobte Land ist meine Sprache.“

Die beiden besprochenen Bücher zeigen eine bisher wenig bekannte und sehr spannende Seite Argentinien. Schade, dass all die Romane, denen die Texte entnommen wurden, bis jetzt noch nicht in deutscher Sprache erhältlich sind. Umso wichtiger ist die Arbeit Erna Pfeiffers!

Wolfgang Schweiger

Erna Pfeiffer (Hg.): **Mit den Augen in der Hand. Argentinische Jüdinnen und Juden erzählen**
Mandelbaum Verlag, Wien 2014, 266 Seiten, € 24,90



Erna Pfeiffer (Hg.): **Sie haben unser Gedächtnis nicht auslöschen können**
Jüdisch-argentinische Autorinnen und Autoren im Gespräch
Löcker Verlag, Wien 2016, 486 Seiten, € 34,80



RESPEKTLOSER HAMMER

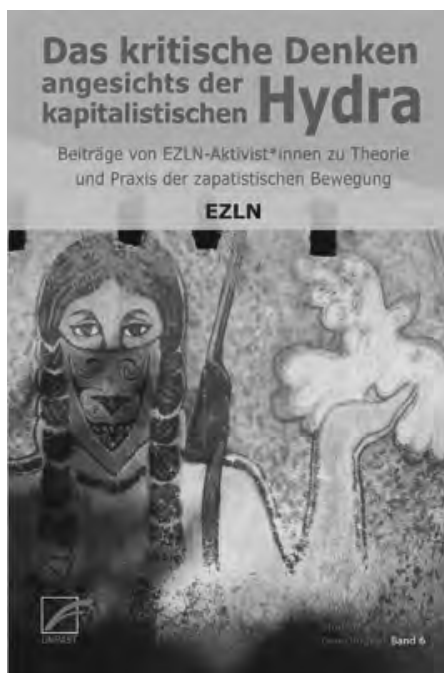
In einem aktuellen Buch erklären ZapatistInnen ihre Sicht auf den Kapitalismus der Gegenwart. Es ist das Produkt eines Seminars, das die zur sozialen Bewegung gewordene Guerilla-Organisation im Mai 2015 unter dem Titel „Das kritische Denken angesichts der kapitalistischen Hydra“ abgehalten hatte.

Bei den neuen Texten aus den Reihen der EZLN stellt sich gleich die Frage, wie viel Neues darin enthalten und was bereits aus den letzten zwanzig Jahren bekannt ist. Da lässt sich mit dem Neoliberalismus gleich einhaken. Lange Zeit war er das wichtigste zeitdiagnostische Label – Subcomandante Marcos hatte den Neoliberalismus 1997 in der internationalen Zeitung *Le Monde Diplomatique* einen „vierten Weltkrieg“ genannt – und zugleich zentraler Angriffspunkt. In den aktuellen Texten taucht das Wort kaum auf. Kritisiert wird nun vielmehr der Kapitalismus als solcher. Diese Schwerpunktverlagerung hatte sich in den letzten Jahren bereits deutlich abgezeichnet. Der Kapitalismus habe viele Gesichter, nein eigentlich viele Köpfe und erneuere sich ständig wie das schlangenantige Ungeheuer Hydra aus der griechischen Mythologie. Deshalb müsse zunächst seine Entstehungsgeschichte nachvollzogen werden, die Spuren der Hydra, „ihre Zeiten, ihre Orte, ihre Geschichte, ihre Genealogie.“ (240)

Ungewöhnlich und neu ist dabei auch der starke Bezug auf Karl Marx. Um zu verstehen, was in Chiapas geschehe, könne man sich getrost auf die Aussagen zur „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ in *Das Kapital* stützen. Hier schieden sich nach Marx, noch bevor der Kapitalismus einsetzte, ProduzentInnen und Produktionsmittel. Aber nicht, wie die Nationalökonomie annahm, weil einige ganz fleißig waren und sich so Eigentum erarbeiten konnten. Vielmehr habe es sich um eine gewaltsame Enteignung gehandelt. Die ZapatistInnen nennen das nun „Plünderung“ (246). Und weil diese häufig in rechtllichem Rahmen und staatspolitisch abgesichert geschehe, müsse man den Produktionsmitteln theoretisch noch die „Beraubungsmittel“ (246) hinzufügen.

Liest man zudem die ausführlichen Leidensgeschichten der zapatistischen

Frauen, fühlt man sich tatsächlich in vorherige Jahrhunderte versetzt. Sie waren der brutalen Willkür und Gewalt der Großgrundbesitzer ausgesetzt und mussten dabei noch ab vier Uhr morgens Kaffee und Tortillas machen, die Kinder versorgen und waren ohne Gesundheitssystem und soziale Absicherung für die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft zuständig. Man kann nur erahnen, welche Befreiung die Organisierung in der Bewegung bedeutet haben muss. Neben diesem Blick auf die Veränderungen im Süden Mexikos bietet das Buch den Versuch einer Kapitalismusanalyse sowie die Beantwortung der Frage nach linker Organisierung.



Auffällig ist dabei auch der starke Bezug auf das kritische Denken, das die ZapatistInnen erneuern wollen. Es solle die Praxis anleiten und nicht zuletzt auch dafür gut sein, „auf die Strukturen des wissenschaftlichen Denkens mit dem respektlosen Hammer der Fragen“ (240) einzuschlagen. Die immer wieder erneuerte Bereitschaft, sich über Kritik und Theorie auszutauschen, um nicht dogmatisch zu werden, und linke Praxis zu verbessern, die muss man den ZapatistInnen hoch anrechnen. Dabei sind vor allem die Texte von Sup Galeano, dem früher als Subcomandante Marcos bekannten Zapatisten, gewohnt anspielungsreich. Sie bedienen sich

der griechischen wie der Maya-Mythologie, der Geschichten von Sherlock Holmes ebenso wie beim Kritischen Theoretiker Walter Benjamin und beim Soziologen Immanuel Wallerstein.

In den wesentlichen Aussagen unterscheiden sie sich allerdings kaum von denen der anderen AutorInnen. Und da gäbe es bei aller Faszination für die fragende Methode und die Vielstimmigkeit der Analyse doch Diskussionsbedarf. Denn letztlich wird der Kapitalismus trotz Mehrköpfigkeit doch ziemlich eindimensional gesehen: Er beutet aus, unterdrückt und plündert. Das trifft zwar zu, aber hätte er ausschließlich diese Eigenschaften, wäre er wohl nicht so langlebig und – relativ – stabil. Und er träfe auch nicht auf so viel Anklang. Im zapatistischen Weltbild allerdings gibt es auf der einen Seite die „schieß Kapitalisten“ (98) und auf der anderen die „von unten“. Für die vielfältigen Formen der Teilhabe und Beteiligung, für die Motive des Mitmachens und Aushaltens interessiert man sich wenig. Allein das Wenige, über das man an Besitz und Anerkennung verfügt, noch verlieren zu können, lässt Menschen aber am Bestehenden festhalten. Als chiapanekische Bäuerin hat man wahrscheinlich wirklich nichts zu verlieren. In vielen anderen Regionen und Milieus der Welt aber sehr wohl.

Deshalb ist auch die positive Aufladung derjenigen „von unten“ problematisch, die sich im Zapatismus findet. Es gebe „keinen Grund für Befürchtungen“, schreibt Moisés, wenn „die Bevölkerung befiehlt“ (291). Die Menschen würden schon die Änderungen einleiten, die notwendig wären. Dass sich diejenigen von unten aber auch gegen andere „von unten“ wenden und rassistisch oder antisemitisch sein können, wird theoretisch ausgeschlossen. Rechtspopulismus, aber auch bloß die Unterstützung für die jeweilige mexikanische Regierung, ist dann immer nur Effekt von Repression oder Verblendung. Widersprüchliche Eigeninteressen der Abgehängten und Entrechteten werden nicht zugelassen. Dieser Fokus allerdings ist leider kein Alleinstellungsmerkmal des Zapatismus innerhalb der Linken.

Jens Kastner

EZLN: Das kritische Denken angesichts der kapitalistischen Hydra.

Beiträge von EZLN-AktivistInnen zur Theorie und Praxis der zapatistischen Bewegung. Münster 2016. Unrast Verlag, € 20,40

WOHLSTAND AUF HORROR GEBAUT

⇒ von Seite 35: KURZNACHRICHTEN

Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis

Hanser Verlag, Berlin 2016. 224 Seiten, € 20,60

Die schwermetallhaltige Giftbrühe, die sich nach einem Dambruch von zwei Rückhaltebecken der Samarco-Eisenerzmine am 15. November 2015 in den Rio Doce im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais ergoss, kann als reale Sintflut gedeutet werden. Die nachhaltige Vergiftung des Flusses ist ein drastisches Beispiel für die Externalisierung der Kosten kapitalistischen Wirtschaftens. Tausende Fischer wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt. Ein Naturparadies wurde zur stinkenden Kloake.

Externalisierung wird definiert als die „Ausbeutung fremder Ressourcen, Abwälzung der Kosten auf Außenstehende, Aneignung der Gewinne im Inneren, Beförderung des eigenen Aufstiegs bei Hinderung (bis hin zur Verhinderung) des Fortschreitens anderer“. Meist ist diese Auslagerung der Kosten weniger leicht erkennbar. Doch der Autor weist nach, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem von Anfang an auf der Auslagerung von Kosten aufbaute. Und durch die Globalisierung habe sich diese Externalisierung im Weltmaßstab noch deutlich verschärft. „Die reichen, hochindustrialisierten Gesellschaften dieser Welt lagern die negativen Effekte ihres Handelns auf Länder und Menschen in ärmeren, weniger ‚entwickelten‘ Weltregionen aus“ schreibt der Autor. In den wohlhabenden Industrienationen würden diese negativen Auswirkungen nicht nur in Kauf genommen: „Sie rechnen vielmehr mit ihnen, und diese rechnen sich für sie“.

Wenn früher die Auslagerung von Kosten oft mit Einsatz von Gewalt durchgesetzt werden musste, so könne sie sich heute auf die Verrechtlichung im Rahmen des Welthandelssystems und seiner Regularien stützen. Physische Gewalt finde zwar noch statt, sei aber weniger notwendig. Die Aneignung von Territorien und Etablierung von Gewaltherrschaften findet kaum noch statt. Deswegen sind die Auswirkungen aber nicht weniger verheerend.

Als anschauliches Beispiel dient die Sojaproduktion in Argentinien. Zwei Drit-

tel der fruchtbaren Fläche werden dort bereits mit Soja bebaut. Unter enormem Einsatz von Chemikalien wird das Mastfutter für unser Vieh erzeugt. Seit 1990 hat sich der Einsatz von Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden von 34 Millionen Litern auf 317 Millionen fast verzehnfacht. Was für den Agrar- und Chemiemulti Monsanto, der genmanipuliertes Saatgut und das Breitbandherbizid *Glyphosat* im Paket liefert, ein gigantisches Geschäft ist, bedeutet für die Bevölkerung Elend und Krankheit. In Ituzaingó, einem Sojaanbauggebiet unweit der Millionenstadt Córdoba, haben sich die *Madres de Ituzaingó* organisiert, weil sie die Häufung von Fehlgeburten, Missbildungen und Krebsfällen nicht mehr hinnehmen wollen. Einen Prozess gegen Sojabauern haben sie schon gewonnen.

Die verheerenden Auswirkungen des Ölpalmenanbaus in Indonesien und Malaysia, der in Indonesien in 20 Jahren bereits 26 Millionen Hektar Regenwald gekostet hat, sind oft dokumentiert worden. Sie gehen einher mit Landraub, Zwangsumsiedlungen, Kinderarbeit und anderen Menschenrechtsverletzungen. In Thailand, dem größten Exporteur von Shrimps, haben die Garnelenfarmen, die nur mit ungeheuren Mengen an Antibiotika und Chemikalien marktgerecht betrieben werden können, ein Fünftel der Mangrovenwälder dahingerafft.

Der Titel „Neben uns die Sintflut“ spielt darauf an, dass wir die ökologischen Folgen unseres Handelns nicht nur künftigen Generationen aufbürden, sondern jetzt und heute anderen Gesellschaften. Der Soziologe Stephan Lessenich glaubt nicht an win-win-Geschäfte im globalen Maßstab. Er sieht aber einen Wendepunkt herannahen, da sich bereits ein Bumerang-Effekt mit seinen Kollateralschäden bei uns bemerkbar mache. Da sei einerseits der Klimawandel, der sich in Dürren, Hochwassern, Wirbelstürmen und schneearmen Wintern niederschlägt, und andererseits die Fluchtmigration. Obwohl die Verdrängungskräfte versuchen würden, mit Grenzzäunen auch dieses Problem wieder zu externalisieren, könnten sie die notwendigen Veränderungen bestenfalls hinauszögern. Der Veränderungsdruck werde letztlich aus dem globalen Süden kommen.

Ralf Leonhard

PERU

Klares Urteil zur vorherigen Konsultation indigener Gemeinden

Die Zivilkammer des Obersten Gerichtes der Provinz Puno hat eine Vergabe von Bergbau-Konzessionen für verfassungswidrig erklärt, wenn vorher die betroffenen ländlichen Gemeinden weder informiert noch angehört wurden. Das Urteil ist bei VertreterInnen der peruanischen Zivilgesellschaft auf einhellige Zustimmung gestoßen. So unterstrich die Nationale Koordinationsstelle für Menschenrechte CNDDHH, dass das Urteil einen wichtigen Präzedenzfall darstelle, um die kollektiven Rechte der indigenen Völker Perus zu garantieren.

Die Koordinationsstelle beglückwünschte die Gemeinden für ihre Arbeit und ermunterte ihre Mitgliedsorganisationen, wachsam zu sein, um diese Art von Gerichtsentscheidungen, die den Respekt der grundsätzlichen Bürgerrechte garantierten, zu schützen und zu verbreiten. Das Urteil vom 18. November 2016 beendet einen Prozess, der aufgrund einer von elf im Distrikt von Atuncolla (Provinz von Puno) ansässigen Gemeinschaften eingelegten Verfassungsbeschwerde gegen das Energie- und Bergbauministerium MEM und das dazugehörige Institut für Bergbau und Metallurgie INGEMMET eröffnet wurde.

Anzumerken ist, dass in Puno bereits zahlreiche Bergbau-Konzessionen vergeben worden sind, ohne dass die Gemeinschaften davon wussten und ohne dass im Vorfeld eine Anhörung durchgeführt wurde. Diese Vorgehensweise verletzt die Artikel 15 und 16 des Abkommens Nr. 169 über indigene Völker der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Die Justiz gab außerdem an, dass gemäß dem Wiener Übereinkommen kein Staat seine nationale Gesetzgebung anführen darf, um geltende internationale Verträge und Verträge mit verfassungsrechtlichem Charakter (wie das Abkommen Nr. 169) zu umgehen.■

KURZ STREICHT WEITBLICK

Südwind-Magazin macht trotzdem weiter

Die nach 37 Jahren gestrichene Förderung des österreichischen Leitmediums für Entwicklungspolitik, *Südwind-Magazin*, durch die dem Außenministerium unterstellte *Austrian Development Agency* (ADA) löste Ende letzten Jahres Empörung aus. Am 7. Februar platzierte das Südwind-Redaktions-Team eine drei Meter große Weltkugel mit den durchgestrichenen Kontinenten, Afrika, Asien und Lateinamerika vor dem Außenministerium und brachte die 6.000 Unterstützungserklärungen der im Dezember gestarteten Petition „Herr Minister Kurz, retten Sie das Südwind-Magazin“ zum Außenministerium. VertreterInnen des Ministeriums lehnten eine Entgegennahme der Unterstützungserklärungen ab. Eine Hilfestellung von Kurz für den Erhalt des Magazins für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung blieb bis dato aus.

Das Südwind-Magazin bietet seit 1979 qualitätsvolle internationale Berichterstattung mit Schwerpunkt Afrika, Asien und Lateinamerika. „Ein Aus des Magazins würde große Lücken in der medialen Berichterstattung über Länder des Globalen Südens zurücklassen“, erklärt Richard Solder, Chefredakteur des Südwind-Magazins. Kaum ein österreichisches Medium habe die Möglichkeit fundierte, über Europa, die USA und den Nahen Osten hinausgehende Berichte zu veröffentlichen. Krisen, Kriege und Katastrophen dominierten die internationale Berichterstattung in den österreichischen Medien. Damit werde den ÖsterreicherInnen ein sehr einfältiges Bild über die vielfältigen Entwicklungen weltweit vermittelt, kritisiert Solder.

Südwind-Subvention kein Problem für EU

Die *Austrian Development Agency* (ADA) hatte zu dem Protest der Südwind-MitarbeiterInnen erklärt, jener Teilbereich des von der Südwind Agentur eingereichten Förderantrages, der das Südwind-Magazin umfasse, könne nicht mehr gefördert

werden, weil das EU-Beihilferecht von der Europäischen Kommission „zunehmend eng ausgelegt“ werde. Dem widerspricht die EU-Kommission. Es bestehe kein Zusammenhang zwischen staatlichen Förderentscheidungen und dem EU-Beihilferecht, betonte der Vertreter der Kommission in Österreich, Jörg Wojahn.

„Die Entscheidung über das Ende staatlicher Förderungen für das ‘Südwind-Magazin’ liegt bei der Republik Österreich“, erklärte Wojahn in einer Aussendung. „Wer dabei die angeblich enge Auslegung des EU-Beihilferechts durch die EU-Kommission als Grund vorschiebt, erweckt den Eindruck, dass er nicht die Ver-



antwortung für die eigenen Maßnahmen übernehmen will“, fügte der Kommissionsvertreter an. „Es wäre nicht das erste Mal, dass heimische Entscheidungsträger versuchen, Nebelkerzen zu werfen, um sich bei kontroversen nationalen Entscheidungen hinter Brüssel zu verstecken.“

600 neue Abos

„In Zeiten von ‚Alternative Facts‘, von bewussten Falschmeldungen und Angriffen auf kritische Medien, wird Qualitätsjournalismus immer wichtiger“, ist Solder überzeugt. In den USA verzeichnen Qualitätsmedien seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten deutlich steigende Abozahlen. Auch im Fall des Südwind-Magazins zeigt sich breite Unterstützung für unabhängige, gehaltvolle Berichterstattung. 600 neue AbonnentInnen konnte das Südwind-Magazin in den letzten Wochen gewinnen. Die nächsten fünf Ausgaben seien damit laut Redaktion gesichert. „Wenn wir es schaffen noch 1.000 zusätzliche Abon-

nantinnen und Abonnenten zu gewinnen, können wir auch in den nächsten Jahren aus der und über die Welt berichten. Ich bin überzeugt, wir werden das schaffen!“, zeigt sich Solder kämpferisch.

Jede weitere Abo-Bestellung ist ein wichtiger Beitrag für den nachhaltigen Fortbestand und die Unabhängigkeit des Südwind-Magazins. Mehr Infos:

www.suedwind-magazin.at/abo

Politik der Indigenen und Menschenrechte in Brasilien

7. März 2017, 19:00 Uhr

LAI-Europasaal, Türkenstraße 25, 1090 Wien

Landvertreibung, Ausgrenzung und die Zerstörung der natürlichen Umwelt prägen die Lebensbedingungen der über 60.000 *Kaiowá-Guaraní* im südlichen Mato Grosso, dem Zentrum der industriellen Sojabohnen- und Zuckerrohrproduktion Brasiliens. Gleichzeitig steigt die Zahl der indigenen StudentInnen und LehrerInnen an den regionalen Universitäten. Welche Zukunft erwartet sie und welche wollen sie für sich erkämpfen?

Podiumsgespräch mit ExpertInnen aus Brasilien: Prof.Dr. Neimar Machado de Sousa, Prof.a Teodora da Souza Guarani, Prof.Dr. Gersem Luciano Baniwa.

Moderation: Dr. Georg Grünberg, Kristina Kroyer, MA

Foto: Südwind/Daniel Auer

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

ZVR-Nr.: 278 710 314
 Obmann: Ralf Leonhard
 Obmann-Stv.: Leo Gabriel
 Schriftführer: Brigitte Ghafouri-Schmidt
 Schriftführer-Stv.: Wolfgang Schweiger
 Kassier: Hermann Klosius
 Kassier-Stv.: Cornelia Perle